



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die kommunistische Bewegung in Österreich vor
1938 im biografischen Kontext der Brüder Fritz und
Josef Lauscher“

verfasst von / submitted by

Nikolaus Domes, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2018 / Vienna 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 804

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Geschichtsforschung, Historische
Hilfswissenschaften und Archivwissenschaften

Betreut von / Supervisor:

Hon.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Brigitte Bailer-Galanda

INHALTSVERZEICHNIS

Danksagung	7
Einleitung.....	9
1. Entstehung und Frühphase der kommunistischen Bewegung in Österreich.....	11
1.1. Der Erste Weltkrieg und die Arbeiterbewegung	11
1.2. Differenzierungsprozess(e) innerhalb der Sozialdemokratie und Beginn der kommunistischen Bewegung in Österreich	16
1.2.1. Die Linksradiكالen im Verband Jugendlicher Arbeiter	18
1.2.2. Gründung der KPDÖ und des Kommunistischen Jugendverbandes.....	21
1.3. Die Erste Republik - wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Aspekte vor dem Hintergrund der sich radikalierenden Gegensätze	25
1.3.1. Das Erbe der Inflation	28
1.3.2. „Bourgeoisie und Proletariat“ – Verschärfung der Gegensätze.....	31
2. Jugendjahre und politische Adoleszenz	35
2.1. „Kinder des Hungerkrieges“	35
2.1.1. Die Roten Jungpioniere	36
2.2. Lehrzeit.....	42
2.3. Anfangsphase des KJV – Zwischen Revolution und Kampf um die Arbeiterjugend	46
2.3.1. Bildungsarbeit als zentraler Tätigkeitsbereich	52
2.3.2. Organisatorischer Aufbau des KJV.....	54

2.4. Fritz Lauschers Tätigkeit im Kontext der historischen Ereignisse bis zum Ende der 20er Jahre	55
2.4.1. Zwischen Heimwehr und Schutzbund	58
2.4.2. Die Verbreitung der „Sozialfaschismus-Theorie“	60
2.5. Schulung in Moskau	62
3. Die frühen 30er Jahre – Zwischen Illegalität und Neuausrichtung	67
3.1. Im Konflikt mit der Exekutive - Verbot des Verbandes der Proletarierjugend Österreichs	67
3.2. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise.....	71
3.2.1. Sozioökonomische Politik der KPÖ	72
3.3. Kontakt zur Sozialistischen Arbeiterjugend	75
3.3.1. Das Verhältnis im Jahr 1933	78
3.4. Der Weg zum Februar 1934	81
3.4.1. Die Konstituierung des austrofaschistischen Systems	81
3.4.2. Die Ausschaltung der politischen Gegner	85
3.4.3. Der 12. Februar 1934 und die kommunistische Beteiligung	87
4. Vom Februar 1934 bis zum „Anschluss“ 1938	93
4.1. Aufstieg zur (mit)bestimmenden illegalen Kraft	93
4.1.1. KJV als „stärkstes Widerstandszentrum der Jugend“	94
4.2. Kampf um die Einheit	96
4.2.1. Weihnachten mit Bruno Kreisky.....	97
4.2.2. Die Folgen des Aktionismus – Verhaftungswelle und Neuorientierung der RS.....	100

4.3. Der VII. Weltkongress der KI - Volksfront, Trojanisches Pferd und Nationale Frage	103
4.3.1. Auswirkungen des Juliabkommens auf die Politik der KPÖ	106
4.3.2. Widerstand in den eigenen Reihen - Die Gruppe „Ziel und Weg“	109
4.4. Zwischen Jänner und März 1938 – Der Anfang vom Ende.....	111
4.4.1. Verhaftung in Ottakring.....	112
4.4.2. Von Berchtesgaden bis in den März 38.....	114
5. Ausblick.....	123
Abbildungsverzeichnis	124
Quellen und Literatur	125
Archive.....	125
Primärliteratur, gedruckte Quellen und Quelleneditionen.....	125
Zeitungen.....	126
Datenbank	127
Internetquellen.....	127
Sekundärliteratur	127
Abkürzungsverzeichnis	136
Abstract (Deutsch).....	137
Abstract (English).....	139

DANKSAGUNG

Der Weg vom Beginn, dem ersten noch stark ausbaufähigen Versuch einer biografischen Darstellung, bis zum langersehnten Abschluss dieser Masterarbeit war nicht immer ohne Schwierigkeiten, weshalb ich meiner Betreuerin Dr.ⁱⁿ Brigitte Bailer-Galanda für die stete Begleitung des Entstehungsprozesses dieser Arbeit danken möchte. Darüber hinaus gilt mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes sowie Dr. Manfred Mugrauer vom Zentralarchiv der KPÖ für dessen Hilfestellung im Rahmen meiner Recherche. Besonders bedanken möchte ich mich zudem bei meiner Mutter, welche aufgrund ihrer vorbehaltlosen Unterstützung meines Studiums einen wesentlichen Anteil am Zustandekommen dieser Arbeit hat.



Abb. 1: Fritz Lauscher, o. D., Quelle: Bildarchiv d. KPÖ.



Abb. 2: Josef Lauscher, o. D., Quelle: DÖW.

EINLEITUNG

Die Entstehungsgeschichte dieser Arbeit hängt eng mit der Person Josef Lauscher zusammen. Der Junkkommunist Lauscher wurde kurz nach dem „Anschluss“ im März 1938 verhaftet und in weiterer Folge zusammen mit seinem Bruder Fritz Lauscher in das KZ Dachau transportiert. Im Zuge der Transkription von Briefen, die er aus der KZ-Haft zwischen 1938 und 1945 überwiegend an seine (spätere) Frau Berta Lauscher (geb. Grubhofer) geschrieben hatte, entstand die Idee für eine biografische Auseinandersetzung mit dem Schicksal Josef Lauschers. Eine Biografie, die sich mit dem politischen Leben Lauschers befasst, würde sich chronologisch grob in drei Teile gliedern: Die Zeit bis zum „Anschluss“ 1938, vor dem Hintergrund der Geschichte der kommunistischen Bewegung in Österreich in der Ersten Republik und zur Zeit des Austrofaschismus, der Spanne zwischen 1938 und 1945, die das Leben und die illegale politische Tätigkeit in der KZ-Haft beschreibt und als dritten Teil, die Zeit nach 1945, mit Lauscher in der Funktion eines Wiener Gemeinderates der KPÖ, im Kontext der krisenhaften Entwicklungen der Kommunistischen Partei. Da eine Biografie, die diese Felder beleuchtet, den Rahmen einer Masterarbeit sprengen würde, widmet sich diese Arbeit dem ersten Teil, der Zeit vor 1938 und bildet einen biografischen Prolog für die weitere Lebensgeschichte. Sie geht somit der Frage nach der Vorgeschichte, dem politischen Umfeld, in dem Josef und Fritz Lauscher aufgewachsen sind, nach, zwei Jungkommunisten, die knapp sieben Jahre in KZ Haft verbrachten und dort unter Einsatz ihres Lebens im Widerstand weiter politisch aktiv blieben.

Wie der Titel suggeriert handelt sich nicht um eine biografische Arbeit im eigentlichen Sinn. Der Mangel an Quellen für die Zeit vor 1938 macht eine Verschiebung des Schwerpunktes auf den historischen Kontext notwendig. Der Kontext, das ist die kommunistische Bewegung in Österreich, vorwiegend in Wien, deren Entstehen im Zuge des Ersten Weltkrieges, die Entwicklung von Partei und der, für die politische Lebensgeschichte Josef Lauschers von besonderer Bedeutung gewesen, kommunistischen Jugendbewegung. Die darüber liegende Kontextebene bildet die politische, sowie sozioökonomische Geschichte Österreichs bis 1938. Neben Josef

Lauscher stellt dessen älterer Bruder Fritz Lauscher, dessen politischer Lebensweg jenen von Josef vorgezeichnet hatte, die zentrale Figur dieser Arbeit dar. Auch er kam über den *Kommunistischen Jugendverband* (KJV) zur KPÖ und nahm wie sein Bruder in der kommunistischen Jugendbewegung eine Führungsposition ein.

Das Ziel dieser Arbeit ist es anhand der beiden ähnlichen, eng verbundenen Lebensgeschichten von Fritz und Josef Lauscher, die zentralen Aspekte und Wendepunkte der kommunistischen Bewegung in Österreich, ihren Einfluss und ihre Stellung unter den ArbeiterInnen und der Arbeiterjugend, den Kampf gegen das austrofaschistische Regime in der Illegalität und ihre Beziehung zur Sozialdemokratie darzustellen. Von Relevanz ist, dass sich anhand beider Lebensläufe auch unterschiedliche Aspekte der kommunistischen Bewegung nachzeichnen lassen.

Die Quellengrundlage zur Darstellung der politischen Tätigkeit der Brüder Lauscher bilden überwiegend Egodokumente aus dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes und dem Zentralen Parteiarchiv der KPÖ. Behördliche Quellen mit direktem Bezug zu einem der beiden Brüder gibt es nur vereinzelt, sie beschränken sich im Wesentlichen auf zwei Strafakten¹ zu Fritz Lauscher und zwei Situationsberichten der Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit² zu Josef Lauscher. Von intrinsischem Wert für die Darstellung der kommunistischen Jugendbewegung, dazu zählen in dieser Darstellung die *Roten Jungpioniere* und der *Kommunistische Jugendverband*, sind die Vereinsakten der beiden Organisationen im Archiv der Republik.³ Die Roten Jungpioniere Österreichs bilden überhaupt eine, von der Forschung bisher gänzlich unbeachtete Organisation.

¹ WStLA, Landesgericht für Strafsachen, A11 – Vr-Strafakten: LG I Vr 1397/1927; WStLA, Landesgericht für Strafsachen, A11 – Vr-Strafakten: LG II Vr 4344/1929.

² Situationsbericht der Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit, Staatspolizeiliches Bureau, vom 12.1.1938, zitiert in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): *Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation Bd. 1* (Wien 1984) 332; Situationsbericht der Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit, Staatspolizeiliches Bureau, vom 13.1.1938, zitiert in: *Widerstand und Verfolgung Wien*, Bd. 1, 333.

³ AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-2730; AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur XVIII 10743.

1. ENTSTEHUNG UND FRÜHPHASE DER KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG IN ÖSTERREICH

Die Personen die den roten Faden dieser Darstellung bilden und anhand deren Lebensläufen die kommunistische Bewegung in Österreich vor 1938 kontextualisiert werden soll sind die Brüder Fritz und Josef Lauscher, geboren am 22.2.1908 bzw. 1.2.1912 in Wien, in der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn, als Söhne der Arbeiterin Maria Lauscher (geb. Pax) und des Postangestellten Mathias Lauscher, aufgewachsen in dem Arbeiterbezirk Simmering, in der neu gegründeten Republik.⁴

Jede politische Lebensgeschichte lässt sich nur in ihrem jeweiligen historischen Kontext betrachten und verstehen. So bildet die Geschichte jenes neugeborenen Staates, der zu Beginn noch Deutsch-Österreich hieß, und an dessen Ende im März 1938 eine Zäsur stand, die auch einen radikalen Bruch im Leben von Fritz und Josef Lauschers markierte, den historischen Rahmen dieser Arbeit. Das politische Umfeld der Brüder bildete die Kommunistische Partei, im Besonderen deren Jugendorganisation. Im Folgenden soll ein Überblick zu dem Konstituierungsprozess dieser Bewegung gegeben werden, der sich im Laufe und vor dem Hintergrund des Ersten Weltkrieges vollzog sowie ein Blick auf die Gesellschaft, in der die Brüder Lauscher sozialisiert wurden, geworfen werden, auf die Ereignisse die sie selbst oder ihr Umfeld geprägt haben.

1.1. Der Erste Weltkrieg und die Arbeiterbewegung

Die Auswirkung des Ersten Weltkriegs auf die österreichische Bevölkerung machte sich, vor allem in den Großstädten, durch erhebliche Abstriche am Lebensstandard bemerkbar. Die Realeinkommen sanken im Durchschnitt um etwa 50%. Einer geringen Anzahl von „Kriegsgewinnlern“ stand die Masse an Geschädigten gegenüber,

⁴ ZPA KPÖ, Lebenslauf Josef Lauscher, 22.8.1945, 1.

bestehend aus ArbeiterInnen und Angestellten.⁵ Die sich im Laufe des Krieges kontinuierlich verschlechternde Versorgungslage ging einher mit staatlichen Restriktionen. Das Kriegsleistungsgesetz von 1912 erlaubte es kriegswichtige Betriebe unter militärische Kontrolle zu stellen und sämtliche für den Waffendienstuntauglichen Männer bis 50 Jahre für die Industrie zu rekrutieren.⁶ Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, welche die Versorgung der Bevölkerung, die Approvisionierung, gewährleisten sollten, darunter fielen etwa die Streckung der Mehlvorräte oder das Festsetzen von Maximalpreisen, basierten auf dem Ermächtigungsgesetz vom 10. Oktober 1914.⁷ Der Mangel an Lebensmitteln und Heizmaterial konnte damit allerdings nicht entscheidend kompensiert werden.⁸

„Es ist sicher, dass für jeden einfachen Österreicher und werktätigen Menschen, der den ersten Weltkrieg im Hinterland erlebte, der Nahrungsmittelmangel, das stundenlange und oft erfolglose Anstellen vor den Lebensmittelgeschäften, das Kartensystem, die Quotenkürzungen, die Teuerung aller Grundnahrungsmittel, die Hamsterfahrten und der Genuss oft ekelhafter Surrogate der unvergesslichste Eindruck war.“⁹

Als Folge dieser Mangelversorgung stiegen die sozialen Spannungen, die sich im Winter 1916 in Wien erstmals in Form von Hungerkrawallen und Plünderungen von Geschäften entluden.¹⁰ Das Jahr 1916 bildete in dieser Hinsicht einen Wendepunkt. Die Vorräte waren aufgebraucht, der Hunger und die Versorgungsknappheit begannen den

⁵ Karl Bachinger: Eine stabile Währung in einer instabilen Zeit – Der Schilling in der Ersten Republik, in: Karl Bachinger et al.: Abschied vom Schilling. Eine österreichische Wirtschaftsgeschichte (Graz/Wien/Köln 2001) 11-134, hier: 14f.

⁶ Manfred Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918 (Wien/Köln/Weimar 2013) 206.

⁷ Lutz Musner: Die Sozialdemokratie und der Erste Weltkrieg (Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung Dokumentation 1-4, Wien 2014) 52f.

⁸ Felix Butschek: Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart (Köln/Wien 2012) 178.

⁹ Hans Hautmann: Die ökonomische, soziale und politische Lage der österreichischen Industriearbeiter im Ersten Weltkrieg (Referat auf dem Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft zum Jännerstreik 1918 am

17. Jänner 1998 in Wiener Neustadt), online unter <http://www.klahrgesellschaft.at/Referate/Hautmann_Industriearbeiter.html> (27. März 2017).

¹⁰ Butschek, Wirtschaftsgeschichte, 178.

Krieg an der Front als beherrschendes Thema abzulösen.¹¹ Die Unzufriedenheit innerhalb der Arbeiterschicht machte sich zunehmend bemerkbar. „Um diesem Druck von unten entgegen zu wirken“¹², wurden Verordnungen zur Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erlassen. Darunter fiel etwa die Einrichtung von Beschwerdekommisionen, denen das Recht zustand „für beide Teile, Unternehmer und ArbeiterInnen, rechtsverbindliche und durch polizeiliche Exekutionen vollstreckbare Entscheidungen zu fällen“¹³. Durch Mieterschutzverordnungen wurde versucht die steigenden Lebenshaltungskosten abzufangen, wovon insbesondere die Frauen von Soldaten profitieren sollten.¹⁴

In der Oktober Revolution 1917 hatten die Bolschewiki die Macht in Russland übernommen und zunächst einen Waffenstillstandsvertrag mit den Mittelmächten initiiert, dem ab Dezember langwierige Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk folgten.¹⁵ Die Auswirkungen der Revolution machten sich auch in Österreich bemerkbar, radikale Parolen schwappten auf ArbeiterInnen und Heimkehrer über, die eine Chance sahen „im Wege einer Massenbewegung dem Krieg ein rasches Ende zu bereiten“¹⁶.

Als Reaktion auf die sich zuspitzende Versorgungslage wurde die Pro-Kopf-Quote für Mehl weiter herabgesetzt,¹⁷ eine Maßnahme mit Folgen. Als Reaktion auf diese Kürzung und vor dem Hintergrund der revolutionären Stimmung, kam es am 14. Jänner 1918, ausgehend von ArbeiterInnen der Daimler-Werke in Wiener Neustadt, zu einem Streik, der in kürzester Zeit auf sämtliche Industriegebiete der Monarchie übergang. Im Unterschied zu vorhergehenden Streiks unterschied sich diese Bewegung durch ihre politischen Forderungen, die sich zu den materiellen Motiven gesellten. Es waren

¹¹ Rauchensteiner, Weltkrieg, 685.

¹² Musner, Sozialdemokratie, 71.

¹³ Ebd., 71.

¹⁴ Ernst Bruckmüller: Sozialgeschichte Österreichs (Wien 2001) 360.

¹⁵ Rauchensteiner, Weltkrieg, 896f.

¹⁶ Musner, Sozialdemokratie, 79.

¹⁷ Rauchensteiner, Weltkrieg, 893.

Forderungen nach Abschluss der Friedensverhandlungen mit Russland und nach Beendigung des Krieges.¹⁸

An der Spitze der Bewegung standen, zumeist junge, Linksradikale, die den politischen Charakter des Jännerstreiks trugen.¹⁹ Der Streik umfasste in der österreichischen Reichshälfte eine Masse von über einer halben Million ArbeiterInnen²⁰ und drohte in eine Revolution umzukippen, die das Militär mit großer Wahrscheinlichkeit niedergeschlagen hätte.²¹ Bereits im Mai 1917 konnte nur mit Mühe eine Streikbewegung der Wiener Metallarbeiter durch erfolgreiche Verhandlung der Gewerkschaften, die der Sozialdemokratie nahestanden, beendet werden.²² Im Verlauf des Jännerstreik, von dessen Ausbruch die Führung der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* (SDAP) erst am Abend des 14. Jänners erfahren hatte, kam es zum „Kampf zwischen Parteiführung und Linksradikalen um den Einfluss auf die Massen“²³.

Bald stand fest, dass die Frage der Mehrlationen nicht mehr die entscheidende war, der Aufstand hatte sich in einen politischen Massenstreik verwandelt. Im südlichen Wiener Becken bildeten sich Arbeiterräte unter linkradikalem Einfluss. Die Sozialdemokratie, welche von den Ereignissen, vor allem ihrem Ausmaß, zunächst überrascht war, ging in die Offensive, da sie feststellte, dass „das Räteprinzip als solches eine potentielle revolutionäre, gegen die Partei- und Gewerkschaftsspitze zielende Stoßrichtung gewinne konnte – dann nämlich wenn man die Dinge dem Selbstlauf überließ.“²⁴ Mit vier Forderungen an die Regierung,²⁵ die selbige zumindest als Verhandlungsbasis akzeptierte, konnte man auf die Arbeiterschaft beschwichtigend

¹⁸ Rauchensteiner, Weltkrieg, 907; Musner, Sozialdemokratie, 79.

¹⁹ Vgl. Hans Hautmann: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916 – 1919 (Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich 7, Wien 1970) 20-23.

²⁰ Hans Hautmann: Der Erste Weltkrieg und das Entstehen der revolutionären Linken in Österreich. Eine kommentierte Dokumentation (Wien 2014) 90.

²¹ Musner, Sozialdemokratie, 79.

²² Berthold Unfried: Arbeiterprotest und Arbeiterbewegung in Österreich während des Ersten Weltkrieges (ungedr. Dissertation Universität Wien 1990) 64-67.

²³ Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 25.

²⁴ Hans Hautmann: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918 – 1924 (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien 1987) 159.

²⁵ Zitiert in: Der Aufstand. Erklärung des Parteivorstandes, in: Arbeiter-Zeitung Nr. 17 (17.01.1918) 1.

einwirken. Obwohl in den Verhandlungen mit der Regierung schlussendlich nur ein Punkt voll erfüllt wurde, beschloss der Wiener Arbeiterrat²⁶ am 20. Jänner das Ergebnis der Verhandlung zu akzeptieren und den Streik zu beenden. Es dauerte allerdings noch bis zum 24. Jänner bis überall die Arbeit wieder aufgenommen wurde.²⁷ „Partei und Gewerkschaften boten alle verfügbaren Kräfte und Funktionäre auf, um den Beschluss zur Arbeitsaufnahme durchzusetzen.“²⁸ Von linksradikaler Seite wurde dieses „Abwürgen“ der Streikbewegung durch die Sozialdemokratie als Verrat an der Arbeiterschaft gewertet.²⁹

Der Jännerstreik von 1918 bildete einen entscheidenden Schritt zur Stärkung des Klassenbewusstseins der Arbeiterschaft und zum Aufbau eines Selbstbewusstseins, das, gestützt durch die Oktoberrevolution von 1917, prägend für die Ereignisse der folgenden Jahre sein sollte.

„Kann man die Forderung nach sofortigem Abschluss der Friedensverhandlungen mit Russland und, allgemeiner, die Friedensforderungen als Ausdruck eines erweiterten politischen Mitbestimmungswillens interpretieren, so kommt in Ausdrücken der Sympathie mit dem Russland der Oktoberrevolution eine neue Tendenz zum Tragen, eine Tendenz zur völligen, radikalen und raschen Veränderung der Gesellschaft.“³⁰

²⁶ Anm.: Der Sozialdemokratischen Partei gelang es, sich politischen Einfluss im Wiener Arbeiterrat zu sichern. So gelangten höchste Parteifunktionäre in die leitenden Gremien des Arbeiterrats. Die Wiener Räte sollten die Zustimmung der streikenden Arbeiter zum Vierpunkteprogramm des Parteivorstandes erreichen, siehe Hautmann, Rätebewegung, 159f.

²⁷ Vgl. Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 24-27.

²⁸ Unfried, Arbeiterprotest, 100f.

²⁹ Franz Koritschoner: Der Jännerstreik und seine Vorgeschichte, zitiert in: Hautmann, Weltkrieg, 95-97.

³⁰ Bruckmüller, Sozialgeschichte, 361.

1.2. Differenzierungsprozess(e) innerhalb der Sozialdemokratie und Beginn der kommunistischen Bewegung in Österreich

Die Rolle der sozialdemokratischen Partei während des Krieges stellt einen entscheidenden Aspekt bei dem Entstehen eines politischen Differenzierungsprozesses dar, der zur Bildung einer linken Opposition führte und an dessen Ende die Konstituierung der kommunistischen Bewegung stand.

Die SDAP stellte sich vor allem zu Beginn des Ersten Weltkrieges in den Dienst von Monarchie und Armee, gewährte „ihrer eigenen Regierung aktive und vorbehaltlose Unterstützung“³¹. Der sozialdemokratische Vordenker Otto Bauer stellte 1923 fest: „In den ersten Kriegsmonaten stand die deutschösterreichische Sozialdemokratie völlig im Banne dieser Massenstimmung. Ohne Vorbehalt stellte sie sich an die Seite der Mittelmächte“³². „Der Sündenfall der österreichischen Sozialdemokratie“³³ wie es Hans Hautmann nennt, hatte sich etappenweise vollzogen. Zeigte man sich noch im Juli 1914 zwar verständnisvoll bezüglich des Ultimatums an Serbien, jedoch deutlich ablehnend in der Konsequenz eines Krieges, so änderte sich diese Haltung Anfang August, als das Eintreten des Zarenreichs in den Krieg feststand.³⁴ Aus Angst vom „russischen Despotismus, der unweigerlich, nach einem Vorstoß der Zarenarmee bis vor die Tore Wiens, ein Bündel von Vasallenstaaten und damit eine brutale Knechtschaft der unterworfenen Völker errichten würde“³⁵, rechtfertigte Otto Bauer das Eintreten der Sozialdemokratie für den Krieg: „Die Furcht vor dem Siege des Zarats packte alle Klassen des deutschösterreichischen Volkes, sie packte auch die deutschösterreichischen Arbeitermassen.“³⁶

Die offizielle Haltung der sozialdemokratischen Partei zu Kriegsbeginn reihte sich ein in eine europaweite Abkehr von der Friedenspolitik der Zweiten Internationale, die noch

³¹ Hautmann, Weltkrieg, 20.

³² Otto Bauer: Die österreichische Revolution (Wien 1923) 53.

³³ Hautmann, Weltkrieg, 17.

³⁴ Ebd., 17-20.

³⁵ Musner, Sozialdemokratie, 30.

³⁶ Bauer, Revolution, 53.

1912 feierlich beschlossen hatte, einen Krieg zwischen den Großmächten mit allen Mitteln verhindern zu wollen. Die Zweite Internationale war zusammengebrochen und der nationalen Politik des „Burgfriedens“ mit den Bürgerlichen gewichen.³⁷ Dieser Kurs der sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Großmächte Europas führte zur Bildung einer Opposition, die sich gegen die Kriegspolitik wendete. Im September 1915 traf sich diese Opposition, getarnt als ornithologischer Verein, im Schweizer Ort Zimmerwald zu einer Konferenz. Aus Österreich war niemand zu diesem Treffen eingeladen, auch nicht der, als Vertreter des linken Flügels dafür prädestiniert gewesene, Friedrich Adler. Im Verlauf des Kolloquiums bildete sich innerhalb dieser linken Opposition eine revolutionäre Minderheit um Lenin, die den „Weltkrieg in einen Weltbürgerkrieg umfunktionieren“³⁸ wollte und zur „Keimzelle der zukünftigen kommunistischen Bewegung“³⁹ wurde, die sogenannte *Zimmerwalder Linke*. Als Ergebnis der Konferenz wurde das Zimmerwalder Manifest verabschiedet, in welchem die herrschende Gewalt der kapitalistischen Gesellschaften angeklagt und die Rolle der sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen dafür kritisiert wurde, dass sie sich in den Dienst der kriegführenden Regierungen stellten.⁴⁰

Der Widerstand der oppositionellen Linken in Österreich, rund um Friedrich Adler, die dem rechten Flügel der Partei, allem voran Karl Renner, gegenüberstanden,⁴¹ verstärkte sich unter dem Eindruck der Zimmerwalder Konferenz. Als legale Plattform diente ihnen der Bildungsverein „Karl Marx“. ⁴² Einen Höhepunkt der Auseinandersetzung der Linken mit ihrer Partei stellte das Attentat Friedrich Adlers auf den Ministerpräsidenten Graf Karl Stürgkh am 21. Oktober 1916 dar. Adler wollte mit

³⁷ Christian Koller: Subversive Ornithologen. Die Internationale Sozialistische Konferenz von Zimmerwald von 1915, in: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur 83, H. 2 (2005) 35-38, hier: 35.

³⁸ Koller, Ornithologen, 36.

³⁹ Ebd., 38.

⁴⁰ Vgl. Hans Hautmann: Zimmerwald 1915. Ausgangspunkt für die Umwandlung des Krieges in die Revolution, in: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 22, Nr. 3 (September 2015) 11-17, hier: 13-16.

⁴¹ Musner, Sozialdemokratie, 34f.

⁴² Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 2-4.

dieser Handlung und im Rahmen des darauf folgenden Prozesses nicht nur die Regierung anklagen, sondern auch die Haltung der sozialdemokratischen Partei.⁴³

Analog zu Zimmerwald bildete sich innerhalb der linken Opposition ein Gegensatz zwischen der Mehrheit der gemäßigten Linken, rund um Friedrich Adler, die durch „einen offenen theoretischen Kampf“⁴⁴ siegen wollte und einer linksradikalen Minderheit, die den Kampf auf revolutionärer Basis führen wollte und sich vorwiegend aus Mitgliedern des *Verbands Jugendlicher Arbeiter* (VJA), der Jugendorganisation der SDAP, zusammensetzte.⁴⁵

1.2.1. Die Linksradikalen im Verband Jugendlicher Arbeiter

„Die Haltung der sozialdemokratischen Jugendorganisation zum Krieg unterschied sich bei Kriegsausbruch kaum von jener der Partei.“⁴⁶ Als Reaktion entstand bereits im September 1914 eine linksradikale Strömung, die, in Form von Flugschriften, gegen die kriegsbefürwortende Haltung des Verbandes Stellung bezog. So wurde unter anderem die Erklärung Karl Liebknechts⁴⁷ per Flugblatt verbreitet.⁴⁸ Diese Bewegung, zu deren führenden Persönlichkeit Franz Koritschoner zählte, blieb zunächst noch weitgehend unbedeutend und in ihrem Wirkungskreis alleine auf Wien beschränkt.⁴⁹ „Im Unterschied zu den ‚Linken‘ begannen die Linksradikalen als erste und einzige

⁴³ Vgl. Musner, Sozialdemokratie, 69.

⁴⁴ Wolfgang Neugebauer: Bauvolk der Welt. Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung in Österreich (Wien 1975) 98.

⁴⁵ Hans Hautmann: Die Revolutionäre: Der Formierungsprozess der Linksradikalen (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 4), in: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 14, Nr. 4 (Dezember 2007) 1-6, hier: 1.

⁴⁶ Neugebauer, Bauvolk, 92.

⁴⁷ In dieser Erklärung vom 2. Dezember 1914 erläutert Liebknecht, Abgeordnete der SPD im Reichstag, seine Weigerung zur Zustimmung für die Kriegskredite. U. a. heißt es darin: „Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede ohne Eroberungen, ist zu fordern;“, siehe BArch SgY 2/V D.F. V/14 fol.1., Flugblatt mit Erklärung zur Ablehnung der Kriegskreditvorlage durch Karl Liebknecht im Reichstag am 2. Dezember 1914.

⁴⁸ Neugebauer, Bauvolk, 96.

⁴⁹ Hautmann, Revolutionäre, 1.

sozialistische Gruppierung, illegale Formen des politischen Wirkens in die Praxis umzusetzen.“⁵⁰

Bestärkt durch die Zimmerwalder Konferenz bildete sich im Winter 1915/16 ein Aktionskomitee, in dem sich die linksradikalen Jugendlichen sammelten.⁵¹ Dieses Aktionskomitee trat 1916 dem Verein „Karl Marx“ bei „und verband auf diese Weise legale mit illegaler Arbeit“⁵². Von dort aus gelang es ihnen durch erfolgreiche Agitation, mehrere VJA Gruppen auf ihre Seite zu ziehen.⁵³ „In den Diskussionen innerhalb des Vereines traten die Gegensätze zwischen Linken und Linksradikalen, welche auch für die Auseinandersetzungen im *Verband Jugendlicher Arbeiter* maßgebend wurden, offen zutage.“⁵⁴

Die russische Revolution im Februar 1917 verlieh der Opposition im VJA, bestehend aus radikalen und gemäßigten Linken, starken Auftrieb und es gelang ihr vorübergehend die Kontrolle in der Wiener Organisation zu übernehmen. Infolge dieser Entwicklung wurde der Riss zwischen Oppositionellen und der Verbandsführung immer deutlicher. In dieser Situation sah sich die Leitung zur Reaktion gezwungen, wobei ihr zugutekam, dass die Linksradikalen, zwar über großen revolutionären Eifer, aber über wenig politische Erfahrung verfügten. Es gelang der Leitung die Opposition zu spalten und die gemäßigten Linken auf ihre Seite zu ziehen, gleichsam die Radikalen zu isolieren. Die Ortsgruppen Leopoldstadt und Favoriten schieden in Folge gemeinsam mit einer Reihe weiterer Mitglieder, darunter auch Franz Koritschoner, aus dem Verband aus und setzten ihre illegale Tätigkeit, getarnt als unterschiedliche Vereine, wie etwa dem „Verein der arbeitenden Jugend Wiens“, die allerdings allesamt bald wieder verboten wurden, fort. Das Ausscheiden aus dem VJA bedeutete eine empfindliche Niederlage für die Linksradikalen, wohingegen der sozialistische Jugendverband, durch das Ende der internen Kämpfe und Wegbrechen der

⁵⁰ Hautmann, Revolutionäre, 1.

⁵¹ Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 5.

⁵² Hautmann, Revolutionäre, 2.

⁵³ Vgl. Walter Göhring: Der illegale Kommunistische Jugendverband Österreichs (ungedr. Dissertation Universität Wien 1971) 5-8.

⁵⁴ Neugebauer, Bauvolk, 98.

linksradikele Opposition, stabilisiert und gestärkt aus dem Ersten Weltkrieg hervortrat.⁵⁵

Das Potential der linksradikalen Minderheit zeigte sich im Zuge des Jännerstreiks 1918, bei dessen Auslösung und Weitertreiben sie eine führende Rolle einnahm. Es wurde allerdings auch deutlich „dass die Linksradikele zwar stark genug waren, um über ihre Verbindungsleute in den Betrieben bei der Auslösung des Streiks eine entscheidende Rolle zu spielen, sie aber zahlenmäßig zu schwach und politisch zu wenig geschult und erfahren waren, um den Jänneraufstand zu leiten und zum Sieg [...] führen zu können.“⁵⁶ Der Jännerstreik bildete eine grundlegende Zäsur in der Entwicklung der linksradikalen Bewegung in Österreich. Hautmann sieht in ihm die „eigentliche Geburtsstunde der Kommunistischen Partei Österreichs“⁵⁷:

„Die grundlegende Bedeutung des Jännerstreiks für die Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs liegt darin, dass die Arbeiterschaft zum ersten, aber zugleich auch letzten Mal in breitem Ausmaß mit ihrer Mutterpartei in ernste Gegensätze geriet. Tatsächlich zeigte sich in den Wintertagen die überragende und tiefgreifende Wirkung der russischen Oktoberrevolution, die Macht einer neuen Idee und einer neuen Art des Klassenkampfes mit all ihren Folgen.“⁵⁸

Nach Beendigung des Jännerstreiks wurden die wichtigsten Aktivisten verhaftet und unter Anklagedrohung des Hochverrats bis Ende Oktober 1918 in Untersuchungshaft genommen, wodurch sie von einer „Einflussnahme auf den Verlauf der Klassenkämpfe in Österreich bis zum Zerfall der Monarchie ausgeschaltet waren“⁵⁹. In Freiheit verblieben lediglich die Gruppen um Karl Steinhardt und Elfriede Friedländer, die

⁵⁵ Neugebauer, Bauvolk, 99-102.

⁵⁶ Hautmann, Revolutionäre, 5.

⁵⁷ Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 30.

⁵⁸ Ebd., 30.

⁵⁹ Hautmann, Weltkrieg, 99.

jedoch nicht in der Lage waren die „positiven Ansätze der revolutionären Tätigkeit der Linksradikalen fortzuführen“⁶⁰.

Gemeinsam mit der Arbeiterschaft traten Gewerkschaft und Sozialdemokratie, die, insbesondere im Zuge des Jännersstreiks, als „Bändiger“ der Arbeiterschaft auf Seite der Regierung auftraten und denen es gelang „der Radikalität noch einmal die Spitze zu nehmen“⁶¹, politisch gestärkt aus der Tragödie des Ersten Weltkriegs hervor.⁶² Zudem bildete die Tatsache, dass nur ein kleiner Kern engagierter, selbstbewusster, linksradikaler Jugendlicher zu erfolgreicher Agitation fähig war, ein Charakteristikum, das auch an die entstehende kommunistische Bewegung, vor allem deren Jugendbewegung, vererbt wurde. Beispielhaft an dieser Stelle kann der erst 17 jährige Friedrich Hexmann genannt werden, der im Jänner 1918 einen Marsch von 2000 Arbeitern zur Südbahn anführte um die dortigen Arbeiter zum Streik zu bewegen.⁶³

1.2.2. Gründung der KPDÖ und des Kommunistischen Jugendverbandes

Am 3. November 1918, also noch vor Ausrufung der Republik Deutschösterreich, fand in den Eichensälen in Wien Favoriten die Gründung der *Kommunistischen Partei Deutschösterreichs* (KPDÖ)⁶⁴ statt. An der Gründungskonferenz, der Verhandlungen zwischen der Steinhardt- und der Friedländer-Gruppe vorausgegangen waren,⁶⁵ nahm lediglich eine Handvoll Personen teil.⁶⁶ Die Konstituierung der KPDÖ erfolgte vor dem Hintergrund der revolutionären Bewegung, die sich Ende Oktober in Österreich breit gemacht hatte. „Immer wieder hielten Soldaten Versammlungen ab, linke Sozialdemokraten und Linksradikale entfalteten agitatorische und organisatorische

⁶⁰ Hans Hautmann: Die Anfänge der Partei bis 1920. Vorgeschichte, Gründung und revolutionärer Aufschwung, in: Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik (Wien 1987) 15-60, hier: 40.

⁶¹ Rauchensteiner, Weltkrieg, 907.

⁶² Butschek, Wirtschaftsgeschichte, 180f.

⁶³ Unfried, Arbeiterprotest, 100.

⁶⁴ Anm.: Ab 1920 führte sie den Namen „Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)“.

⁶⁵ Hautmann, Anfänge der Partei bis 1920, 43.

⁶⁶ Anm.: Hans Hautmann nennt neun Personen, darunter Elfriede und Paul Friedländer, sowie Karl Steinhardt, siehe Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 44.

Tätigkeit, vereinzelt wurden rote Fahnen getragen.“⁶⁷ Forderungen nach Ausrufung der Republik, der Freilassung der politischen Häftlinge, der Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten und einer Volkswehr oder einer *Roten Garde* wurden laut. Forderungen die noch alle im Laufe der ersten Novemberhälfte Realität wurden.⁶⁸

Wien war in den Oktober-/Novembertagen als Verkehrsknotenpunkt ein Sammelbecken von Militärs, der sich auflösenden kaiserlichen Armee. Heimkehrer, Verwundete, Fronturlauber und Deserteure bevölkerten die Hauptstadt der zukünftigen Republik. Unter dem Eindruck der Ereignisse im revolutionären Russland bildete sich in Wien, neben den bereits seit dem Jännerstreik existierenden Arbeiterräten, mit den Soldatenräten die politisch aktivste Organisation der Nachkriegsphase.⁶⁹ Die Straßen wurden in den ersten Novembertagen von der *Roten Garde* beherrscht, einer radikal linken Gruppierung von Soldaten,⁷⁰ die sich am 31. Oktober noch vor der KPDÖ gebildet hatte, somit „das erste Symptom der nun akut revolutionären Situation des Jahres 1918“⁷¹. Die Regierung war zu diesem Zeitpunkt hilflos, eine reguläre Armee existierte nicht mehr und die Exekutive sah sich nicht im Stande gegen die Rotgardisten einzuschreiten.⁷² Vor dieser Entwicklung ist die Bildung einer Volkswehr zu sehen, zu deren freiwilligem Beitritt am 3. November durch den Staatsrat⁷³ aufgerufen wurde und deren Werbung am darauffolgenden Tag begann. Julius Deutsch, dem Unterstaatssekretär für Heerwesen, gelang es die Rote Garde zum

⁶⁷ Gerhard Botz: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938 (München 1983) 27.

⁶⁸ Ebd., 27.

⁶⁹ Hautmann, Rätebewegung, 243.

⁷⁰ Anm.: Die Rote Garde stand 1918 unter dem Einfluss der *Föderation revolutionärer Sozialisten „Internationale“* (FRSI) und nicht der KPDÖ. FRSI, die zunächst der KPDÖ ablehnend gegenüberstand und sich mit ihr erst nach deren Festigung ab dem Jahreswechsel 1918/19 zusammenschloss, und die Rote Garde bildeten im Herbst 1918 die beiden bedeutendsten Gruppe, die in linker Opposition zur Sozialdemokratie standen, siehe Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 50-52.

⁷¹ Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 53.

⁷² Hautmann, Rätebewegung, 246f.

⁷³ Anm.: Bei dem Staatsrat handelte es sich um den von der provisorischen Nationalversammlung mit der Regierung- und Vollzugsgewalt betrauten Vollzugsausschluss, siehe Beschluß der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich vom 30. Oktober 1918 über die grundlegenden Einrichtungen der Staatsgewalt, StGBI. 1/1918, §3.

Eintritt in die Volkswehr zu bewegen.⁷⁴ Dies hatte den Hintergrund, die radikale, unberechenbare Gruppierung kontrollieren zu können und entsprach der Taktik der Sozialdemokratie während der gesamten revolutionären Phase, die darin bestand „den neuen linken, kommunistischen Kräften nicht frontal entgegenzutreten, sondern sie unter dem Schlagwort ‚Einheit aller politischen Schattierungen in der Arbeiterklasse‘ in jene Organisationen zu integrieren, wo Sozialdemokraten eine sichere Majorität besaßen: in die Volkswehr sowie in die Arbeiter- und Soldatenräte.“⁷⁵

Zum Zeitpunkt ihrer Gründung war die KPDÖ eine Partei ohne politischen Einfluss, ohne Machtbasis und ohne einheitliche Ideologie. Die Anfangsphase bis Mitte Dezember 1918 war geprägt durch die organisatorische Schwäche, welche die schnelle, unvorbereitete Gründung der Partei, die in ihrer Ausbreitung zudem lediglich auf Wien beschränkt war, mit sich brachte.⁷⁶ Es gelang nicht, bekannte sozialdemokratische Führer, wie den amnestierten und am 1. November 1918 aus der Haft entlassenen⁷⁷ Friedrich Adler, für die Partei zu gewinnen.⁷⁸ Adler begründete seinen Verzicht mit der Links-Wendung der Sozialdemokratie 1917/18.⁷⁹ Eine politische wie auch organisatorische Festigung brachte erst der Eintritt der aus der Haft entlassenen, zunächst noch skeptischen, Linksradikalen um Koritschoner sowie aus Russland heimgekehrter Kriegsgefangener, „agitatorisch gerüstet durch die unmittelbaren Erfahrungen der Oktoberrevolution“⁸⁰, ab Mitte Dezember.⁸¹ Die revolutionäre Phase des Jahres 1919 führte schließlich zu einem großen Aufschwung, im Zuge dessen die Mitgliederzahl im Mai bzw. Juni des Jahres auf 40.000 stieg, einen Wert der erst nach 1945 wieder erreicht werden sollte. Diese Konjunktur reichte jedoch nicht aus, sich gegenüber der Sozialdemokratie, die als Regierungspartei

⁷⁴ Hautmann, Rätebewegung, 246f.

⁷⁵ Ebd., 247.

⁷⁶ Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 46.

⁷⁷ Friedrich Adler, in: Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie, online unter <<http://www.dasrotewien.at/seite/adler-friedrich>> (20. Jänner 2018).

⁷⁸ Josef Ehmer: Die Kommunistische Partei Österreichs, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 218-230, hier: 219.

⁷⁹ Hautmann, Anfänge der Partei bis 1920, 43.

⁸⁰ Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 64.

⁸¹ Ebd., 62-64.

aufgrund der Maßnahmen zur Sozialgesetzgebung fest in der Arbeiterschaft verankert war, als eine ernsthafte Konkurrenz in den Betrieben zu etablieren.⁸²

Fünf Tage nach Gründung der KPDÖ formte sich am 8. November aus jener Gruppe linksradikaler Jugendlicher, die aus dem VJA ausgetreten oder ausgeschlossen worden waren und sich führend am Jännerstreik beteiligt hatten, der *Kommunistische Jugendverband Österreichs* (KJV bzw. KJVÖ).⁸³ Max Stern, selbst einer dieser Jugendlichen, berichtet: „Vor allem diese Achtzehn- bis Zwanzigjährigen aus dem ‚Verband der Arbeiterjugend‘, die nach dem Jännerstreik im Gefängnis gesessen waren, gründeten den KJV.“⁸⁴

Zunächst unabhängig von der Kommunistischen Partei, gliederte sich der Verband nach wenigen Tagen der KPDÖ ein. Sein Vereinslokal befand sich im 9. Wiener Bezirk, in der Pulverturmstraße 7,⁸⁵ an der gleichen Adresse an der sich auch ein Parteilokal der KPDÖ befand.⁸⁶ Bis Ende 1922 agierte der Verband im Rahmen der Partei, erst am 9. Jänner 1923 wurde der Antrag zur Bildung eines Vereines gestellt.⁸⁷ Zu den Unterzeichnern zählten u. a. Friedrich Hexmann und Franz Koritschoner. Da es sich offiziell nicht um einen politischen Verein handelte⁸⁸ bzw. eine Konstituierung als politischer Verein bewusst vermieden werden sollte,⁸⁹ wurde er unter dem Namen

⁸² Herbert Steiner: Die Kommunistische Partei Österreichs und die nationale Frage, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hg.): „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation (Wien 1988) 77-84, hier: 78.

⁸³ Winfried R. Garscha: Vom Verband Jugendlicher Arbeiter zum Kommunistischen Jugendverband, in: Historische Kommission beim ZK der KPÖ (Hg.): Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich (Wien 1981) 18-21, hier: 21.

⁸⁴ Max Stern: Aus der Geschichte des Kommunistischen Jugendverbandes, in: Weg und Ziel Nr. 9 (September 1969) 451-463, hier: 451.

⁸⁵ AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-2730, Statuten des Verbandes der Proletarierjugend Österreichs; Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 66.

⁸⁶ Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 45.

⁸⁷ Siehe Faksimile der Gründungsurkunde, in: Göhring, Jugendverband, 488.

⁸⁸ AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-2730, Bescheid des Bundeskanzleramts, 23.09.1931.

⁸⁹ Anm.: Als politischer Verein wäre man gesetzlich verpflichtet gewesen sämtliche Mitglieder zu melden, Frauen, Ausländer und Minderjährige hätten nicht aufgenommen werden dürfen und die Bildung von Ortsgruppen wäre untersagt gewesen, siehe RGBl. 134/1867, §§ 29ff; Die eingereichten Statuten, welche die Einrichtung von Ortsgruppen vorsahen, deuten darauf hin, dass man sich über die genauen Bestimmungen nicht vollends im Klaren war, siehe AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-2730, Statuten des Verbandes der Proletarierjugend Österreichs, o. D.

Verband der Proletarierjugend Österreichs gegründet. Nach außen trat man jedoch stets als *Kommunistischer Jugendverband* auf.

1.3. Die Erste Republik - wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Aspekte vor dem Hintergrund der sich radikalisierenden Gegensätze

Mit dem Ende der Kampfhandlungen traten die wirtschaftlichen Konsequenzen und die Zerstörung in den Vordergrund: „ein überforderter, geschwächter Produktionsapparat, an dem jahrelang keine Investitionen vorgenommen worden waren, aufgezehrte Lager, desorganisierte Verkehrslinien, unterbrochene Auslandsbeziehungen, eine zerrüttete Währung“⁹⁰. Der Zerfall der k.u.k. Monarchie bedeutete das Auseinanderbrechen des riesigen Wirtschaftsraums Österreich-Ungarn. „Aus dem auf einen quasi-autarken Raum mit über 50 Millionen Einwohnern ausgerichteten Zentralgebiet wurde ein kleiner, extrem außenhandelsabhängiger Staat mit 6,5 Mio Einwohnern.“⁹¹ Die österreichische Reichshälfte hatte Dienstleistungen und Industriegüter in andere Länder der Monarchie exportiert, dafür Nahrungsmittel und Brennstoff importiert. Der Binnenhandel innerhalb der Monarchie war nun zu einem Außenhandel geworden, der sich vorwiegend in Kompensationsgeschäften vollzog, den Versorgungsmangel allerdings nicht stoppen konnte. Der vor allem für Wien wichtige Import von Lebensmitteln wurde zusätzlich durch Transportschwierigkeiten gehemmt. Die Folge war eine Hungersnot, die Anfang 1919 ihren Höhepunkt erreichte.⁹²

Neben der Versorgungskrise stellte vor allem die im Laufe des Jahres 1919 stark gestiegene Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch „demobilisierte Soldaten [die] in den Arbeitsprozess drängten“⁹³, ein soziales Problemfeld dar. Ein gab „ein Heer von

⁹⁰ Bachinger, Schilling, 15.

⁹¹ Fritz Weber: Die wirtschaftliche Entwicklung, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 23-42, hier: 27.

⁹² Vgl. Butschek, Wirtschaftsgeschichte, 184-188.

⁹³ Bruckmüller, Sozialgeschichte, 402.

Kriegsinvaliden und Heimkehrern aus der Kriegsgefangenschaft, die trotz der entschiedenen sozialpolitischen Schritte der Regierung die Diskrepanz zwischen den ihnen im Krieg gemachten Versprechen und ihrer elenden Existenz am schmerzlichsten erfuhren⁹⁴. Bei dieser Gruppe versagte der Integrationsmechanismus „der die Arbeiter und Angestellten an ihren Arbeitsplätzen von einer Radikalisierung abhielt und Anhänger der Sozialdemokratie bleiben ließ“⁹⁵. Auf diese und andere soziale Gruppen, wie Invalide und Arbeitslose, stützten sich die agitatorischen Erfolge der KPDÖ in der ersten Hälfte des Jahres 1919. Hungerdemonstrationen gehörten zum Alltag, manchmal begleitet von Plünderungen und blutigen Auseinandersetzungen.⁹⁶ Über eine solche Demonstration, die durch Plünderungen und Diebstähle überschattet wurde, schrieb am 27. April 1919 die Illustrierte Kronen Zeitung:

„Das Nachspiel, das die Freitagsdemonstrationen in den Abendstunden gefunden haben, war recht traurig und muss jeden betrüben, dem die Sache unserer Ärmsten – und das sind die Heimkehrer und Invaliden – zu Herzen geht. Ihre Hilferufe, ihre Notschreie sind nur zu berechtigt, und man kann nur aufs innigste wünschen, dass das Elend dieser Schwerstbetroffenen rasch gemildert wird.[...] Nicht jeder ist Zeuge der Demonstration gewesen, nicht jeder kann also unterscheiden zwischen den Menschen, die in ihrer bittersten Not Gehör verlangen, und dem verabscheuungswürdigen Gesindel, das eine ruhige Demonstration zu Plünderungen und Taschelziehereien missbraucht.“⁹⁷

Die Ausrufung der Räterepublik am 21. März 1919 in Ungarn und Mitte April in München, ein Schock für das politische Europa, verlieh der KPDÖ im Frühjahr 1919 einen enormen Aufschwung, der sich in dem Anstieg der Mitgliederzahl von 3000 im Februar 1919 auf rund 40.000 im Mai/Juni 1919 widerspiegelte.⁹⁸

⁹⁴ Botz, Gewalt, 43.

⁹⁵ Ebd., 43.

⁹⁶ Hautmann, Anfänge der Partei bis 1920, 48.

⁹⁷ Sind das unsere Invaliden und Heimkehrer?, in: Illustrierte Kronen-Zeitung Nr. 6938 (27.04.1919) 2.

⁹⁸ Hautmann, Anfänge der Partei bis 1920, 48.

Vor dem Hintergrund der revolutionären Phase ist die sozialpolitische Expansion der Nachkriegszeit zu sehen, die trotz der ungünstigen ökonomischen Bedingungen in die Wege geleitet wurde. Zum einen stellte sie das Ergebnis der sich geänderten politischen Kräftekonstellation dar, in der sich die Sozialdemokratie zu einem „entscheidungsrelevanten politischen und gesellschaftlichen Akteur“⁹⁹ gewandelt hatte, zum anderen wurden dadurch „die Aktivitäten radikale Gruppen, wie etwa der Kommunisten oder der Rätebewegung“¹⁰⁰ aufgefangen und kanalisiert. Sowohl das bürgerliche Lager als auch die Sozialdemokratie waren daran interessiert ein „Übergreifen des sozialrevolutionären Prozesses auf Österreich unter keinen Umständen zuzulassen“¹⁰¹. Zu den sozialpolitischen Maßnahmen zählten etwa die mit Verordnung vom 6. November 1918 eingeführte Arbeitslosenunterstützung für Industriearbeiter und Angestellte, welche im März 1920 in eine Arbeitslosenversicherung umgewandelt wurde, die staatliche Entschädigung für Kriegsinvalide (April 1919), die Schaffung von Betriebsräten (Mai 1919), die Durchsetzung des Achtstundentages (Dezember 1919) sowie die Regelung des Kollektivvertragsrechts (Dezember 1919). Die sozialpolitischen Errungenschaften unter Ferdinand Hanusch, die über die Grenzen hinaus als Meilenstein der Sozialgesetzgebung gelten, waren schlussendlich mitentscheidend die kommunistische Bewegung in Österreich klein und zumindest politisch unbedeutend zu halten.¹⁰²

Materialverknappung, der ungebrochene Mangel an Lebensmitteln, die Umstellung der Kriegsproduktion auf die Friedenswirtschaft, ebenso wie die Eingliederung der heimgekehrten Soldaten in die Wirtschaft stellten die schwer zu stemmende Hypothek für die neue Republik Deutsch-Österreich dar. Viele Politiker und Ökonomen sahen in diesem neuen Gebilde keine Zukunft, wie etwa der Auftritt von Präsident Karl Seitz bei einer Wählerversammlung im Prater am 19. September 1920 erkennen ließ: „Präsident Seitz verwies auf die Lebensunfähigkeit Österreichs, das aus einer großen

⁹⁹ Emmerich Tálos: Sozialpolitik in der Ersten Republik, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 570-586, hier: 572.

¹⁰⁰ Butschek, Wirtschaftsgeschichte, 183.

¹⁰¹ Hautmann, Anfänge der Partei bis 1920, 48.

¹⁰² Tálos, Sozialpolitik, 577-579; Hautmann, Anfänge der Partei bis 1920, 51f.

wirtschaftlichen Einheit gerissen wurde, und dessen Grenzen so gemacht wurden, als ob ein Kind, mit dem Bleistift spielend, Grenzen in die Landkarte gezeichnet hätte.“¹⁰³ Ein Anschluss an Deutschland erschien vielen als der einzige Ausweg aus dieser zitierten „Lebensunfähigkeit“. Insbesondere die Sozialdemokratie, allen voran Otto Bauer, sahen in einem Anschluss auch politische Chancen, da dieser die Vereinigung mit einem von Sozialdemokraten regierten Staat bedeutet hätte.¹⁰⁴ Der deutsche Charakter der Republik, dessen Name „Republik Deutsch-Österreich“ erst aufgrund des Vertrags von St. Germain bzw. mit dem Gesetz über die Staatsform vom 21. Oktober 1919¹⁰⁵ in „Republik Österreich“ geändert wurde, erschien zu dieser Zeit unbestritten und so spielten auch nationale Überlegungen (noch) keine Rolle, als die Kommunistische Partei auf ihrem 4. Parteitag 1921 einen „Anschluss“ an Deutschland, als Antithese zu der Position der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien, ablehnte und für „illusionär und konterrevolutionär“¹⁰⁶ erklärten.

1.3.1. Das Erbe der Inflation

Bereits während des Krieges, vor allem ab Mitte 1917, hatte man die, durch Rüstungsnachfrage,¹⁰⁷ in Gang gesetzte Inflation nicht mehr im Griff, nach Ende des selbigen wurde das Problem der Geldendwertung durch die Krise der Nachkriegszeit verdeckt und weitgehend ignoriert. Als Problem wurde sie lediglich auf einen erschwerenden Faktor für den währungspolitischen Anschluss an Deutschland reduziert.¹⁰⁸ Entscheidend ist hier die Position des Staates zu sehen, dem die Inflation die Finanzierung der oben beschriebenen Sozialreformen ermöglichte.¹⁰⁹ „Nach 1918 wurde nur eine konsumtive Ausgabe (Rüstung) durch eine andere (Sozialausgaben)

¹⁰³ Präsident Seitz gegen die Kommunisten, in: Neues Wiener Tagblatt (Tagesausgabe) Nr. 260 (20.09.1920) 4.

¹⁰⁴ Butschek, Wirtschaftsgeschichte, 188.

¹⁰⁵ Gesetz vom 21. Oktober 1919 über die Staatsform, StGBL. 484/1919.

¹⁰⁶ Steiner, nationale Frage, 78.

¹⁰⁷ Weber, Entwicklung, 33.

¹⁰⁸ Bachinger, Schilling, 17f.

¹⁰⁹ Weber, Entwicklung, 33.

ersetzt.¹¹⁰ Die Gefahren der fortschreitenden Geldentwertung wurden, in Hinblick auf die Vorteile die sie brachten, in Kauf genommen und unterschätzt. So führte die Inflation zu einem sukzessiven Rückgang der Arbeitslosigkeit bis zur beinahe Vollbeschäftigung im Jahr 1921.¹¹¹ Durch diesen Nebeneffekt wurde auch die Aufnahme der demobilisierten Soldaten in den Arbeitsprozess erleichtert und so ein sozialer Konfliktherd entschärft.¹¹² Wer sein Geld vor der Entwertung schützen wollte legte es an. Ein Spekulationsfieber brach aus und die Wirtschaft erlebte eine Scheinkonjunktur. Bezeichnend für diese Phase stand die Aufblähung des ohnehin hypertrophen Bankensektors.¹¹³

Die, aufgrund der Untätigkeit der Finanzpolitik in Bezug auf die Notwendigkeit einer Stabilisierung der Währung, folgende Katastrophe begann in der zweiten Hälfte des Jahres 1921¹¹⁴ ihren Lauf zu nehmen.¹¹⁵ Für eine breite Bevölkerungsschicht waren zu der Zeit Nahrungsmittel nur aufgrund von staatlichen Subventionen leistbar. Diese Lebensmittelsubventionen stellten jedoch eine enorme Belastung für das Budget dar und als die Regierung die Leistungen kürzte,¹¹⁶ schnellte der Brotpreis im Dezember 1921 in die Höhe.¹¹⁷ Gegen die Teuerung formierte sich am 1. Dezember eine Protestbewegung, ausgehend von ArbeiterInnen der großen metallverarbeitenden Betriebe, die in die Wiener Innenstadt zog und in gewalttätigen Ausschreitungen mündete. Vor dem Parlament prangerten kommunistische Redner die Missverhältnisse

¹¹⁰ Weber, Entwicklung, 33.

¹¹¹ Bachinger, Schilling, 25f.

¹¹² Hans Kernbauer: Währungspolitik in der Zwischenkriegszeit. Geschichte der Österreichischen Nationalbank von 1923 bis 1938, Teil 3, Bd. 1 (Wien 1991) 46f.

¹¹³ Vgl. Bachinger, Schilling, 25-28.

¹¹⁴ Anm.: Die Sozialdemokratie war bereits am 22. Oktober 1920 aus der Regierung ausgeschieden und blieb im Laufe der Ersten Republik in Opposition zu den bürgerlichen Regierungen- Zu einer Übersicht der Regierungen siehe Wolfgang C. Müller, Wilfried Philipp, Barbara Steininger: Die Regierung, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 72-89, hier: 80-84.

¹¹⁵ Bachinger, Schilling, 34f.

¹¹⁶ Bundesgesetz über den Abbau der Lebensmittelzuschüsse des Bundes und die damit zusammenhängenden Fürsorgemaßnahmen (Abbaugesetz), BGBl. 716/1921, §§ 1ff.

¹¹⁷ Winfried R. Garscha: 1921 – 1931. Formierung der KPÖ zu einer leninistischen Partei, in: Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ (Hg.): Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik (Wien 1987) 61-159, hier: 66.

an.¹¹⁸ Das Neue Wiener Journal berichtete am folgenden Tag: „Nach einem Demonstrationzug von etwa 40.000 Arbeitern, hauptsächlich aus den Floridsdorfer und Stadlauer Betrieben, kam es gestern in Wien, namentlich infolge Verhetzung durch Kommunisten, zu wüsten Exzessen und Plünderungen in der Stadt.“¹¹⁹

Im Herbst 1921 beschleunigte sich der Inflationsprozess rapide und ging in das Stadium der Hyperinflation über, eine Phase der radikalen Geldentwertung die von September 1921 bis zum August 1922 anhielt.¹²⁰ Das im Zuge der Kürzung der Lebensmittelsubventionen eingeführte System der Indexlöhne¹²¹, welches die Entlohnung gleitend an die rasch steigenden Preise angleichen sollte, mit dem Ziel den Reallohn möglichst stabil zu halten, scheiterte, „weil die Geldentwertung wesentlich rascher als die Lohnanpassung voranschritt“¹²².

Das Ende der Hyperinflation brachte schließlich der Genfer Vertrag vom 4. Oktober 1922. Die von Bundeskanzler Ignaz Seipel, als Prälat auch Exponent der politisierten katholischen Kirche, und den Vertretern der britischen, französischen, italienischen und tschechoslowakischen Regierung unterzeichneten Protokolle gewährten Österreich eine Anleihe in Höhe von 650 Millionen Goldkronen. Im Gegenzug musste sich Österreich 20 Jahre lang zur Unabhängigkeit und zu einem rigorosen Reform- und Sanierungsprogramm verpflichten.¹²³ Der außer Kontrolle geratene Währungsverfall konnte gestoppt werden, doch die Genfer Vereinbarungen stellten mehr als nur einen wirtschaftlichen Wendepunkt dar. Sie bedeuteten einen Prestigeerfolg für Seipel und das bürgerliche Lager. „Im Genfer Vertrag fanden die mitteleuropäischen Interessen der Siegermächte, die geschäftlichen Ambitionen des ausländischen Finanzkapitals und die innenpolitischen Intentionen des österreichischen Bürgertums eine gemeinsame gesellschaftspolitische Aktionsbasis.“¹²⁴ Die Hoffnung der Sozialdemokratie auf eine

¹¹⁸ Garscha, Formierung, 66.

¹¹⁹ Teuerungsrevolten in Wien, in: Neues Wiener Journal Nr. 10.083 (02.12.1921) 1.

¹²⁰ Kernbauer, Währungspolitik, 46.

¹²¹ BGBl. 716/1921, §§ 5ff.

¹²² Garscha, Formierung, 67.

¹²³ Bachinger, Schilling, 46.

¹²⁴ Ebd., 49.

Kapitulation der „Bourgeoisie“ vor der Währungskatastrophe und eine Stärkung der eigenen Bewegung waren zerstört, stattdessen regierte die Angst vor dem Verlust der sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit.¹²⁵ Die Auseinandersetzung um die Genfer Protokolle, die zu einer „weitgehende Einschränkung der Souveränität Österreichs führten“¹²⁶ und im Zuge derer 96.000 öffentliche Bedienstete eingespart und Sozialausgaben rigoros gestrichen wurden¹²⁷, verstärkten die Spannungen zwischen Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien. Ignaz Seipel, „Retter Österreichs“ für die einen, „Feind der Arbeiterschaft“ für die anderen, stand im Zentrum dieses Konflikts.¹²⁸

1.3.2. „Bourgeoisie und Proletariat“ – Verschärfung der Gegensätze

Charakteristisch für das politische Klima der Zwischenkriegszeit war die Ausformung divergenter weltanschaulicher Ideologien, die kompromisslos in ihren Formulierungen und Zielvorstellungen waren und sich mit einer Konsensdemokratie im Prinzip nicht vereinbaren ließen:

„Klassenlose Gesellschaft oder aber berufsständische Ordnung, übernationale Konzeption oder aber Traum von der Vorherrschaft der deutschen Nation, katholischer Staat oder aber laizistische Gesellschaft – hier gab es keine Kompromissmöglichkeiten.“¹²⁹

Was für die bürgerliche Seite die katholische Kirche war, übernahm auf linker Seite eine geschlossen Organisationskette von Vereinen, die von der Geburt bis zum Tod, von den *Kinderfreunden* bis zu den *Freunden der Feuerbestattung* - „Die Flamme“, ein Leben im Geiste der Sozialdemokratie garantierte und gleichsam eine „komplette ‚Gegenkultur‘ wider die dominierende bürgerliche (und katholische) Alltags- und

¹²⁵ Bachinger, Schilling, 48f.

¹²⁶ Butschek, Wirtschaftsgeschichte, 202.

¹²⁷ Garscha, Formierung, 70-72.

¹²⁸ Bachinger, Schilling, 51.

¹²⁹ Bruckmüller, Sozialgeschichte, 405.

Ferienkultur“¹³⁰ entwickelte, als deren manifestes Symbol die, zumindest von der Gegenseite als „Festungen“ deklarierten, Wiener Gemeindebauten galten.¹³¹ Das „Rote Wien“, in dem die Sozialdemokraten bis zur letzten freien Wahl im 1932 die Mandatsmehrheit hielten, bildete den Gegenpol zum bürgerlichen Gesamtstaat.

Diese Abschottung ging einher mit einer zunehmenden Radikalisierung der politischen Lager.¹³² Die ideologische Vorstellung einer Trennung in zwei sich gegenüberstehende Klassen hatte ihren Ausgangspunkt im „Manifest der Kommunistischen Partei“ und war seit dem späten 19. Jahrhundert Teil der politischen Kategorienbildung der Linken¹³³: „Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“¹³⁴

Elementarer Bestandteil der Radikalisierung der Gegensätze waren die sich formierenden Wehrverbände, in denen sich die Antagonisten sammelten. In den Wehrverbänden, zu denen neben *Republikanischem Schutzbund* und *Heimwehr* auch zahlreiche weitere, meist kleinere und unbedeutende Gruppierungen zählten,¹³⁵ waren bis zu 180.000 Personen organisiert. Das Gewaltmonopol des Staates, durch die starke zahlenmäßige Begrenzung des Heeres, die der Vertrag von Saint-Germain vorschrieb,

¹³⁰ Bruckmüller, Sozialgeschichte, 408

¹³¹ Ebd., 408.

¹³² Anm.: Auf eine nähere Auseinandersetzung mit der Frage und der Begrifflichkeit der politischen „Lager“ muss an dieser Stelle verzichtet werden. Das Konzept der „drei großen Lager“, des „christlich-konservativen, des sozialistischen und des nationalen Bekenntnisses“ basiert auf der umstrittenen Lagerthese von Adam Wandruszka, siehe Adam Wandruszka: Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Heinrich Benedikt (Hg.): Geschichte der Republik Österreich (Wien 1954) 289-485.

¹³³ Detlef Lehnert: Politisch-kulturelle Integrationsmilieus und Orientierungslager in einer polarisierten Massengesellschaft, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 431-443, hier: 431f.

¹³⁴ Karl Marx, Friedrich Engels: Das Manifest der Kommunistischen Partei (London 1848).

¹³⁵ Anm.: Unmittelbar nach dem Untergang der Monarchie entstand eine Vielzahl rechtsstehender, provinzieller und regionaler Gruppen, die später zu Teilen der Heimwehrbewegung wurden. In Wien bildeten sich viele, kleine, fast immer antisemitische Verbände (u. a. Bund Oberland, die Wehrzüge des Deutschen Turnerbunds, Ostara, die Akademische Legion). Von Bedeutung war bis zum Juli 1927 für den Wiener Raum die Frontkämpferversammlung. Während der Zeit der Weltwirtschaftskrise bildeten sich der Freiheitsbund, die Bauernwehr und die Ostmärkischen Sturmscharen, siehe C. Earl Edmondson: Heimwehren und andere Wehrverbände, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 261-276, hier: 262-272.

ohnehin geschwächt, wurde durch diese bewaffneten paramilitärischen Verbände erheblich untergraben und bedroht.¹³⁶ Die Auswirkungen ökonomischer Krisen auf gesellschaftspolitische Entwicklungen zeigten sich besonders deutlich am Beispiel der Wehrverbände. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 traf Österreich, nach einer Konjunkturperiode von 1927 bis 1929, besonders hart. Die Folge war der Anstieg der realen Arbeitslosenrate auf über 30%. Verschlimmert wurde die Situation durch die Reduktion der Lohn und Sozialleistungen ab 1933.¹³⁷

Das fehlende Nationalbewusstsein, welches ein kollektives Zusammengehörigkeitsgefühl hätte erzeugen können, wirkte sich in diesem Zusammenhang fatal aus. Allen politischen Lagern war nur gemein, dass sie die Demokratie lediglich als Mittel zum Zweck akzeptierten, als Zwischenlösung bis zur Realisierung der eigenen Zielvorstellung, sei es der Sozialismus, die deutsche Volksgemeinschaft oder eine ständisch geordneten Gesellschaft.¹³⁸

¹³⁶ Helmut Konrad: Der 12. Februar 1934 in Österreich, in: Günther Scheffbeck (Hg.): Österreich 1934. Vorgeschichte – Ereignisse – Wirkungen (Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde, Wien 2004) 91-98, hier: 92.

¹³⁷ Bruckmüller, Sozialgeschichte, 374.

¹³⁸ Ebd., 405f.

2. JUGENDJAHRE UND POLITISCHE ADOLESCENZ

2.1. „Kinder des Hungerkrieges“

Einen entscheidenden Einfluss auf den Lebensweg des jungen Josef Lauscher hatte sein vier Jahre älterer Bruder Fritz Lauscher. Beide erlebten ihre Kindheit und Jugend vor dem Hintergrund der Folgen des Ersten Weltkrieges, die sich insbesondere auf die Bevölkerung Wiens dramatisch auswirkten. Die Situierung der Eltern, der Vater war Postangestellter, die Mutter Arbeiterin,¹³⁹ lässt darauf schließen, dass die Familie mit der katastrophalen Versorgungslage, dem Hunger, der Unterernährung, auf unmittelbare Weise konfrontiert war.

Das Jahr 1922 markierte mit dem Beitritt Fritz Lauschers zum *Kommunistischen Jugendverband* den Ausgangspunkt für den politischen Werdegang der Brüder Lauscher. Josef berichtet, dass sein älterer Bruder von kommunistischen Jugendlichen, die vor dem Betrieb des 14-jährigen Lehrlings agitierten, für den KJV geworben wurde.¹⁴⁰ Die Schilderung in der Volksstimme steht hier in gewissem Widerspruch, eine Agitation wird nicht erwähnt:

„Selbstständiges Denken hatte ihn [Fritz Lauscher – Anm. d. Verf.] zu dem Entschluss gebracht, sich der kommunistischen Jugend anzuschließen, die in einem Extrazimmer eines Simmeringer Wirtshauses regelmäßig zusammenkam. Ohne viel einleitende und umständliche Worte trat er eine Abends vom Schankzimmer in den Nebenraum: ‚Kann man da beitreten?‘ war seine Frage.“¹⁴¹

Der Beitritt Fritz Lauschers zum KJV im Jahr 1922 fand vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Spannungen dieser Zeit, vor Hyperinflation, Teuerung, den Auswirkungen der Genfer Protokolle, wie Beamtenabbau und Kürzung der

¹³⁹ ZPA KPÖ, Lebenslauf Josef Lauscher, 22.8.1945, 1.

¹⁴⁰ ZPA KPÖ, Niederschrift eines Gesprächs mit Josef Lauscher, 19.12.1974, 1.

¹⁴¹ ZPA KPÖ, Schnittarchiv, o. V.: Fritz Lauscher 50 Jahre, in: Volksstimme (22.02.1958).

Sozialleistungen, statt. Der Beamtenabbau musste für den Postbeamten Mathias Lauscher und die Familie zumindest eine gewisse ökonomische Bedrohung dargestellt haben:

„Im Zuge der Reduzierung des Beamtenüberschusses wurde gleich auch unter jenen Gruppen der Staatbediensteten „aufgeräumt“, die nicht zur überflüssig gewordenen Bürokratie des untergegangenen Reichs zählten, sondern soziale Dienste für die Bevölkerung leisteten, wie Postbeamte, Beschäftigte in Gesundheits- und Fürsorgeeinrichtungen und andere.“¹⁴²

Die Frage, was junge Menschen in den *Kommunistischen Jugendverband* führte, beantwortete Fritz Lauscher in einem Volksstimme-Artikel wie folgt: „Alle waren Kinder des Hungerkrieges, alle erlebten die Auswirkungen des revolutionären Aufschwunges nach dem Krieg, auch die Streikbewegungen in den Betrieben. Bei manchen waren die Eltern linksorientiert.“¹⁴³ Über eine politische Beeinflussung durch seine Eltern gibt es in den Quellen keinen Hinweis. Umgekehrt bereitete der Eintritt Fritz Lauschers zur kommunistischen Bewegung den Weg für den Beitritt seines Bruders Josef zu den *Roten Jungpionieren* ein Jahr später, im Jahr 1923.¹⁴⁴

2.1.1. Die Roten Jungpioniere

Die Entstehung der *Roten Jungpioniere Österreichs*, für deren Namensgebung wohl die *sowjetischen Jungpioniere* Pate gestanden haben,¹⁴⁵ ist im Kontext der Bildung von Erziehungsvereinen und der Institutionalisierung der Jugendbewegung zu sehen, die in Österreich auf sozialistischer Seite ihren Niederschlag in Form des 1923 gegründeten *Sozialdemokratischen Erziehungs- und Schulvereines Frei Schule - Kinderfreunde*, der mit ihm verbundenen, 1925 von Anton Tesarek gegründeten *Roten Falken* und der, aus dem *Verband Jugendlicher Arbeiter* (VJA) hervorgegangen, *Sozialistischen*

¹⁴² Garscha, Formierung, 68.

¹⁴³ ZPA KPÖ, Schnittarchiv, Fritz Lauscher: In der ersten Reihe, in: Volksstimme (o. D.).

¹⁴⁴ ZPA KPÖ, Lebenslauf Josef Lauscher, 22.8.1945, 1.

¹⁴⁵ Vgl. Edwin Hoernle: Grundfragen der proletarischen Erziehung (Berlin 1929) 140.

Arbeiterjugend (SAJ) fand.¹⁴⁶ Bei den *Roten Falken*, welche im Rahme der politischen Tätigkeit Josef Lauschers eine, wie sich noch zeigen wird, nicht unerhebliche Rolle spielten, handelte es sich um eine „organisatorische Einrichtung nach Art der Pfadfinder oder der sowjetischen Jungpioniere“¹⁴⁷ in der zwölf- bis sechzehnjährige Burschen und Mädchen erfasst wurden.

Ein hoher Organisationsgrad männlicher und weiblicher Jugendlicher ist charakteristisch für die Erste Republik. Fast alle politischen Organisationen fühlten sich zur Jugendarbeit verpflichtet. So existierten neben den sozialistischen und kommunistischen Jugendorganisationen, deutschnational-völkisch orientierte, katholische, jüdische und nationalsozialistische Verbände.¹⁴⁸

In der Bildungs- und Erziehungsarbeit spiegelte sich jener Gegensatz zwischen „Bourgeoise“ und „Proletariat“ wider, der die Zwischenkriegszeit gesellschaftspolitisch prägte. Über die Bedeutung der sozialistischen Erziehung schreibt der deutsche Kommunist und Pädagoge Edwin Hoernle in seinem 1929 erschienen Werk „Grundfragen der proletarischen Erziehung“ ideologisch eingefärbt und den Antagonismus verdeutlichend:

„Die außerhalb der Familie stehenden Erziehungseinrichtungen und Organisationen gewinnen in dieser Epoche an Bedeutung, es entsteht ein erbitterter Kampf um die Jugend, und in diesem Kampfe um die Jugend wird der Klassencharakter der alten bürgerlichen Erziehung unverhüllt bloßgelegt. In diesem Kampfe unternimmt aber auch das Proletariat die ersten Schritte, um der Klassenerziehung der Bourgeoisie eine eigene revolutionäre Klassenerziehung in der Form der Jugend- und Kinderbewegung entgegenzusetzen. (Sozialistische Sonntagsschulen in England und Amerika, sozialistische und kommunistische Kindergruppen

¹⁴⁶ Neugebauer, Bauvolk, 211f.

¹⁴⁷ Ebd., 212.

¹⁴⁸ Vgl. Johanna Gehmacher: Jugendbewegung und Jugendorganisationen in der Ersten Republik, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 292-316.

in Deutschland, »Rote Falken« in Österreich, proletarische Pfadfinder in Norwegen, und als entwickeltste bewußt revolutionäre Form der proletarischen Kinderbewegung die Jungpioniere in Sowjetrußland und in allen stärkeren Sektionen der Kommunistischen Internationale.)“¹⁴⁹

Die Quellenlage zur Organisation der *Roten Jungpioniere Österreichs* ist äußerst dünn und erschöpft sich in Zeitungsartikeln und Meldungen, die vorwiegend in dem Zentralorgan der KPÖ, der *Roten Fahne*, erschienen sind sowie aus einem Vereinsakte zum *Arbeitererziehungs- und Bildungsverein: Rote Jungpioniere*¹⁵⁰. Dieser Verein der seinen Rechtsbestand auf eine „nicht untersagte Umbildung“ per Bescheid vom 10.8.1927 gründete,¹⁵¹ ging aus einer bereits zuvor existierenden Organisation mit dem Namen *Rote Jungpioniere Österreichs* hervor, die sich allerdings offiziell nicht als Verein deklariert hatte, sondern nach außen lediglich als ein Komitee aufgetreten war.¹⁵²

Die *Roten Jungpioniere Österreichs* erscheinen im Vereinsakt als Gegenstand einer Untersuchung hinsichtlich ihrer Vereinsmäßigkeit, die ihr seitens der Behörde auch attestiert wurde.¹⁵³ Die Unterlassung einer Anzeige zur Vereinsbildung liegt möglicherweise darin begründet, dass es Schulkindern gesetzlich verboten war Vereinen als Mitglieder anzugehören,¹⁵⁴ diese jedoch die zentrale Zielgruppe der Agitation darstellten. So gibt Otto Glanz, Leiter der Kindergruppen in Wien, im Rahmen der Amtshandlung über den Zweck der Organisation am 13. Mai 1927 an: „Die ‚Roten Jungpioniere Österreichs‘ haben den Zweck, die schulpflichtige Jugend durch

¹⁴⁹ Hoernle, proletarische Erziehung, 140.

¹⁵⁰ AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur XVIII 10743.

¹⁵¹ AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur XVIII 10743, Sicherheitskommissär des Bundes für Wien an Leitung des „Arbeitererziehungs- und Bildungsverein: Rote Jungpioniere“, 6.3.1934.

¹⁵² AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur XVIII 10743, Präs. der Staatspolizei an Vorstand des Vereins Bureaus, 3.5.1927.

¹⁵³ „Das Komitee stellt sich demnach als ein Verein dar, da es als eine freiwillige stetige Vereinigung mehrerer Personen zur Erreichung eines bestimmten, gemeinschaftlichen, freigewählten Zweckes durch gesetzte gemeinschaftliche Tätigkeit anzusehen ist [...]“, siehe AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur XVIII 10743, Präs. der Staatspolizei an Vorstand des Vereins Bureaus, 3.5.1927.

¹⁵⁴ Verordnung des Ministeriums für Kultus und Unterricht vom 29. September 1905, womit eine definitive Schul- und Unterrichtsordnung für allgemeine Volksschulen und für Bürgerschulen erlassen wird, RGBl. 159/1905, §78.

Veranstaltungen, wie Bildungskurse, Feiern und Ausflüge für die Ziele und Ideale der Arbeiterbewegung zu gewinnen und zu interessieren.“¹⁵⁵

Laut Befragung von Fritz Mautner, einem Angestellten des *Verbandes der Proletarierjugend*, waren die Roten Jungpioniere Teil der *Proletarierjugend*. Über die Zahl, der in den *Roten Jungpionieren* zusammengefassten Kinder kann Mautner keine Angaben machen, gibt jedoch an: „Kindergruppen bestehen in den meisten Wiener Gemeindebezirken sowie in einzelnen Orten Niederösterreichs“¹⁵⁶.

Wann sich die *Roten Jungpioniere* gebildet haben, geht aus dem Inhalt des Aktes nicht hervor, Otto Glanz gibt bei seiner Befragung am 13. Mai dazu an, dass die „Bewegung der ‚Roten Jungpioniere Österreichs‘ erst im Werden begriffen ist und ist sich das Komitee noch nicht klar darüber, auf welche rechtliche Grundlage die ‚Roten Jungpioniere Österreichs‘ gestellt werden sollen.“¹⁵⁷ Eine Aussage die anachronistisch erscheint, geht man davon aus, dass die *Roten Jungpioniere* seit mindestens 1923, als Josef Lauscher ihnen beitrug, existiert haben mussten. Zwar sind solche Aussagen wie jene von Otto Glanz, die im Zuge einer Amtshandlung entstanden sind, generell kritisch zu betrachten, allerdings gibt es für die Zeit bis 1926 auch keinen Hinweis auf eine Tätigkeit der Organisation in der Parteipresse. Die erste, beiläufige Erwähnung findet sich in der „Roten Fahne“ vom 31. Oktober 1926 in Form einer Mitteilung bezüglich einer geplanten Besprechung.¹⁵⁸ Auch folgende Meldung der Roten Fahne in Bezug auf eine Reichskonferenz des Kommunistischen Jugendverbandes im März 1927 zeugt von einer erst im Entstehen begriffenen Organisation: „Beim dritten Punkt der Tagesordnung ‚Die Roten Jungpioniere‘ konnte über die gute Entwicklung dieses neuen Zweiges der kommunistischen Bewegung berichtet und Maßnahmen vorgeschlagen werden, um die Festigung und den Ausbau dieser jungen Organisation zu beschleunigen“¹⁵⁹.

¹⁵⁵ AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur XVIII 10743, Niederschrift Otto Glanz, 13.5.1927.

¹⁵⁶ AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur XVIII 10743, Niederschrift Fritz Mautner, 9.5.1927.

¹⁵⁷ AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur XVIII 10743, Niederschrift Otto Glanz, 13.5.1927.

¹⁵⁸ Kommunist. Jugendverband, in: Die Rote Fahne Nr. 258 (31.10.1926) 8.

¹⁵⁹ Reichskonferenz des Kommunistischen Jugendverbandes, in: Die Rote Fahne Nr. 68 (22.03.1927) 2.

Geht man von der Richtigkeit der Aussage Josef Lauschers aus ergibt sich das Bild einer kommunistischen Kinder- und Jugendorganisation, die um die frühen 20er Jahre gebildet wurde, deren Konstituierungsprozess sich allerdings erst im Laufe des Jahres 1927 intensivierte. So gerieten die Roten Jungpioniere durch einen Aufruf an Wiener Schulkinder, der zu einer parlamentarischen Anfrage durch den großdeutschen Abgeordneten Rudolf Zarboch führte, erstmals im März 1927 ins öffentliche Blickfeld.¹⁶⁰ In der Anfrage wird eine „Erziehung zum Hass und zu politischer Verblendung“ durch die Organisation postuliert und des Weiteren auf jene gesetzliche Bestimmung verwiesen die es Schulkindern verbietet sich Vereinen anzuschließen.¹⁶¹

Auf die eingeleitete, positive Untersuchung zur Vereinsmäßigkeit, folgte die Einstellung der Tätigkeit der *Roten Jungpioniere* und ihres Komitees per Bescheid vom 27. Mai 1927.¹⁶² Als Konsequenz kam es zur Gründung des *Arbeitererziehungs- und Bildungsverein: Rote Jungpioniere* und zur Fortführung der Arbeit nun als offizieller Verein. Die Forderungen der Bewegung wurden einerseits durch die Zeitschrift „Der rote Jungpionier, Zeitschrift für Arbeiter- und Bauernkinder“, die mutmaßlich im März 1928 zum ersten Mal erschienen ist,¹⁶³ verbreitet. Aufschluss über Inhalt und Ausrichtung der Zeitschrift respektive der Jungpioniere liefert ein Zitat aus der linkskritischen „Freiheit!“:

¹⁶⁰ Auszug aus der Anfrage: „Unter verschiedenen Vorwänden wird seit längerer Zeit versucht, Schulkinder in Vereinen zu organisieren, die politische Ziele haben. Als Beispiel, in welcher Form für diese Vereine geworben wird, kann der nachfolgende Aufruf gelten, der für die Kinder der Wiener Volks- und Bürgerschulen bestimmt ist. Er lautet: ‚Nieder mit den Hakenkreuzlehrern in der Schule! Weg mit dem Hakenkreuzabzeichen aus der Schule! Schärfster Kampf den Kinderorganisationen der Hakenkreuzler, mit denen sie die Arbeiterkinder verblöden wollen. Tretet ein in die Reihen der roten Jungpioniere Österreichs, die den Kampf der Arbeiterkinder gemeinsam mit den erwachsenen Arbeitern führen. Rote Jungpioniere Österreichs. Zuschriften an das Sekretariat, Wien IX., Pulverturm-gasse 7/V.‘“, siehe AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur XVIII 10743, Abschrift Anfrage der Abgeordneten Zarboch und Genossen, o. D.; Siehe auch Die „Roten Jungpioniere“ im Parlament, in: Die Rote Fahne Nr. 52 (03.03.1927) 3.

¹⁶¹ AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur XVIII 10743, Abschrift Anfrage der Abgeordneten Zarboch und Genossen, o. D.

¹⁶² Der Bescheid wurde in der Roten Fahne publiziert, siehe Verbot des Komitees der Roten Jungpioniere, in: Die Rote Fahne Nr. 127 (31.05.1927) 3.

¹⁶³ Anm.: Die Zeitschrift tritt lediglich durch die Rezeption in anderen Quellen in Erscheinung. Die Annahme der erstmaligen Publikation im März 1928, begründet sich auf der wiederholten Bezugnahme in anderen Zeitungen im Laufe des Monats März, während bis zu dem Zeitpunkt keine einzige Nennung in den Quellen aufscheint.

„Vor uns liegt die Märznummer des ‚Roten Jungpionier‘. Da ist ein Artikel: Heraus zur Schulkampfwoche. Da wird gefordert: Abschaffung der Zeugnisse, insbesondere der Sittennoten, Schluß mit allen Strafen, ‚Lasst Euch Eure Pausen und sonstige freie Zeit nicht durch Strafaufgaben oder Hierbleiben stehlen.‘, ‚Weg mit den arbeiterfeindlichen Lehrern aus der Schule‘, ‚Weg mit dem Religionsunterricht in der Schule‘, usw.“¹⁶⁴

Andererseits bildeten Flugblätter das Hauptagitationsmittel der Roten Jungpioniere. Als zentrale Themen treten bei einem in mehreren Zeitungen abgedruckten Flugblatt die Forderungen nach Abschaffung von Zeugnissen und Sittennoten, der Kampf gegen Gewalt an Schülern, in Form der Prügelstrafe sowie der Ruf nach Beseitigung des Religionsunterrichts hervor.¹⁶⁵

Die Roten Jungpioniere existierten, behördlichen Repressionen zum Trotz,¹⁶⁶ bis zu ihrer Auflösung per Bescheid vom 6. März 1934.¹⁶⁷ Herauszustreichen hierbei ist die Begründung:

„Mit Verordnung der Bundesregierung vom 12. Februar 1934, BGBl. Nr. 78 wurde der sozialdemokratischen Partei jede Betätigung verboten. Jedermann ist untersagt, sich irgendwie für die Partei zu betätigen. Es ist nun amtsbekannt, daß der im Spruch angeführte Verein im Sinne dieser Partei bis zur Einstellung seiner Tätigkeit durch die Bundespolizeidirektion tätig war.“¹⁶⁸

Dass die Roten Jungpioniere von Seiten der Behörde als sozialdemokratischer Verein angesehen wurden, zeugt von der insgesamt geringen öffentlichen Wahrnehmung der Organisation. Bereits im Mai 1928 hatte sich die sozialdemokratische Zeitung

¹⁶⁴ Wie man die Wiener Jugend systematisch vergiftet, in: Freiheit! Nr. 201 (23.03.1928) 4.

¹⁶⁵ Siehe u. a. Austro bolschewisten auf Jugendfang, in: Allgemeiner Tiroler Anzeiger Nr. 115 (19.05.1928) 5.

¹⁶⁶ Anm.: U. a. Verbot von Werbetätigkeit und Flugzettelerbreitung, siehe Die Antwort der Roten Jungpioniere auf die Verbote und Verfolgungen, in: Die Rote Fahne Nr. 90 (15.04.1928) 8.

¹⁶⁷ AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur XVIII 10743, Der Sicherheitskommissär des Bundes für Wien an die Leitung des Vereines: „Arbeitererziehungs- und Bildungsverein: Rote Jungpioniere“, 6.3.1934.

¹⁶⁸ AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur XVIII 10743, Der Sicherheitskommissär des Bundes für Wien an die Leitung des Vereines: „Arbeitererziehungs- und Bildungsverein: Rote Jungpioniere“, 6.3.1934.

„Salzburger Wacht“ über die fälschliche Zuordnung der Roten Jungpioniere zur Sozialdemokratie beschwert:

„Wir haben die ‚Chronik‘ [Tageszeitung „Salzburger Chronik“ – Anm. d. Verf.] schon etliche Male darauf aufmerksam gemacht, daß die Sozialdemokratie mit den ‚Roten Jungpionieren‘ aber schon gar nichts zu tun hat; denn diese ‚Roten Jungpioniere‘, die in Wien anderthalb Dutzend Mitglieder zählen mögen, sind ja doch nichts anderes als ein schwächlicher Versuch, dem sozialdemokratischen Verein ‚Arbeiter-Kinderfreunde‘ einen kommunistischen Gegenverein gegenüberzustellen, [...]“¹⁶⁹

2.2. Lehrzeit

1926 kam das „Simmeringer Arbeiterkind“¹⁷⁰ Josef Lauscher als Lehrling in die „Mollardgasse“.¹⁷¹ Die *Erste Wiener gewerbliche Fortbildungsschule* befand sich auf dem Areal des nach 1907 niedergerissenen Gumpendorfer Schlachthauses. Ein monumentaler Bau, der auch heute noch an gleicher Stelle, Mollardgasse 87, die *Erste Zentralberufsschule der Stadt Wien* beherbergt.¹⁷² Außercurricular widmete er sich dort besonders der Interessensvertretung der Lehrlinge:

„In der Lehrlingsschule Mollardgasse wurde ich zuerst Klassen-Vertrauensmann, dann Vertrauensmann der Mechaniker, schließlich Schülerräte-Hauptvertrauensmann. Ich war der gewählte Schulvertrauensmann aller Schülerräte in der Mollardschule.“¹⁷³

Die Jahre in der „Mollardgasse“ spielten demnach als politische Lehrzeit einen wesentlichen Faktor in dem beginnenden politischen Progress, der jedoch nur im Zusammenhang mit dem politischen Engagement gesehen werden kann, das sich zur selben Zeit auch auf anderem Gebiet zu entwickeln beginnt.

¹⁶⁹ „Chronik“ und Kommunisten, in: Salzburger Wacht Nr. 117 (22.05.1928) 4.

¹⁷⁰ ÖGZ, NL 40: fol. XXII 123-126, Josef Laucher, 1.

¹⁷¹ DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 3.

¹⁷² Felix Czeike: VI. Mariahilf (Wiener Bezirkskulturführer Heft 6, Wien/München 1981) 54f.

¹⁷³ DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 3.

Nach der Zeit bei den *Roten Jungpionieren*, über deren konkreten Einfluss auf Josef Lauscher nichts bekannt ist, kann das Jahr 1926 als Startpunkt für sein politisches Leben gesehen werden. Im selben Jahr trat er sowohl der Lehrlingssektion des Österreichischen Metallarbeiterverbands,¹⁷⁴ als auch dem *Kommunistischem Jugendverband* bzw. *Verband der Proletarierjugend* bei.¹⁷⁵

Gegründet wurde die Lehrlingssektion erst ein Jahr zuvor, im März 1925.¹⁷⁶ Ihr Aufgabenbereich umfasste, laut Tätigkeitsbericht aus dem Jahr 1930, in erster Linie die Bereiche Bildungsarbeit, Lehrlingsschutz, Schulwesen und Sport.¹⁷⁷ Die Auffassung der Notwendigkeit zur gewerkschaftlichen Erfassung der Metallarbeiter-Lehrlinge wurde ein Jahr zuvor in der Resolution des Verbandstages vom Juli 1924 dokumentiert:

*„Die Erfassung der Lehrlinge der Metallindustrie im Verband der Metallarbeiter ist eine unbedingte Notwendigkeit. Die Gegner der Arbeiterklasse bemühen sich mit allen Mitteln, sie scheuen weder Geld noch Mühen, die arbeitende Jugend in ihre Organisationen zu bringen. Der politischen Organisation der Jugend muß die gewerkschaftliche folgen. [...]“*¹⁷⁸

Die Entstehung einer selbstständigen gewerkschaftlichen Jugendbewegung hängt eng mit der Stellung des *Verbandes Jugendlicher Arbeiter* (VJA), nach dem Krieg in *Sozialistische Arbeiterjugend* (SAJ) umbenannt, zusammen. „Der Verband, der bisher Gewerkschaften und Partei gleichermaßen als Nachwuchsreservoir diente, entwickelte sich zur Jugendorganisation der SDAP, während die gewerkschaftlichen Aufgaben

¹⁷⁴ Laut Biographischem Handbuch der Komintern trat Josef Lauscher 1926 dem Metallarbeiterverband bei, es ist davon auszugehen, dass es sich dabei in den ersten Jahren um die Lehrlingssektion handelte, siehe Datenbank-CD-Rom aus: Michael Bruckmiller, Klaus Meschkat: Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt (Berlin 2007) Josef Lauscher - im Folgenden als DB-KI bezeichnet.

¹⁷⁵ Laut DB-KI trat Josef Lauscher bereits 1925 dem KJV bei, die Biographie von 1946 gibt das Jahr 1926 an, siehe DB-KI (Josef Lauscher).

¹⁷⁶ Neugebauer, Bauvolk, 238.

¹⁷⁷ Österreichischer Metallarbeiterverband (Hg.): Die Lehrlingsbewegung im Österreichischen Metallarbeiter-Verband. Ihre Stärke, ihre Leistungen und Aufgaben. Auf Grund des Tätigkeitsberichtes des Vorstandes und der Debatten am 15. Verbandstag (Wien 1930) 7.

¹⁷⁸ Zitiert in: Anton Proksch: Zur Schaffung einer Jugendsektion im Metallarbeiterverband, in: Lehrlingsschutz, Jugend- und Berufsfürsorge Nr. 3 (01.03.1925) 21-22, hier: 22.

weitgehend in den Hintergrund traten.“¹⁷⁹ Dabei bedurften Einhaltung und Erhaltung der Recht der Lehrlinge, die nach 1918 entschieden erweitert wurden, etwa durch das Lehrlingsentschädigungsgesetz von 1922,¹⁸⁰ organisatorische Mittel und Stärke wie sie nur die Gewerkschaften besaßen.¹⁸¹

Die Bildung von Lehrlingssektionen nach dem Krieg begann ab 1919 mit der Schaffung einer Sektion des Bundes der Bank- und Sparkassengehilfen. In der Folgezeit entstanden immer weitere Lehrlingssektionen, ein Teil agierte selbstständig, bei anderen legte die Gewerkschaft die Organisation in die Hände der SAJ. Es kam zu Konflikten zwischen den Sektionen bis die Gründung der Lehrlingssektion des Metallarbeiterverbandes, der mächtigsten Gewerkschaft Österreichs, im Jahr 1925 den endgültigen Anstoß zur Klärung der Frage der Abgrenzung der Arbeitsgebiete zwischen den Lehrlingssektionen und der SAJ gab. Das Ergebnis war die Anerkennung der Selbstständigkeit der gewerkschaftlichen Jugendbewegung und der Gleichberechtigung mit der politischen Jugendorganisation.¹⁸²

Die Gewerkschaften in Österreich vertraten als Richtungsgewerkschaften „die gesamte politisch-weltanschauliche Bandbreite der Ersten Republik“¹⁸³. Die mit Abstand mitgliederstärkste Fraktion bildeten die der SDAP nahestehenden Freien Gewerkschaften (FG), ihrem Selbstverständnis nach, neben Partei und Konsumvereinen, eine der drei Säulen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.¹⁸⁴ Zu ihnen in Konkurrenz standen die christlichen Gewerkschaften, die ausschließlich Katholiken als Mitglieder akzeptierten und auf eine wesentlich schmalere Basis bauten. Sie erhielten zudem Konkurrenz im eigenen Lager durch die „Unabhängige Gewerkschaft“ der Heimwehren. Am rechten Rand befanden sich die

¹⁷⁹ Neugebauer, Bauvolk, 234.

¹⁸⁰ Bundesgesetz vom 11. Juli 1922 über die Einführung einer Entschädigung für Lehrlinge (Gewerbeordnungsnovelle 1922), BGBl. Nr. 451/1922.

¹⁸¹ Neugebauer, Bauvolk, 234f.

¹⁸² Ebd., 237-239.

¹⁸³ Brigitte Pellar: Kampf um „die Arbeiterschaft“. Forschungsstand und offene Forschungsfelder zu Politik und Ideologie von Regierungslager und illegaler Opposition 1933–1938, in: Florian Wenninger, Lucile Dreidemy (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien/Köln/Weimar 2013) 257-294, hier: 257.

¹⁸⁴ Butschek, Wirtschaftsgeschichte, 195.

deutschnationalen „völkischen“ Gewerkschaften, die wie die Christlichen Gewerkschaften vor allem bei den öffentlich Angestellten stark verankert waren.¹⁸⁵

Im Gegensatz zur Sozialdemokratie wurde die Gewerkschaftsarbeit der KommunistInnen zentral von der Partei gesteuert. Lange Zeit ohne eigenständige sozialpolitische Linie, übernahm man meist nur sozialdemokratische Forderungen, ohne dabei in der Arbeiterbewegung breiter Fuß fassen zu können. Eine eigene Gewerkschaftspolitik manifestierte sich erst ab der zweiten Hälfte der 1920er Jahre.¹⁸⁶ Organisiert in Fraktionen, die sich *Rote Gewerkschaftsopposition* (RGO) nannten,¹⁸⁷ und als Mitglied in die *Rote Gewerkschaftsinternationale* (RGI) eingebunden waren, agierte man innerhalb der *Freien Gewerkschaften*, wo es galt „geschlossen aufzutreten und abzustimmen“¹⁸⁸.

Die „Gewerkschaftsabteilung“, zu deren Aufgabenbereich „Koordination der kommunistischen Fraktionen der Gewerkschaften“ und „Beobachtung gewerkschaftlicher Bewegungen“ zählten, stellte neben „Orgabteilung“ (Organisationsabteilung), „Agitpropabteilung“ (Agitation und Propaganda), „Gewerkschaftsabteilung“ und „Frauenabteilung“ eines der zentralen Ressorts der KPÖ dar.¹⁸⁹

Josef Lauscher war laut DB-KI von 1933 bis 1934 im Rat der Roten Gewerkschaftsopposition und leitete dort die Jugendabteilung.¹⁹⁰ Nach eigenen Angaben wurde ihm bereits 1932 die Leitung der RGO Jugend übertragen.¹⁹¹

¹⁸⁵ Pellar, Arbeiterschaft, 258-263.

¹⁸⁶ Winfried R. Garscha: Grundlinien der Politik der KPÖ 1920 bis 1945, in: Manfred Mugrauer (Hg.): 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs (Wien 2009) 17-36, hier: 17.

¹⁸⁷ Anm.: Parallel dazu findet sich die Bezeichnung *Revolutionäre Gewerkschaftsopposition*, u.a. bei Ulrike Weber-Felber: Gewerkschaften in der Ersten Republik, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 319-338, hier: 323; Garscha, Grundlinien, 17.

¹⁸⁸ Pellar, Arbeiterschaft, 260.

¹⁸⁹ Ehmer, Kommunistische Partei, 226.

¹⁹⁰ DB-KI (Josef Lauscher).

¹⁹¹ ZPA KPÖ, Lebenslauf Josef Lauscher, 22.8.1945, 1.

2.3. Anfangsphase des KJV – Zwischen Revolution und Kampf um die Arbeiterjugend

Die Gründung des *Kommunistischen Jugendverbandes* am 8. November 1918 stand im Kontext der Herausbildung jenes Klassenbewusstseins, das sich im Laufe des Ersten Weltkrieges bei der Arbeiterjugend manifestiert hatte sowie der Radikalisierung und Politisierung der jugendlichen Proletarier, wie sie sich im Zuge des Jännerstreiks 1918 gezeigt hatten.

So bildete auch, neben dem Eintreten für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterjugend, insbesondere der Lehrlinge, der politische Kampf das zentrale Tätigkeitsfeld des KJV während der revolutionären Phase zu Beginn der Ersten Republik. Die Mitglieder nahmen „an allen Versammlungen, Aktionen und Demonstrationen der Partei teil“¹⁹². Dabei verliefen die Demonstrationen selten friedlich. Zu Gewalt kam es etwa bei einer Demonstration von Arbeitslosen, Heimkehrern und Kriegsinvaliden am Gründonnerstag, dem 17. April 1919. Die KPÖ wies die Verantwortung von sich,¹⁹³ von einem Teil der Medien wurden die Kommunisten dennoch als treibende Kraft hinter den Zusammenstößen mit der Polizei gesehen.¹⁹⁴ Auch das Zentralorgan der Sozialdemokratie sah sie in der Verantwortung:

„Ein Wort auch an die verantwortlichen Führer der Kommunisten. Es ist gewiß kein zufälliges Zusammentreffen gewesen, daß an einem einzigen Nachmittag die Arbeitslosen, die Invaliden, die Heimkehrer in Versammlungen gerufen worden sind, nachdem ihre Erregung, die ja schon

¹⁹² Friedrich Hexmann: Die ersten Jahre des KJV 1918-1921, in: Historische Kommission beim ZK der KPÖ (Hg.): Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich (Wien 1981) 22-25, hier: 22.

¹⁹³ Hautmann, Anfänge der Partei bis 1920, 53.

¹⁹⁴ Anm.: So schrieb die Neue Zeitung von „Kommunistenkrawallen“, siehe Kommunistenkrawalle in Wien, in: Die Neue Zeitung Nr. 107 (18.04.1919) 1, während die Tages-Post gar einen „Kommunisten-Putschversuch“ sah und schrieb: „Die Ereignisse knüpften an Versammlungen der Arbeitslosen und der Heimkehrer an, die an sich ruhig verliefen, aber mit einem Demonstrationszug zum Parlament endete. Dort waren es zweifellos kommunistische Elemente, welche sich bemühten, den an sich ruhige verlaufenen Kundgebungen eine aufregende, gefährliche Fortsetzung zu geben[...]“, siehe Ein Kommunisten-Putschversuch in Wien, in: Tages-Post Nr. 90 (18.04.1919) 1.

*durch die traurigen Verhältnisse keine geringe ist, durch Wochen noch aufgepeitscht worden war.*¹⁹⁵

Den blutigen Höhepunkt der revolutionären Phase, auch für den KJV, bildete die Demonstration vom 15. Juni 1919. Unter dem Eindruck der ungarischen Räterepublik und dem Aufschwung der KPDÖ sah ein Teil der Partei die Zeit gekommen in Deutschösterreich die Diktatur des Proletariats zu proklamieren. Dabei spielte der von der Entente geforderte Abbau, der sich immer weiter nach links wendenden Volkswehr, in der die Sozialdemokratie nur mit Mühe ihre Stellung behaupten konnte, eine entscheidende Rolle. Die Soldaten der Volkswehr sahen diesen Abbau als Angriff auf die revolutionäre Militärmacht. Die KPDÖ bzw. das Direktorium¹⁹⁶ sah die Gelegenheit sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und war entschlossen die Abrüstung notfalls mit Waffengewalt zu verhindern.¹⁹⁷

Das Direktorium beschloss am 13. Juni eine bewaffnete Demonstration für den übernächsten Tag, ungeachtet einer sich bildenden innerparteilichen Opposition, die sich, auch öffentlich, gegen einen gewaltsamen Putsch aussprach.¹⁹⁸ „Die Sozialdemokratie erkannte die Gefährlichkeit der Lage, erreichte von der Entente die Zurückziehung des Abbaubefehls und gewann damit ihren Einfluss auf die Volkswehr wieder zurück.“¹⁹⁹ Die Situation hatte sich damit schlagartig geändert, da der Hauptgrund für einen bewaffneten Aufstand weggefallen war. Gleichzeitig erlangte die Opposition innerhalb der KPDÖ die Oberhand.²⁰⁰ Die Lage blieb angespannt. Während die Arbeiter Zeitung am Tag vor der Demonstration eindringlich vor einem

¹⁹⁵ Zwecklose Opfer, in: Arbeiter-Zeitung Nr. 107 (18.04.1919) 1.

¹⁹⁶ Anm.: Prägend für die Politik der KPDÖ in dieser Phase war die Person Ernst Bettelheim, der von der ungarischen Räterepublik nach Wien entsendet wurde um die Partei zu reorganisieren. Eine Maßnahme war die Bildung des Direktoriums, das an die Stelle der alten Parteileitung trat und das aus vier Personen gebildet wurde, darunter Franz Koritschoner, siehe Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 106-108.

¹⁹⁷ Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 109f.

¹⁹⁸ Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 114.

¹⁹⁹ Hautmann, Anfänge der Partei bis 1920, 54.

²⁰⁰ Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 114f.

Putschversuch warnte,²⁰¹ stufte die Neue Freie Presse die Gefahr eines Putsches infolge der Entwicklung eher als gering ein:

„An unterrichteten Stellen herrscht die Ueberzeugung, daß die für morgen einberufene kommunistische Versammlung beim Rathause ruhig und ohne Störungen des inneren Friedens verlaufen werde. Die Gefahr des Putsches, durch den das Ausrufen der Räterepublik bewerkstelligt werden sollte, war noch vor einigen Tagen ernst.“²⁰²

Um den Ablauf der Demonstration zu besprechen versammelten sich am Vortag 130 führende Kommunisten in der Pulverturmstraße, als die Polizei die Versammlung sprengte und sämtliche Anwesende verhaftete.²⁰³ Die rund 10.000 Demonstranten, die sich am 15. Juni vor dem Rathaus versammelt hatten, zogen als Folge der Nachricht über die Verhaftungen Richtung Polizeigefängnis an der Elisabethpromenade, heute Roßauer Lände. In der Hörlgasse kam es zum Aufeinandertreffen mit der Exekutive, die das Feuer auf die vordringende Menge eröffnete. Die Bilanz dieses Tages waren 17 Tote und 84 Verletzte.²⁰⁴ Unter den Opfern befanden sich auch sieben Jungkommunisten, davon drei Mitglieder des KJV.²⁰⁵ Die Mitwirkung des KJV an den Ereignissen Mitte Juni stellte Richard Schüller, Mitbegründer des Jugendverbandes, fast 10 Jahre später wie folgt dar:

„Am 14. und 15. Juni marschierte eine bereits kräftige Jugendtruppe auf, die überall in der ersten Reihe stand. Vor allem am 15. Juni schlugen sich unsere Genossen glänzend und unter den sieben gefallen Jugendlichen des 15. Juni befanden sich zwei Verbandsmitglieder, vor allem unser

²⁰¹ Arbeiter und Arbeiterinnen!, in: Arbeiter-Zeitung Nr. 163 (14.06.1919) 1.

²⁰² Die Versammlung und die Umzüge am Sonntag, in: Neue Freie Presse Nr. 19686 (15.06.1919) 1.

²⁰³ Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 115f.

²⁰⁴ Hautmann, Anfänge der Partei bis 1920, 54f.

²⁰⁵ Franz Kunert: Die ersten Kämpfe des Kommunistischen Jugendverbandes, in: Historische Kommission beim ZK der KPÖ (Hg.): Aus der Vergangenheit der KPÖ. Aufzeichnungen und Erinnerungen zur Geschichte der Partei (Wien 1961) 87-92, hier: 89.

*tapferer Genosse Findeis, der, die rote Fahne in der Hand, im Kugelregen
fiel.*²⁰⁶

Die Auseinandersetzungen des 15. Juni waren die blutigsten bis zum Juli 1927 und hatten zur Folge, dass sich die Gräben zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten erheblich vertieften.²⁰⁷

Am 21. Juli 1919 fand ein Solidaritätsstreik für Räteungarn in ganz Österreich statt, an dem sich auch der KJV beteiligte.²⁰⁸ Es war gleichsam das letzte Kapitel der revolutionären Nachkriegskrise in Österreich. Mit dem Fall der ungarischen Räterepublik schon wenige Tage später, am 1. August, wurde auch die revolutionäre Bewegung in Österreich sukzessive zurückgedrängt,²⁰⁹ die schließlich mit der Demonstration am 1. Dezember 1921, „dem letzten leidenschaftlichen Ausbruch der Arbeiterschaft gegen die Brotverteuerung“²¹⁰, ihr endgültiges Ende fand und auch den Schlusspunkt des revolutionären Kampfes von KJV und KPÖ markierte. Der KJV wandte sich als Konsequenz dem „verstärkten Kampf für die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Lehrlinge und der arbeitenden Jugend“²¹¹ zu.

Schon während der revolutionären Phase bildete der Einsatz für die Interessen der Arbeiterjugend, vor allem der Lehrlinge, neben dem Kampf für die Propagierung der Machtergreifung durch das Proletariat, das zentrale Tätigkeitsfeld des KJV. Eine wesentliche Forderung in dieser Frühphase der Geschichte des KJV, die es dem Verband ermöglichte starken Einfluss unter den Lehrlingen zu erlangen, war die nach Abschaffung des Sonntags- und Abendunterrichts für Gewerbeschüler. Damit begab sich der KJV in Konkurrenz zum Jugendverband der Sozialdemokratie, der SAJ. Während die SAJ bei der Durchsetzung des Zieles auf den parlamentarischen Weg

²⁰⁶ Richard Schüller: 10 Jahre Kommunistischer Jugendverband, in: Die Rote Fahne Nr. 296 (16.12.1928) 5.

²⁰⁷ Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung, 117.

²⁰⁸ Hexmann, erste Jahre, 23.

²⁰⁹ Hautmann, Anfänge der Partei bis 1920, 56.

²¹⁰ Hexmann, erste Jahre, 24.

²¹¹ Annemarie Türk: Der Kommunistische Jugendverband von 1922 bis 1933, in: Historische Kommission beim ZK der KPÖ (Hg.): Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich (Wien 1981) 26-35, hier: 29.

baute, rief der KJV, „seinen Grundsätzen revolutionärer Kämpfern folgend, die Lehrlings selbst zur Aktion für die Durchsetzung ihrer Forderungen auf.“²¹² Einem Aufruf des KJV zum Schulstreik am 9. Februar 1919 folgten laut Max Stern „tausende Gewerbeschüler“²¹³, während Walter Göhring von einer „gut besuchten Streikversammlung der Zentralen-Fortbildungsschule der Gewerbeschüler in der Mollardgasse“²¹⁴ schreibt. Der Aktionismus führte zu einem starken Einfluss der Kommunisten auf die Lehrlinge und zwang die SAJ zum Handeln. In dieser Situation erreichte die *Sozialistische Arbeiterjugend*, dass ein Komitee gebildet wurde, in dem neben Kommunisten zu gleichen Teilen auch Sozialdemokraten und Parteilose saßen. Dieses Komitee organisierte für den 2. März 1919 einen Streik aller Wiener Gewerbeschüler.²¹⁵ Von den insgesamt 18.000 Wiener Lehrlingen und Gewerbeschülern nahmen rund 10.000 an einer Demonstration vor dem Rathaus teil.²¹⁶

Auch wenn die politische Durchsetzung zur Abschaffung des Abend- und Sonntagsunterricht mehrheitlich zu einem Erfolg für die Sozialdemokratie wurde,²¹⁷ stellte die Phase der Streikbewegung die stärkste Episode des KJV zur Zeit der Legalität dar. Dies spiegelte sich in dem Anstieg der Mitgliederzahl wider, die während der gesamten legalen Periode nicht mehr diese Stärke erreichte. So nennt Annemarie Türk einen Zuwachs der Mitgliederstärke auf 1500 im Zuge der Streikbewegung und ein Absinken nach dem Ende der revolutionären Phase auf 500, ohne jedoch einen genaueren Zeitraum zu definieren.²¹⁸ Laut Max Stern zählte der Verband im April 1920

²¹² Göhring, Jugendverband, 64.

²¹³ Stern, Jugendverband, 457.

²¹⁴ Göhring, Jugendverband, 64.

²¹⁵ Neugebauer, Bauvolk, 167.

²¹⁶ Eine Lehrlingsdemonstration vor dem Rathause, in: Neues Wiener Tagblatt Nr. 61 (03.03.1919) 9; Die Zahl von 18.000 Wiener Gewerbeschülern bzw. Lehrlingen nennt auch Albert Sever als Mitglied der Niederösterreichischen Landesversammlung nur wenige Tage später, siehe Niederösterreichische Landesversammlung. Die Reform des Fortbildungsschulunterrichts, in: Arbeiter-Zeitung Nr. 66 (08.03.1919) 3; Wolfgang Neugebauer nennt hingegen eine Zahl von insgesamt 15.000 Wiener Gewerbeschülern und 11.000 Demonstranten, siehe Neugebauer, Bauvolk, 167.

²¹⁷ Vgl., Neugebauer, Bauvolk, 167f.

²¹⁸ Türk, Jugendverband, 26.

noch 1300 Mitglieder.²¹⁹ Die von Franz Kunert genannte Zahl von bis zu 2000 Mitgliedern im Zeitraum zwischen 1919 und 1920 erscheinen in diesem Zusammenhang etwas zu hoch angesetzt.²²⁰ Zu konstatieren ist, dass die Mitgliederzahlen nach 1920, nach dem Abklingen der revolutionären Phase, in jedem Fall stark zurückgegangen sind. Für das Jahr 1928 gibt Türk einen Anstieg sowie Konsolidierung auf 1000 Mitglieder an.²²¹ Für Wien nennt Josef Lauscher eine Zahl von 300 bis 400 Mitgliedern für die Zeit vor 1934.²²²

Mit dem Ende des Kampfes für die unmittelbare Errichtung der Diktatur des Proletariats, musste sich auch die politische und methodische Ausrichtung von Partei und Jugendverband ändern und den Gegebenheiten anpassen. Die Orientierung an einer längerfristigen Perspektive zur Heranführung der Arbeiterbewegung an die Revolution wurde auf dem III. Weltkongress der KI unter maßgeblichem Einsatz Lenins beschlossen. Die KPÖ, die sich zunächst gegen diese strategische Richtung ausgesprochen hatte, musste sich „zur ‚Massenarbeit, zur Verteidigung unmittelbarer Tagesinteressen der Arbeiterklasse‘“²²³ hinwenden. Diese Umstellung der schwachen Organisation der KPÖ, die ursprünglich nur dazu dienen sollte, aus der zerfallenden Monarchie in einer kurzfristigen, revolutionären Erhebung einen proletarischen Staat zu schaffen, bereitete der Partei lange Schwierigkeiten.²²⁴

Für den Jugendverband bedeutete die Orientierung an einer „langen Perspektive“ den verstärkten Eintritt für die Rechte der Lehrlinge. Das zentrale Tätigkeitsfeld bildete der „Kampf für die wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend, vor allem der Lehrlinge“²²⁵. Dies entsprach zumindest auch dem offiziellen Zweck des Verbandes laut Vereinsstatuten von 1923: „Der Zweck des Verbandes ist die Wahrung der Interessen

²¹⁹ Stern, Jugendverband, 454.

²²⁰ Kunert, erste Kämpfe, 90.

²²¹ Türk, Jugendverband, 26.

²²² DÖW 10834, Gedächtnisprotokoll der Befragung von Herrn Gemeinderat Josef Lauscher durch Wolfgang Neugebauer, 30.10.1967, 1.

²²³ Garscha, Formierung, 61f.

²²⁴ Vgl. ebd., 62f.

²²⁵ Hexmann, erste Jahre, 22.

seiner Mitglieder und die Aufklärung der Arbeiterjugend über die Notwendigkeit ihres Zusammenschlusses in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung“²²⁶.

2.3.1. Bildungsarbeit als zentraler Tätigkeitsbereich

Da man 1921 der Auffassung war, dass der KJV realistischer Weise nicht die Rolle der Massenorganisation der Jugend einnehmen konnte, entschied sich der Verband alternativ zur Errichtung von Jugendsektionen in den Gewerkschaften, um über diese, Einfluss auf die Arbeiterjugend zu generieren.²²⁷ Eine zentrale Tätigkeit des Verbandes und Element einer längerfristigen Strategie war die Bildung und Erziehung der Mitglieder zu jungen Kommunisten im Geiste des Marxismus. Walter Göhring konstatiert, dass der KJV eine politische Organisation in dem Sinn war, „daß sie ihre ganze Tätigkeit unter dem politischen Gesichtspunkt der kommunistischen Erziehung der Jugend für die Diktatur des Proletariats stellte und es sich zur Aufgabe machte, ihre Mitglieder an allen politischen Aktionen der Arbeiterschaft teilnehmen zu lassen.“²²⁸

Mit der Fokussierung auf die Erziehungsarbeit lässt sich auch die Entstehung der *Roten Jungpioniere* erklären. Über die Bildungsarbeit des KJV berichtet Max Stern:

*„Vorträge und Diskussionen über Kunst, Religion, kommunistische Erziehung, Bub und Mädl usw. waren an der Tagesordnung. Daneben gab es noch Vorlesungen von Gedichten und revolutionäre Prosa, das Singen von Kampf- und Volksliedern war selbstverständlich, und für all das war genug Zeit vorhanden, denn in fast allen Gruppen kamen die Junggenossen mehrmals in der Woche zusammen.“*²²⁹

Da es an Vereinslokalen mangelte traf man sich abends in Hinterzimmern von Gasthäusern, in Privatwohnungen oder Parks.²³⁰ Der Bildungsplan für die Schulung der

²²⁶ AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-2730, Statuten des Verbandes der Proletarierjugend Österreichs.

²²⁷ Stern, Jugendverband, 458.

²²⁸ Göhring, Jugendverband, 55f.

²²⁹ Stern, Jugendverband, 458.

²³⁰ Ebd., 458; Türk, Jugendverband, 28.

Ortsgruppen umfasste die Gebiete Nationalökonomie, Soziologie, Geschichte, Jugendbewegung, Kulturelle Probleme der proletarischen Revolution und Politik.²³¹ Die Unterrichtsmethodik, die nach dem Grundsatz der Wechselrede zwischen den Teilnehmern stattfinden sollte, scheiterte in der Praxis jedoch meist an der mangelnden Ausbildung der Vortragenden und dem ungenügenden Beitrag der Jugendlichen.²³² Neben der theoretischen Schulung bildeten Aktivitäten im Freien einen integralen Bestandteil der Erziehungsarbeit: „Ein Wochenende im Sommer ohne Ausflug war undenkbar, und in kleineren Gruppen wurde Bergsteigen und Skilaufen viel betrieben.“²³³ Fritz Lauscher erinnert sich an „viele Touren am Peilstein“²³⁴, den Kalkberg im südlichen Wienerwald, und in den Briefen, die Josef Lauscher aus der Gefangenschaft an seine Berta verfasste, stellen Berg- und Skitouren einen Teil der gemeinsamen Erinnerungen dar. So schrieb er im Oktober 1944 aus dem KZ Mauthausen:

*„Liebe Bertl, zu dieser Jahreszeit haben wir im Frieede an schönen Wanderungen im buntfarbigen herbstlichen Wald Erholung und Freude gefunden und für den Winter schon Pläne für feine Schitouren geschmiedet. Die Erinnerungen daran muß man mit Gewalt fortwirken.“*²³⁵

Ein unverzichtbarer Bestandteil der kollektiven Aktivitäten war das Singen von Liedern, als identitätsstiftendes und das Zusammengehörigkeitsgefühl transportierendes Instrument. Dazu Fritz Lauscher:

„Nach den Gruppenabenden wurden in den Straßen Kampflieder gesungen, auch bei den Ausflügen im Wienerwald. Man maß den Liedern der Arbeiterklasse große Bedeutung bei. Der Inhalt, der Sinn der

²³¹ Göhring, Jugendverband, 56f.

²³² Ebd., 57f.

²³³ Stern, Jugendverband, 458.

²³⁴ DÖW, Interview Nr. 47 mit Fritz Lauscher, Teil I, 8.

²³⁵ DÖW, Brief von Josef Lauscher an Berta, Oktober 1944.

Arbeiterlieder wirkte auf das Gemüt der Jugendlichen, erzog sie zum Klassenkampf, ihr Klassenbewußtsein wurde gestärkt.“²³⁶

2.3.2. Organisatorischer Aufbau des KJV

„Die Kommunistische Jugend konnte Massen von Lehrlingen in Bewegung setzen, aber sie war nur in beschränktem Maße imstande, sie auch organisatorisch zu erfassen.“²³⁷ Besonders deutlich wird dies bei einem Vergleich mit der Stärke der SAJ. In keinem Jahr ihrer legalen Existenz sank die Mitgliederzahl unter 24.000, im Jahr 1923 war die Zahl sogar auf knapp 38.000 gestiegen.²³⁸ Ein Problem teilte sich der KJV mit dem sozialdemokratischen „Konkurrenten“: Die organisatorische Stärke litt empfindlich an dem Umstand, dass die älteren und erfahreneren Mitglieder und Funktionäre des Verbandes sukzessive in die Partei überführt wurden und dem Führungsapparat fehlten.²³⁹ Die SAJ hatte ebenso mit dem „Charakter einer ausgesprochenen Übergangsorganisation“²⁴⁰ zu kämpfen.

Der organisatorische Aufbau des KJV entsprach im Grunde dem der Partei. Er sah als Basis Orts- und Bezirksgruppen vor, die in Landes- und Kreisorganisationen zusammengefasst waren und dessen Spitze ein gewähltes Gremium bildete, das ab dem 7. Reichskongress 1926 den Namen Zentralkomitee (ZK) trug. Das Sekretariat leitete die laufende Arbeit. Ein Generalsekretär, der vom ZK gewählt wurde, stellte die direkte Verbindung zur KPÖ dar. Als kommunistische Jugendorganisation war der KJV eine Sektion der KJI (Kommunistische Jugendinternationale),²⁴¹ welche wiederum die Jugendsektion der Komintern darstellte. Zunächst als unabhängige Organisation konstituiert, ordnete sie sich ab 1922 der Komintern unter. Ein Prozess dem intensive

²³⁶ ZPA KPÖ, Fritz Lauscher: In der ersten Reihe, in: Volksstimme (o. D.).

²³⁷ Hexmann, erste Jahre, 23.

²³⁸ Zahlen laut Jahrbuch der österreichischen Arbeiterbewegung, zitiert in: Neugebauer, Bauvolk, 137.

²³⁹ Stern, Jugendverband, 455; Göhring, Jugendverband, 53.

²⁴⁰ Neugebauer, Bauvolk, 141.

²⁴¹ Göhring, Jugendverband, 37f; Türk, Jugendverband, 26; Der organisatorische Aufbau des KJVOe, in: Der Junge Bolschewik. Funktionärorgan des KJVOe, o.D., zitiert in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation Bd. 1 (Wien 1984) 307.

Diskussionen vorangingen. Entscheidend für die Eingliederung war schlussendlich die Abhaltung des II. Kongresses der KJI in Moskau und die Verlegung des Exekutivkomitees der KJI in die sowjetische Hauptstadt.²⁴²

Die soziale und altersmäßige Zusammensetzung des KJV ergab für April 1920 folgendes Bild: von den 1300 Mitgliedern, organisiert in zwölf Wiener- und elf Provinzgruppen, waren 50% Metallarbeiter. Die zweitgrößte Gruppe machten die Buchdrucker mit 18% aus. Die Mitglieder des Verbandes waren im Durchschnitt ausgesprochen jung, 77% waren zwischen 14 und 18 Jahren alt, während nur 4% über 20 Jahre waren. Als auffallend gering stellte sich der Anteil an Mädchen im KJV dar, nur 2,5% machten sie zu dieser Zeit aus.²⁴³

2.4. Fritz Lauschers Tätigkeit im Kontext der historischen Ereignisse bis zum Ende der 20er Jahre

Bis zum Ende der 20er Jahre spielte Josef Lauscher noch keine bedeutende Rolle in der kommunistischen Bewegung, sein älterer Bruder war hingegen bereits politisch tätig.

Fritz Lauschers Beitritt zum KJV im Jahr 1922 fiel mit dem Ausbruch von Fraktionskämpfen innerhalb der KPÖ zusammen, die bis Mitte der 20er Jahre anhielten und der Partei, ihrem Zusammenhalt und ihrem Erscheinungsbild, erheblichen Schaden zufügte. Die Fraktionskämpfe, geführt zwischen den Anhängern Josef Freys („Freyiten“) auf der einen und denen Karl Tomans („Tomanniten“) auf der anderen Seite, hatten sich an der Frage, „unter welcher Losung die KPÖ ihren Kampf gegen die Genfer Sanierung stellen solle“²⁴⁴ entzündet. Der KJV beschloss sich aus den Fraktionskämpfen herauszuhalten,²⁴⁵ wie auch Fritz Lauscher, der ab 1924 in der Wiener Bezirksleitung des KJV tätig war,²⁴⁶ bestätigt.²⁴⁷ Besonders dramatisch wirkte

²⁴² Zur Entstehung und Entwicklung der KJI, siehe Andreas Handler: „Reißt die Grenzpfähle aus!“. Die Kommunistische Jugendinternationale als Teilaspekt der Geschichte der Kommunistischen Internationale (ungedr. Diplomarbeit Universität Wien 2012).

²⁴³ Stern, Jugendverband, 454.

²⁴⁴ Garscha, Formierung, 73.

²⁴⁵ Türk, Jugendverband, 27.

²⁴⁶ DB-KI (Fritz Lauscher).

sich die, durch die inneren Kämpfe hervorgerufene, Paralyse der Partei während des großen Metallarbeiterstreiks im September 1924 aus. Die KPÖ war nicht in der Lage diese, eigentlich für sie günstige, Situation politisch zu nutzen.²⁴⁸ Dass sich der KJV nicht gänzlich aus den Fraktionskämpfen heraushalten konnte, zeigte ein Vorfall während des Metallarbeiterstreiks, „als eine fraktionelle Schlägertruppe eine öffentliche Versammlung des KJV sprengte.“²⁴⁹

Beendet wurden die internen Kämpfe, die auch Symptom der organisatorischen Schwäche des Parteivorstandes waren,²⁵⁰ erst durch den Eingriff der Komintern²⁵¹ und der Installation einer neuen Parteileitung, deren zentrale Figur, der 1920 aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrte und nicht in die internen Wiener Konflikte involvierte Johann Koplenig war.²⁵² Koplenig sollte die KPÖ über Jahrzehnte prägen, unmittelbar konnte die neue Führungsriege der Partei allerdings nicht zu einer politischen Stärkung verhelfen. „Ganz im Gegenteil trug sie durch die bedingungslose Übernahme der jeweils vorherrschenden Linie der Kommunistischen Internationale zur Isolierung der Partei in Österreich bei.“²⁵³

Im Jahr 1926 trat Josef Lauscher ebenfalls dem *Kommunistischen Jugendverband* bei, während sein älterer Bruder im selben Jahr Mitglied der KPÖ wurde, jedoch weiter im KJV aktiv blieb. Diese „Doppelrolle“ fußte auf einem Beschluss des Zentralkomitees (ZK) aus dem Jahr 1925, der besagte, dass sämtliche Jugendfunktionäre auch der Partei

²⁴⁷ DÖW, Interview Nr. 47 mit Fritz Lauscher, Teil I, 6.

²⁴⁸ Garscha, Formierung, 89.

²⁴⁹ Winfried R. Garscha: Die KPÖ zur Zeit der „relativen Stabilisierung“ des Kapitalismus 1921-1926, in: Historische Kommission beim ZK der KPÖ (Hg.): Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. 1918 – 1955. Kurzer Abriss (Wien 1977) 47-90, hier: 77.

²⁵⁰ Garscha, Formierung, 74.

²⁵¹ „Die Kommunistische Internationale war als Weltpartei konzipiert, innerhalb derer die Normen des demokratischen Zentralismus galten. Die nationalen Sektionen waren an der Erarbeitung der gemeinsamen politischen Linien beteiligt [...]. Umgekehrt war den Anordnungen des EKKI [Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale – Anm. d. Verf.] Folge zu leisten, doch griff die Exekutive nur bei krisenhaften Erscheinungen direkt ein.“, siehe Garscha, Formierung, 87.

²⁵² Ehmer, Kommunistische Partei, 222.

²⁵³ Ebd., 222.

beizutreten haben.²⁵⁴ Auch Josef Lauscher wurde im Jahr 1928, mit gerade einmal 16 Jahren, Parteimitglied.²⁵⁵

Fritz Lauscher, nach eigenen Angaben seit 1924 in der „Leitung des Kommunistischen Jugendverbandes“²⁵⁶, trat wiederholt als Redner bei Versammlungen in Erscheinung. Eine Rede hielt er etwa bei einer Kundgebung der KPÖ für die Freilassung der Juligefangenen am 9. September 1927. „Die Reden der Genossen Toman, Frank und Lauscher“²⁵⁷ wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen“²⁵⁸, schrieb die Rote Fahne. Arbeiter erklärten, wie weiter in agitarorischem Ton berichtet wurde, vor dem Publikum ihren Unmut über die Sozialdemokratische Partei und deren Rolle am 15. Juli. Publikumswirksam verkündeten sie ihren Austritt aus der SDAP und forderten die Arbeiter auf für die KPÖ zu werben.²⁵⁹

Im Rahmen des Pfingsttreffens des KJV im Burgenland im Mai 1928 referierte Fritz Lauscher, wie der Roten Fahne zu entnehmen ist, „über die Lage und den Kampf der Arbeiter“²⁶⁰. Seit 1921 fanden zu Pfingsten alljährlich Treffen von Mitgliedern des KJV aus den verschiedenen Bundesländern statt.²⁶¹ Für Aufsehen, auch in der nationalen Presse, hatte das im Jahr 1925 in Linz geplante Pfingsttreffen gesorgt. Da zur gleichen Zeit ein Treffen des oberösterreichischen Landesveteranenbund²⁶² stattfand, wurde das Pfingsttreffen des KJV behördlich untersagt. Dennoch machten sich rund 370 Wiener Jungkommunisten auf den Weg nach Linz zu einer „Besuchsreise“. Dort kam es schließlich zu Zusammenstößen mit der Polizei, dabei wurde „ein erheblicher Teil der

²⁵⁴ Stern, Jugendverband, 455; auch Fritz Lauscher erklärt diesen Beschluss als Grund für seinen Parteibeitritt, siehe DÖW, Interview Nr. 47 mit Fritz Lauscher, Teil I, 28.

²⁵⁵ DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 1.

²⁵⁶ DÖW, Interview Nr. 47 mit Fritz Lauscher, Teil I, 6.

²⁵⁷ Anm.: Zu diesem Zeitpunkt ist mit Sicherheit davon auszugehen, dass Fritz Lauscher gemeint ist. Josef Lauscher wird in der Roten Fahne mit seinem Vorname genannt und scheint erst ab 1929 im Zentralorgan auf.

²⁵⁸ Massenkundgebung für die Freilassung der Juligefangenen, in: Die Rote Fahne Nr. 213 (10.09.1927) 2.

²⁵⁹ Ebd., 2.

²⁶⁰ Das Jugendpfingsttreffen im Burgenland, in: Die Rote Fahne Nr. 130 (03.06.1928) 3.

²⁶¹ Türk, Jugendverband, 30.

²⁶² Anm.: Türk schreibt hier von „rechtsextremistischen Vaterländischen Verbänden“, siehe Türk, Jugendverband, 30.

kommunistischen Demonstranten mit den Säbeln der Wache verletzt“²⁶³. Folge war die, zumindest kurzfristige, Verhaftung von rund 200 Jugendlichen, darunter auch der damalige Sekretär des KJV Max Stern.²⁶⁴

2.4.1. Zwischen Heimwehr und Schutzbund

Der 15. Juli 1927, der Tag des Massenprotestes gegen das „Schattendorfurteil“ und des Justizpalastbrandes, der 89 Tote und hunderte Verletzte gefordert hatte,²⁶⁵ brachte auch eine Umgewichtung der politischen Kräfte in Österreich mit sich. Die bürgerliche Regierung trat gestärkt aus den Ereignissen hervor, Bundeskanzler Seipel „galt nun im Bürgertum nach seiner Sanierung der Finanzen Österreichs als zweifacher ‚Retter des Vaterlandes‘“²⁶⁶. Der 15. Juli verlieh auch der Heimwehrbewegung, die an jenem Tag in Vorarlberg, Tirol und der Obersteiermark bewaffnet aufmarschiert war und sich als „Hilfspolizei“ beim Einsatz gegen streikende ArbeiterInnen betätigt hatte, sich somit „als notwendigen Schutz gegen eine ‚bolschewistische‘ Revolution“²⁶⁷ inszenieren konnte, ein Selbstvertrauen, das sich in der immer stärkeren Verfolgung einer eigenständigen Politik äußerte.²⁶⁸

Die Heimwehren, die sich bislang vor allem durch fortwährende Uneinigkeit zwischen den einzelnen Verbänden in den Bundesländern ausgezeichnet hatten,²⁶⁹ traten infolge des 15. Juli als bedeutender politischer Machtfaktor hervor, finanziell und mit Waffen unterstützt durch Italien und Ungarn. Die Heimwehraufmärsche, sonntägliche militärische Machtdemonstrationen, rückten immer näher an die Zentren der Industriearbeiterschaft heran, während die Sozialdemokratie mit Gegenaufmärschen konterte. Mit einem für den 7. Oktober im „roten“ Wiener Neustadt geplanten Massenaufmarsch, dem die Sozialdemokratie einen „Arbeitertag“ am selben Ort und

²⁶³ Ein Zusammenstoß in Linz, in: Arbeiter-Zeitung Nr. 150 (02.06.1925) 3.

²⁶⁴ Göhring, Jugendverband, 84-89.

²⁶⁵ Botz, Gewalt, 154.

²⁶⁶ Ebd., 158f.

²⁶⁷ Edmondson, Heimwehren, 267.

²⁶⁸ Botz, Gewalt, 162.

²⁶⁹ Edmondson, Heimwehren, 265.

zur selben Zeit entgegensetzte, kam es zur Kraftprobe.²⁷⁰ Die drohende Gefahr eines Marsches auf Wien, als Analogie zur Machtergreifung Mussolinis und dessen „Marsch auf Rom“, sahen zumindest die linksgerichteten Medien. So schrieb die Arbeiter Zeitung im Juni 1928:

*„Sonntag für Sonntag veranstalten die Heimwehren Aufmärsche, um für ihre Gewaltpolitik zu werben. In jüngster Zeit sind besonders die niederösterreichischen Gemeinden dazu ausersehen, den Heimwehren als Aufmarschort zu dienen, denn es liegt im Kriegsplan der Heimwehrstrategen, der nach dem 15. Juli ganz offen verlautbart worden ist, das rote Wien nach und nach einzukreisen, um dann den Marsch auf Wien sicher durchführen zu können.“*²⁷¹

Eine Einigung im letzten Moment, am 3. Oktober, zwischen Heimwehren und Sozialdemokraten zur räumlichen und zeitlichen Trennung der Aufmärsche sowie die Anwesenheit von 2500 Polizisten und mehrerer tausend Mann Militär verhinderten einen Zusammenstoß der 18.500 Heimwehrmänner mit den 14.800 Schutzbündlern und 21.000 Arbeitern.²⁷² Die KPÖ wollte sich nicht an solche Abmachungen halten²⁷³ und bereitete sich auf eine gewaltsame Konfrontation mit den Heimwehren vor. Aufgrund von Absperrungen und polizeilichen Repressionsmaßnahmen gelangte allerdings nur eine kleine Gruppe Kommunisten nach Wiener Neustadt, „wo sie in einer Nebenstraße eine Kundgebung abhielten, die von der Polizei nur mit Mühe auseinandergetrieben werden konnte“²⁷⁴. Auch Mitglieder vom KJV, darunter Fritz Lauscher, waren angereist. Sie fuhren mit dem Zug und gingen das letzte Stück bis nach Wiener Neustadt zu Fuß, um den Kontrollen zu entgehen.²⁷⁵ Kommunisten berichteten in der Roten Fahne von Repressionen und Misshandlungen vor allem von

²⁷⁰ Botz, Gewalt, 164.

²⁷¹ Antwort auf die Heimwehrprovokationen, in: Arbeiter-Zeitung Nr. 168 (18.06.1928) 2.

²⁷² Botz, Gewalt, 166.

²⁷³ Ebd., 166.

²⁷⁴ Garscha, Formierung, 135f.

²⁷⁵ DÖW, Interview Nr. 47 mit Fritz Lauscher, Teil I, 16.

Seiten des Schutzbundes.²⁷⁶ Ein Bericht zeugt von der Anwesenheit Fritz Lauschers, der als Redner versuchte auf die ArbeiterInnen einzuwirken:

„Wir wollten uns dem Zug der Arbeiter anschließen. Aber gewissen sozialdemokratischen Funktionären war dies gar nicht recht und offenbar in höherem Auftrag wurden wir durch Schutzbund und Gendarmerie schließlich in eine Seitengasse gedrängt, und so völlig von der Masse der Arbeiterschaft abgeriegelt. Dort sprachen über die Köpfe der Gendarmen Genosse Stern und Lauscher zu den vorbeiziehenden Arbeitern.“²⁷⁷

Das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten war nie friktionsfrei gewesen, davon zeugt auch Fritz Lauschers Tätigkeit. Mit der Rezeption der „Sozialfaschismus-Theorie“ durch die österreichischen Kommunisten, der eine grundlegenden Fehleinschätzung der innenpolitischen Situation und Machtverhältnisse zugrunde lag, isolierte sich die KPÖ für die folgenden Jahre jedoch weiter und stärker als bisher von der Arbeitermasse.²⁷⁸

2.4.2. Die Verbreitung der „Sozialfaschismus-Theorie“

Kommunisten waren an den Ereignissen des 15. Juli 1927 von Beginn an beteiligt und brachten ihre Forderungen nach dem Generalstreik und der Bewaffnung der Arbeiter unter die Demonstranten.²⁷⁹ Die KPÖ war allerdings, aufgrund ihrer organisatorischen Schwäche und dem zu geringen Einfluss innerhalb der Arbeiterbewegung, nicht in der Lage gewesen die Demonstration in ihre Richtung zu lenken und die Arbeitermassen hinter sich zu sammeln. So war „nach der bedingungslosen Kapitulation des

²⁷⁶ Schutzbündler verprügeln Kommunisten, in: Die Rote Fahne Nr. 239 (09.10.1928) 4.

²⁷⁷ Kommunistische Arbeiter werden durch Schutzbund und Gendarmerie von der Masse abgeschnitten, in: Die Rote Fahne Nr. 239 (09.10.1928) 4.

²⁷⁸ Garscha, Formierung, 136.

²⁷⁹ Noch in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli war eine Sonderausgabe der Roten Fahne erschienen die zum „Generalstreik!“ und „Bewaffnung!“ aufrief, siehe Die Rote Fahne. Sonderausgabe (15.07.1927) 1.

sozialdemokratischen Parteivorstandes am Montag, den 18. Juli, eine Fortsetzung des Kampfes nicht mehr möglich.“²⁸⁰

Der 15. Juli war schließlich mitentscheidend für die Ausweitung einer ultralinken Linie, die 1928 auf dem VI. Weltkongress der Komintern beschlossen wurde²⁸¹ und als deren Folge sich die, ursprünglich von Grigori Sinowjew entwickelte und 1924 von Josef Stalin aufgegriffene,²⁸² „Sozialfaschismus-Theorie“ ab 1929/30 in der gesamten KI durchsetzte.²⁸³ Diese These stilisierte die Sozialdemokratie zu einem Feind, der in gleicher Weise bekämpft werden müsse wie auch die anderen Ausformungen des Faschismus, sie betrachtete „bürgerliche Demokraten, Sozialdemokraten und Faschisten als einen einheitlichen reaktionären Block“²⁸⁴. In Österreich wurde der Begriff des „Sozialfaschismus“ Ende April 1929 im Zusammenhang mit der Agitation der KPÖ gegen die Erhöhung des Mietzinses, zu der sich SDAP und bürgerliche Parteien einigten, Teil des Diskurses.²⁸⁵

„Die Entwicklung unserer Sozialdemokratie vollzieht sich im Eilzugstempo. Die Diskussion über den Bankrott des (scheinrevolutionären) Austromarxismus ist längst überholt und durch die Tatsache erledigt. Der Schlußstein war der ungeheuerliche Verrat des Mieterschutzes. Heute stehen wir bereits Anzeichen der Entwicklung zum Sozialfaschismus gegenüber.“²⁸⁶

²⁸⁰ Garscha, Formierung, 118.

²⁸¹ Anm.: Im Programm der KI, angenommen am 1. September 1928, heißt es: „Die ‚linke‘ Sozialdemokratie, die mit pazifistischen und manchmal selbst mit revolutionären Phrasen spielt, wendet sich besonders in kritischen Augenblicken gegen die Arbeiter (die englische ‚Unabhängige Arbeiterpartei‘ und die ‚linken‘ Führer des Generalrats der englischen Gewerkschaften während des Generalstreiks von 1926, Otto Bauer und Konsorten während des Wiener Aufstandes [Massenprotest gegen das Schattendorfer Urteil und Justizpalastbrand am 15. Juli 1927 – Anm. d. Verfassers] . u. a.): sie ist daher die gefährlichste Fraktion der sozialdemokratischen Parteien.“, siehe Das Programm der Kommunistischen Internationale (angenommen an der 46. Sitzung am 1. September 1928), in: Programm der Kommunistischen Internationale (Marxistisch-Leninistische Schriftenreihe o. D.) 3-76, hier: 18.

²⁸² Garscha, Formierung, 85.

²⁸³ Ebd., 120.

²⁸⁴ Ehmer, Kommunistische Partei, 229.

²⁸⁵ Garscha, Formierung, 141.

²⁸⁶ Entwicklung zum Sozialfaschismus, in: Die Rote Fahne Nr. 95 (20.04.1929) 1.

Im Anschluss an diese Feststellung in der Roten Fahne vom 20. April 1929 wird auch die Frage worum es sich bei dem Begriff „Sozialfaschismus“ handelt, mit Verweis auf den VI. Weltkongress der KI, beantwortet:

„Was bedeutet Sozialfaschismus? Der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale befaßte sich ausführlich mit dieser Frage. Er stellte fest, daß auf der Grundlage der Stabilisierung einer gewissen Festigung einer Arbeiteraristokratie eingetreten ist, die dadurch unmittelbar an der Festigung der kapitalistischen Wirtschaft interessiert ist. [...] Die Sozialdemokratie verwächst wirtschaftlich und sozial immer mehr mit der sozialkapitalistischen Wirtschaft und dem kapitalistischen Staate. Und unter dem Einfluß der Kriegsgefahr und der steigenden Klassenkämpfe der heutigen Periode schließt sie sich auch politisch immer mehr und offener mit der Bourgeoise zusammen.“²⁸⁷

Die Rezeption der Sozialfaschismus-Theorie resultierte in einer Isolierung von der Arbeiterschaft. Die Annahme, dass die KPÖ als einzige Kraft die Arbeiterklasse repräsentiere und, dass das Proletariat allen anderen „Klassen und gesellschaftlichen Schichten gegenüberstehe“²⁸⁸, ging einher mit einer immer stärker werdenden Abgrenzung von der Sozialdemokratie.²⁸⁹

2.5. Schulung in Moskau

Die Schulungen durch den Jugendverband, der zur Zeit des Beitritts von Josef Lauscher, wie er selbst bemerkt, „eine relativ kleine und schwache Organisation“²⁹⁰ war, beschreibt dieser als „sehr intensiv“²⁹¹. Die Themen zeugen von einer Ablehnung des Parlamentarismus und einer Haltung zur Demokratie als Mittel zum Zweck:

²⁸⁷ Entwicklung zum Sozialfaschismus, in: Die Rote Fahne Nr. 95 (20.04.1929) 1.

²⁸⁸ Garscha, Formierung, 138.

²⁸⁹ Ebd., 138f.

²⁹⁰ ZPA KPÖ, Niederschrift eines Gesprächs mit Josef Lauscher, 19.12.1974, 1.

²⁹¹ Ebd., 1.

[...] ein- zweimal wöchentlich, unter anderen[sic!] unterrichtete uns das Ehepaar Quittner²⁹². Hauptthema unserer Diskussionen war der Weg zum Sozialismus, ist es möglich, über die bürgerliche Demokratie zum Sozialismus zu kommen, kann man mit 51% im Parlament die Staatsmacht übernehmen oder geht es um eine gewaltsame Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung, der Errichtung des Proletariats, wie soll der Kampf gegen den Faschismus geführt werden und wann ist der Zeitpunkt für die bewaffnete Auseinandersetzung.²⁹³

Ein wesentliches, die Entwicklung des kommunistischen Jugendverbandes begleitendes Charakteristikum war die Verbundenheit mit der Sowjetunion. So stellte, laut Max Stern, „die Verteidigung der Sowjetunion ein Hauptanliegen des KJV“²⁹⁴ dar.

Eine Intensivierung dieser Verbindung bzw. Verbundenheit, erfolgte ab 1925 durch Arbeiterdelegationen, die „in hellen Scharen in das ‚Gelobte Land‘ pilgerten“²⁹⁵. Als erste österreichische Vertretung reiste im Herbst 1925 eine Arbeiterjugenddelegation, die sich aus



Abb. 3: „Stärkt die Bereitschaft zur Verteidigung der Sowjetunion!“, Zeichnung auf der Titelseite des Zentralorgans des KJV, Quelle: Die Proletarierjugend Nr.5 (Mai 1929) 1.

Mitgliedern des KJV, der Unabhängigen Sozialistischen Arbeiterjugend (USAJ), eine links-sozialistischen Splittergruppe, sowie der SAJ zusammensetzte, in die Sowjetunion,

²⁹² Anm.: Gemeint sind mit hoher Wahrscheinlichkeit Franz (*22.03.1904) und Genia Quittner (geb. Lande, *04.11.1904). Beide waren Mitglieder des ZK des KJV. Franz Quittner hatte Physik und Genia Quittner Staatswissenschaften studiert, siehe Edith Leisch-Prost: Genia Quittner, in: Brigitta Keintzel, Ilse Korotin (Hg.): Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben - Werk – Wirken (Wien/Köln/Weimar 2002) 603-604.

²⁹³ ZPA KPÖ, Niederschrift eines Gesprächs mit Josef Lauscher, 19.12.1974, 1.

²⁹⁴ Stern, Jugendverband, 456.

²⁹⁵ Hans Schafraneck: Die Avantgarde der Einäugigen – Österreichische Arbeiterdelegationen in der UdSSR, in: Barry McLoughlin, Hans Schafraneck, Walter Szevera (Hg.): Aufbruch-Hoffnung-Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925-1945 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik Bd. 64, Wien 1997) 13-47, hier: 13.

wobei von den insgesamt neun Teilnehmern die Mehrzahl, nämlich vier, der SAJ angehörten. Zu den Delegierten gehörte u.a. auch Genia Quittner. Der Zweck dieser, mit gewaltigem propagandistischem Aufwand betriebenen Aufenthalte in der UdSSR, war es „eine glorifizierte Sichtweise der politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung zu produzieren und in den Köpfen vornehmlich nicht-kommunistischer Sympathisanten zu verankern.“²⁹⁶

Die Idee einer Verbindung mit der Sowjetunion auf gänzlich anderer Grundlage, nicht zum Zweck der Propaganda sondern zur Parteierziehung, entstand im Zuge der „Bolschewisierung“. „Mit diesem Schlagwort waren die Übertragung des sowjetischen Parteimodells auf die ‚Bruderparteien‘ und die Verabsolutierung der sowjetischen Erfahrungen verbunden.“²⁹⁷ Ziel sollte die „festere Verankerung der kommunistischen Parteien in der Arbeiterklasse ihrer Länder sein“²⁹⁸ um sich schlussendlich zu Massenparteien des Proletariats zu entwickeln. Es handelte sich um eine, auf dem V. Weltkongress der Komintern im Juni/Juli 1924 erarbeitete Reaktion auf das Ende der revolutionären Phase in weiten Teilen Europas.²⁹⁹ Als Instrument der „Bolschewisierung“ sollten Kaderschulen dienen, um über deren Absolventen die Umsetzung der Doktrin der zu gewährleisten.³⁰⁰ Mitte Mai 1926 nahm, nach organisatorischen Schwierigkeiten und daraus resultierenden Verzögerungen, in Moskau die *Internationale Leninschule* (ILS), „die wichtigste und prestigeträchtigste Kaderschule der Kommunistischen Internationale zur Ausbildung von Parteikadern aus aller Welt“³⁰¹, ihre Lehrtätigkeit auf.³⁰²

²⁹⁶ Schafranek, Avantgarde, 14.

²⁹⁷ Julia Köstenberger: Kaderschmiede des Stalinismus. Die Internationale Leninschule in Moskau (1926-1938) und die österreichischen Leninschüler und Leninschülerinnen (Wiener Studien zur Zeitgeschichte Bd. 8, Wien 2016) 25.

²⁹⁸ Garscha, Formierung, 84.

²⁹⁹ Ebd., 84.

³⁰⁰ Köstenberger, Kaderschmiede, 47.

³⁰¹ Julia Köstenberger: Die Internationale Lenin-Schule (1926-1938), in: Michael Bruckmiller, Klaus Meschkat (Hg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt (Berlin 2007) 287-309, hier: 287.

³⁰² Köstenberger, Kaderschmiede, 49f.

Josef Lauscher wurde im Juli 1929, laut eigenen Angaben inzwischen in die Bezirksleitung des KJV in Simmering gewählt, wo er die Funktionen des Gewerkschaftsreferenten und des Bezirksobmannes innehatte, als Mitglied des Jugendverbandes auf die „erste Schule der Kommunistischen Jugendinternationale“³⁰³ nach Moskau entsendet. Die KJI führte für eine kurze Zeit, von 1929 bis 1931, eine eigene Schule,³⁰⁴ die anschließend in die Internationale Leninschule überführt- und als „KIM-Sektor“ weitergeführt wurde.³⁰⁵ In der Datenbank des Biographischen Handbuchs der Komintern wird Josef Lauscher eine Teilnahme an der ILS vom 07.1929 bis 03.1930 zugeschrieben.³⁰⁶ Wie Julia Köstenberger konstatiert wäre Lauscher mit seinen 17 Jahren allerdings zu jung und ein Besuch der Internationalen Leninschule somit höchst unwahrscheinlich gewesen, weshalb sie stattdessen eine Teilnahme an der zu diesem Zeitpunkt noch selbstständigen Schule der Kommunistischen Jugendinternationale für möglich hält.³⁰⁷

Da sich die Literatur in Bezug auf die selbstständige KIM-Schule als unzureichend darstellt, soll als Vergleich ein Blick auf die Situation der Schüler der Internationalen Leninschule geworfen werden. Gemein dürften beiden Schulen in Moskau ihre konspirative Haltung gewesen sein. So erhielt jeder Schüler einen Decknamen zur Geheimhaltung der Identität.³⁰⁸ Auch Josef Lauscher besaß mit „Ernst Wagner“ ein Pseudonym, obwohl unklar ist ob er dieses bereits 1929 erhalten hat.³⁰⁹ Der Alltag in Moskau war für die Leninschüler geprägt durch eine Abschottungspolitik und die Reglementierung der Freizeit. Dass die Richtlinien zur Konspiration einen rein normativen Charakter trugen und von den Schülern regelmäßig um- bzw. übergangen wurden zeigt Köstenberger anhand mehrerer Fälle auf.³¹⁰ Teil des theoretischen Unterrichts an der ILS war, bis es in den 30er Jahren abgeschafft wurde, ein

³⁰³ ZPA KPÖ, Niederschrift eines Gesprächs mit Josef Lauscher, 19.12.1974, 1.

³⁰⁴ Köstenberger, Lenin-Schule, 288.

³⁰⁵ Köstenberger, Kaderschmiede, 62.

³⁰⁶ DB-KI (Josef Lauscher).

³⁰⁷ Köstenberger, Kaderschmiede, 481.

³⁰⁸ Ebd., 143.

³⁰⁹ DB-KI (Josef Lauscher).

³¹⁰ Vgl. Köstenberger, Kaderschmiede, 146-151.

begleitendes Studium der russischen Sprache.³¹¹ Möglich, dass ein Russischunterricht auch auf dem Lehrplan der KIM-Schule stand. In jedem Fall sollte die sprachliche Fähigkeit, die sich Josef Lauscher bei seinem mehrmonatigem Aufenthalt in Moskau mit Sicherheit angeeignet hat, später noch von entscheidender Bedeutung sein.

Als Konsequenz der Bildungsreise kann die Wahl Josef Lauschers ins ZK des KJV im Herbst 1929, noch während er in Moskau war, gesehen werden. Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion im März 1930 wurde er im Herbst desselben Jahres zum Wiener Obmann des KJV gewählt.³¹²

³¹¹ Köstenberger, Kaderschmiede, 202.

³¹² DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 3; DÖW 10834, Gedächtnisprotokoll der Befragung von Herrn Gemeinderat Josef Lauscher durch Wolfgang Neugebauer, 30.10.1967, 1; ZPA KPÖ, Lebenslauf Josef Lauscher, 22.8.1945, 1.

3. DIE FRÜHEN 30ER JAHRE – ZWISCHEN ILLEGALITÄT UND NEUAUSRICHTUNG

3.1. Im Konflikt mit der Exekutive - Verbot des Verbandes der Proletarierjugend Österreichs

Im Laufe seines politischen Lebens kam ein Jungkommunist fast zwangsläufig in Kontakt mit der Exekutive, davon waren sowohl Josef, als auch Fritz Lauscher nicht ausgenommen. Im Juni 1930 fand, trotz Verbots, im niederösterreichischen Traisental das Pfingsttreffen der Kommunistischen Jugend statt, das bereits im Zeichen der, die beginnenden 30er Jahre bestimmenden, politischen Themenfelder stand: dem Kampf gegen den Faschismus und das Eintreten für die größer werdende Gruppe der Arbeitslosen³¹³, „gegen die Vorstöße des Faschismus und die faschistische Regierung sowie den Raub der Arbeitslosenunterstützung“³¹⁴. Am Bahnhof Scheibmühl kam es zu einer Auseinandersetzung mit der Gendarmerie, weil sich die Teilnehmer der Versammlung weigerten in Viehwagons zu steigen und skandierten: „Wir sind kein Vieh! Wir wollen Personenwagen!“³¹⁵. Laut Bericht der Roten Fahne ging die Gendarmerie infolge „mit Säbeln und Bajonetten auf die friedlich und ruhig lagernden Arbeiter, darunter auch viele Mädchen, los“³¹⁶. Zwei Jungarbeiter wurden dabei, so berichtete das Zentralorgan der KPÖ weiter, durch Säbelhiebe schwer verletzt, einer davon war Josef Lauscher.³¹⁷ Über die Schwere der Verletzung ist nichts bekannt, in den Egodokumenten Josef Lauschers fehlen Hinweise zu diesem Vorfall, ebenso wie zu seiner, von der Roten Fahne vermeldeten, unmittelbar darauf folgenden Verhaftung.³¹⁸ Über die Verletzung von zwei Personen schreibt jedoch auch das konservative Linzer Volksblatt. Dieses berichtete, dass sich in Traisen 300

³¹³ Anm.: 1928 noch bei 8,3%, stieg die Quote der Arbeitslosen bereits 1931 auf 15,4%, siehe Weber, Entwicklung, 25.

³¹⁴ Rotes Pfingsttreffen trotz Verbot!, in: Die Rote Fahne Nr. 136 (11.06.1930) 1.

³¹⁵ Waffengewalt am Bahnhof, in: Die Rote Fahne Nr. 136 (11.06.1930) 3.

³¹⁶ Ebd., 3.

³¹⁷ Ebd., 3.

³¹⁸ Wir fordern Freilassung der verhafteten Genossen!, in: Die Rote Fahne Nr. 138 (13.06.1930) 3.

„kommunistische Ausflügler“ zu einer Versammlung trafen, welche jedoch vom Vertreter der Bezirkshauptmannschaft aufgelöst wurde. Als Folge wurde die vor dem Lokal postierte Gendarmerie mit Biergläsern und Einrichtungsgegenständen beworfen. Über den weiteren Verlauf schrieb das Blatt:

„Die Demonstranten wurden zum truppenweisen Verlassen des Versammlungslokales verhalten. Anlässlich der Einwaggonnierung eines nach Wien bestimmten Transportes kam es zu Widersetzlichkeiten, so daß die Gendarmerie mit gefällttem Bajonett vorgehen mußte, wobei zwei Personen verletzt wurden. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.“³¹⁹

Im Falle Fritz Lauschers, der eigenen Angaben zufolge „beinahe 10 Jahre politisch gesessen“³²⁰ ist, zeugen von seinem Kontakt mit Exekutive und Justiz zwei erhaltene Strafakten aus den Jahren 1927 und 1929, in denen er wegen des Delikts des Auflaufes als Beschuldigter geführt wird. Nach den Schilderungen Lauschers fand am 13. Februar 1927 in einem Gasthaus im Wiener Prater eine Versammlung nationalsozialistischer Jugendlicher statt, gegen deren Abhaltung eine Gruppe von ca. 80 jugendlichen Kommunisten vor dem Lokal demonstrierte und an deren Spitz sich Fritz Lauscher befand: „Am Platz vor dem Lustspielhaus angekommen, hoben mich mehrere Personen aus dem Zuge auf die Schultern und forderten mich auf, eine Rede zu halten.“³²¹ Diesen Sachverhalt bestätigte auch jener als Zeuge befragte Wachebeamte, der Fritz Lauscher aufgefordert hatte, „nicht geschlossen weiter zu marschieren“³²². Fritz Lauscher, der bis zu diesem Zeitpunkt bereits neun Vorstrafen vorzuweisen hatte,³²³ wurde zu 14 Tagen strengen Arrestes auf Bewährung verurteilt.³²⁴ Wegen

³¹⁹ Mit dem Bajonett gegen Kommunisten, in Linzer Volksblatt Nr. 133 (11.06.1930) 4.

³²⁰ Anm.: Darunter fast sieben Jahre im KZ; DÖW, Interview Nr. 47 mit Fritz Lauscher, Teil I, 5.

³²¹ WStLA, Landesgericht für Strafsachen, A11 – Vr-Strafakten: LG I Vr 1397/1927, Vernehmung des Beschuldigten, 19.03.1927.

³²² WStLA, Landesgericht für Strafsachen, A11 – Vr-Strafakten: LG I Vr 1397/1927, Zeugenvernehmung, 30.03.1927.

³²³ WStLA, Landesgericht für Strafsachen, A11 – Vr-Strafakten: LG I Vr 1397/1927, Vernehmung des Beschuldigten, 19.03.1927.

³²⁴ WStLA, Landesgericht für Strafsachen, A11 – Vr-Strafakten: LG I Vr 1397/1927, Schreiben an Friedrich Lauscher, 21.05.1927.

eines ähnlichen Deliktes wurde er am 4. Oktober 1929 verhaftet und im Jänner 1930 ebenfalls zu 14 Tagen Arrest verurteilt. Aus der Urteilsbegründung geht hervor:

„Eine grosse Anzahl jugendlicher Kommunisten die sich im Polizeibezirke Schmelz angesammelt hatten, zog dann nach 8 Uhr abends [am 4. Oktober – Anm. d. Verf.] unter Johlen und Schreien trotz des bestehenden Aufmarschverbotes im geschlossenen Zuge durch die Johnstrasse zur Hütteldorferstrasse. Dem Zuge folgten ungefähr 200 Neugierige. Die Demonstranten sangen Hetzlieder und stiessen Pfuirufe gegen die Regierung und gegen die Polizei aus.“³²⁵

Nach seiner Festnahme im Oktober blieb Fritz Lauscher über zwei Wochen in Haft. Mehrere Ausgaben der Roten Fahne forderten seine Freilassung,³²⁶ und noch während seiner Zeit im Gefängnis wurde er im Zuge des IX. Reichskongresses des KJV im Oktober 1929 „demonstrativ ins Präsidium gewählt“³²⁷. Was hier unter „Präsidium“ zu verstehen ist, bleibt offen, möglicherweise ist das ZK gemeint, in dieses wurde Lauscher laut DB-KI allerdings schon 1928 gewählt.³²⁸

Offiziell existierte der KJV nicht und der *Verband der Proletarierjugend Österreichs* war laut Statuten kein politischer Verein. Dass der Verband, alleine schon aufgrund der Anschrift des Parteilokals in der Pulverturm-gasse, die mit jener der KPÖ übereinstimmte, eine besonderes Naheverhältnis zur Kommunistischen Partei hatte, kann auch den Behörden nicht verborgen geblieben sein. Dennoch stellte die Polizeidirektion Wien erst im Jahr 1931 fest, dass es sich beim *Verband der Proletarierjugend Österreichs* und dem *Kommunistischen Jugendverband* um ein und denselben Verein handelte.³²⁹ Möglicherweise war der Verband und die mit ihm in Zusammenhang stehenden Delikte bis dahin zu unbedeutend um weitere

³²⁵ WStLA, Landesgericht für Strafsachen, A11 – Vr-Strafakten: LG I Vr 1397/1927, Urteilsverkündung, 09.01.1930.

³²⁶ Siehe u. a. Heraus mit Genosse Lauscher, in: Die Rote Fahne Nr. 243 (12.10.1929) 3.

³²⁷ Der IX. Reichskongress des Kommunistischen Jugendverbandes, in: Die Rote Fahne Nr. 250 (20.10.1929) 9.

³²⁸ DB-KI (Fritz Lauscher).

³²⁹ AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-2730, Bescheid des Bundeskanzleramts, 23.09.1931.

Amtshandlungen zu setzen. So war etwa im Falle von Fritz Lauschers Strafverfahren im Jahr 1929 dem Gericht bekannt, dass es sich bei ihm um den Obmann des Verbandes der Proletarierjugend handelte.³³⁰ Die Ermittlungen gegen den Verband sind im Zusammenhang mit einer, mit Beginn der 30er Jahren einsetzenden, verstärkten Verfolgung der Kommunisten in ganz Österreich zu sehen: „Unangemeldete oder verbotene Demonstrationen sowie „Blitzversammlungen“ (in den Wiener Bezirken) seitens der Kommunisten führten immer wieder zu Zusammenstößen, wenn die Sicherheitskräfte die ‚Zusammenrottungen‘ gewaltsam auflösten.“³³¹ Die politische Betätigungen, die schließlich den Anlass zur Auflösung des Vereins bildeten, waren vier Demonstrationen vor ausländischen Gesandtschaften, denen von Deutschland, Griechenland, Jugoslawien und Polen, im Zeitraum zwischen März 1930 und April 1931, die vom KJV organisiert wurden und in deren Verlauf zahlreiche Mitglieder des Jugendverbandes bzw. des Verbands der Proletarierjugend, darunter auch Fritz Lauscher,³³² verhaftet wurden.³³³ Der Bescheid zur Auflösung des Verbandes aufgrund der politischen Betätigung erfolgte am 23. September 1931.³³⁴

In der Folge hielt sich der Jugendverband durch Neugründungen unter immer neuen Namen organisatorisch am Lebend. Der Einreichung des Gesuchs zur Vereinsgründung folgte meist rasch die behördlichen Ablehnung, der daraufhin ein neuerliches Gesuch zur Gründung eines Vereins eingereicht wurde.³³⁵ Laut Göhring wurde diese Phase, die bis zum Verbot der KPÖ im Jahr 1933 anhielt, von Seiten damaliger KJV Führer als „halblegale Periode“ bezeichnet.³³⁶

³³⁰ WStLA, Landesgericht für Strafsachen, A11 – Vr-Strafakten: LG II Vr 4344/1929, Urteilsverkündung, 09.01.1930.

³³¹ Barry McLoughlin: Die Partei, in: Barry McLoughlin, Hannes Leidinger, Verena Moritz (Hg.): Kommunismus in Österreich 1918-1938 (Innsbruck 2009) 259-369, hier: 280.

³³² Anm.: In dem Bericht an das Vereins Bureau wird er als „Teubi Lauscher“ und „früherer Obmann des Verbandes der Proletarierjugend“ geführt, siehe AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-2730, An den Herrn Vorstand des V. B., 08.04.1931.

³³³ AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-2730, An den Herrn Vorstand des V. B., 08.04.1931; Türk, Jugendverband, 34.

³³⁴ AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-2730, Bescheid des Bundeskanzleramts, 23.09.1931.

³³⁵ Türk, Jugendverband, 34; Göhring, Jugendverband, 101f.

³³⁶ Göhring, Jugendverband, 101.

3.2. Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise

Der kommunistischen Bewegung in Österreich war es im Laufe der 20er Jahre nicht gelungen sich als ein bedeutender politischer Machtfaktor zu etablieren. Durch innerparteiliche Konflikte und die Durchsetzung ultralinken Positionen, die zur Rezeption der Sozialfaschismus-Theorie geführt hatten, war es nicht gelungen auf die Mehrheit der Arbeiterschaft einzuwirken. Johann Koplenig sah die Ursachen für die Schwächen der KPÖ, wie sie sich Ende der 20er Jahre verdeutlicht hatten, „in einer ungenügenden Verbindung des Kampfes gegen den Faschismus mit den wirtschaftlichen Fragen der Arbeiterschaft“³³⁷, wie er am X. Plenum des EKKI im Juli 1929 bemerkte.

Ein Umschwung in der strategischen Ausrichtung der Politik der KPÖ begann sich ab dem Jänner 1931, als das erweiterte Plenum des Zentralkomitees die „Überwindung des Sektentums und die kühne Wendung zur Massenarbeit“³³⁸ beschloss, einzustellen.³³⁹ Entscheiden für diese Neuorientierung wurde der 11. Parteitag, der vom 27. bis 29. Juni 1931 stattfand, und den Winfried R. Garscha als „Wendepunkt in der Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs“³⁴⁰ bezeichnet. In der Ausgabe der Roten Fahne, die vor dem Parteitag erschien, wurden die Aufgaben der Partei in ihrem politischen und sozioökonomisch Kontext wie folgt dargestellt:

„Die Verschärfung der Wirtschaftskrise in Österreich im Gefolge des Krachs der Credit-Anstalt, der neue Raubzug gegen die werktätigen Massen, die Verschärfung der politischen Situation, [...] die Hoffnungslosigkeit in der schweren Lage der breiten Massen, die nicht beseitigt werden kann durch die von der Sozialdemokratie gemachten Illusionen von der „Rettung“ durch

³³⁷ Zitiert in: Garscha, Formierung, 147.

³³⁸ Wendung der Partei, in: Die Rote Fahne Nr. 16 (18.01.1931) 5.

³³⁹ Manfred Mugrauer: „Rothschild saniert – das Volk kriecht“. Die sozialökonomische Politik der KPÖ zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, in: Manfred Mugrauer (Hg.): Wirtschafts- und Finanzkrisen im Kapitalismus. Historische und aktuelle Aspekte (Alfred Klahr Gesellschaft Quellen & Studien Sonderband 13, Wien 2010) 45-100, hier: 46.

³⁴⁰ Winfried R. Garscha: 1931 – 1933. Organisation der Abwehr gegen den drohenden Faschismus, in: Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ (Hg.): Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik (Wien 1987) 160-159, hier: 66.

*Anschluß an ein kapitalistisches Deutschland, die Gärung und beginnende Zersetzung in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei, das sind die Hauptmerkmale der politischen Situation in Österreich. Sie stellen vor die Partei mit aller Entschiedenheit die Aufgabe und geben ihr die Möglichkeit, auf Grund einer bolschewistischen Politik, die die selbstständige Führung der Tageskämpfe der Massen mit der Aufzeigung des revolutionären Ausweges verknüpft, zur Massenpartei des österreichischen Proletariats zu werden.*³⁴¹

3.2.1. Sozioökonomische Politik der KPÖ

Die Weltwirtschaftskrise, die im Oktober 1929 ihren Ausgangspunkt an der New Yorker Börse genommen hatte, brach in Österreich 1931 in Form einer Bankenkrise, die sich zu einer Finanz- und Währungskrise ausweitete, mit der Zahlungsunfähigkeit der Creditanstalt aus. In Österreich hatte die Krise bereits in den 20er Jahren ihren Ausgang genommen, als unter dem Druck der Regierung³⁴² gesunde Banken gefährdet Institute übernahmen.³⁴³ „Die Zahlungsunfähigkeit der Bodencreditanstalt, der Bank des ehemaligen Herrscherhauses, konnte nur durch Fusion mit der Creditanstalt vermieden werden.“³⁴⁴ Im Mai 1931 eröffnete schließlich der Vorstand der Creditanstalt der Bundesregierung die praktische Insolvenz des Instituts selbst, das sich „bis dahin als ‚Rothschildbank‘ eines ausgezeichneten Rufs erfreut hatte“³⁴⁵ und dessen drohender Bankrott massive Auswirkungen auf das Ausland, insbesondere auf den deutschen Kapitalmarkt hatte.³⁴⁶ Da keine andere Bank in der Lage war die

³⁴¹ 11. Parteitag der Kommunistischen Partei Oesterreichs. Die organisatorischen Hauptaufgaben der KPÖ (zur Orgberatung), in: Die Rote Fahne Nr. 149 (26.06.1931) 5-6, hier: 5.

³⁴² Anm.: Seit 1922 bildete der sog. „Bürgerblock“, bestehend aus Christlichsozialen (CSP), Großdeutschen (GDVP) und dem Landbund (LB), die Regierung, wobei die CSP durchwegs den Kanzler stellte, vgl. Müller, Philipp, Steininger, Regierung, 80.

³⁴³ Vgl. Butschek, Wirtschaftsgeschichte, 210.

³⁴⁴ Hans Kernbauer: Österreichische Währungs-, Bank- und Budgetpolitikpolitik in der Zwischenkriegszeit, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 552-569, hier: 563.

³⁴⁵ Butschek, Wirtschaftsgeschichte, 221.

³⁴⁶ Ebd., 223.

Creditanstalt zu übernehmen,³⁴⁷ diese aber von der Bundesregierung als systemrelevant angesehen wurde, beschloss man die Sanierung der „größten Bank des Landes, die einen beträchtlichen Teil der österreichischen Industrie als Aktionär und/oder Kreditgeber kontrollierte“³⁴⁸.

Die Folge war der Ausbruch einer Währungskrise, die sich mit der bereits bestehenden Budgetkrise kumulierte. Zur Sanierung des Budgets und zur Rettung der Währung musste sich die Regierung an den Völkerbund um finanzielle Hilfe in Form einer Anleihe wenden. Als Vorleistung für die Gewährung einer solchen, wurde am 3. Oktober 1931 das Budgetsanierungsgesetz verabschiedet,³⁴⁹ welches neue Steuern, Abbaumaßnahmen und Gehaltskürzungen bei den Bundesangestellten beinhaltete. Die Regierung war einer Wirtschaftspolitik verhaftet, die ausgerichtet war auf die Sanierung des Staatshaushaltes, orientiert am Ideal des ausgeglichenen Budgets.³⁵⁰

Es kam zu schweren Produktionseinbrüchen mit katastrophalen Folgen für die Arbeitsmarktentwicklung. Die Arbeitslosenquote³⁵¹ stieg von 15,4 % im Jahr 1930 auf bis zu 27,2 % am Höhepunkt der Krise im Jahr 1933.³⁵² Der wirtschaftspolitische Fokus wurde auf die Erfüllung der Ansprüche der ausländischen Gläubiger gelegt, beschäftigungspolitische Maßnahmen rückten dafür in den Hintergrund.³⁵³ Die Angst vor inflationistischen Experimenten war sowohl auf Regierungsebene, als auch in den Reihen der Sozialdemokratie vorherrschend.³⁵⁴

Vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Wirtschaftskrise ist die sozioökonomische Politik der KPÖ ab Beginn der 30er Jahre zu sehen. Der Kampf richtete sich gegen die

³⁴⁷ Fritz Weber: Staatliche Wirtschaftspolitik in der Zwischenkriegszeit. Zum Investitionsverhalten der öffentlichen Hand 1918-1938, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 531-551, hier: 545.

³⁴⁸ Kernbauer, Budgetpolitik, 563.

³⁴⁹ Bundesgesetz vom 3. Oktober 1931, betreffend Maßnahmen zur Sicherung des Gleichgewichtes in den öffentlichen Haushalten (Budgetsanierungsgesetz), BGBl. 294/1931.

³⁵⁰ Weber, Wirtschaftspolitik, 547f.

³⁵¹ Anm.: Arbeitslose in % des Angebots an Unselbstständigen.

³⁵² Butschek, Wirtschaftsgeschichte, 225.

³⁵³ Weber, Wirtschaftspolitik, 549.

³⁵⁴ Ebd., 549f; Kernbauer, Budgetpolitik, 565.

„Lohnabbau-Offensive der Unternehmer, gegen ihre Angriffe auf die Kollektivverträge und gewerkschaftlichen Rechte, gegen Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen, gegen Aussteuerung und Arbeitsdienstpflicht, Kürzungen der Notstandsunterstützung und Verschlechterung in der Sozialversicherung“³⁵⁵. Die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit rückte ins Zentrum der kommunistischen Politik, als organisatorische Plattform diente die 1930 ins Leben gerufene *Rote Gewerkschaftsopposition*.³⁵⁶ Zweiter Schwerpunkt wurde, vor allem in Verbindung mit den Folgen der Wirtschaftskrise, die Arbeitslosenpolitik. Aktionskomitees wurden gegründet, Protestversammlungen und Hungermärsche organisiert.³⁵⁷ Der Einfluss auf die Arbeitslosen blieb allerdings zunächst beschränkt, erste Erfolge im Tageskampf stellten sich ab dem Winter 1931/32 ein. In einigen Orten wurde erfolgreich für die Ausgabe von Geldhilfen, Nahrungsmittelpaketen, Kleidung und Mietzuschüssen gekämpft sowie Delogierungen von ausgesteuerten Arbeitslosen verhindert.³⁵⁸

Fritz Lauscher hat, nach eigenen Angaben, „die Wirtschaftskämpfe im 32er Jahr geführt, in Leoben, in Kärnten und in Salzburg“³⁵⁹. In seiner Funktion als Instrukteur des ZK der KPÖ³⁶⁰ organisierte er in Leoben Ausspeisungen und in Salzburg einen Hungermarsch.³⁶¹ Über eine Rede im Rahmen einer Arbeitslosenversammlung am 18. Juli in Saalfelden berichtet die Rote Fahne:

„Genosse Lauscher sprang auf das Podium. Seine Rede wurde immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen. Genosse Lauscher erklärte, daß man zu den Provokationen der Hitler-Leute nicht Ruhe bewahren kann, sondern daß man ihnen sofort, wie heute, aufs Maul schlagen muß. [...] Nun

³⁵⁵ Mugrauer, Rothschild, 46.

³⁵⁶ Ebd., 47.

³⁵⁷ Vgl. ebd. 55f; Garscha, Organisation, 169f.

³⁵⁸ Mugrauer, Rothschild, 59f.

³⁵⁹ DÖW, Interview Nr. 47 mit Fritz Lauscher, Teil I, 39.

³⁶⁰ DB-KI (Fritz Lauscher).

³⁶¹ DÖW, Interview Nr. 47 mit Fritz Lauscher, Teil I, 39.

*beantragte Genosse Lauscher, daß sich die gesamten sozialdemokratischen Arbeiter an dem Hungermarsch nach Salzburg beteiligen.*³⁶²

Die Tätigkeit Fritz Lauschers zu dieser Zeit ist im Zusammenhang mit der Ausdehnung bzw. Fokussierung der kommunistischen Agitation auf die Bundesländer und die Provinz zu sehen. Wesentliches Ziel war es „die Dorfbevölkerung in den Kampf gegen den Faschismus – das hieß auch: gegen die zunehmende Faschisierung des Staatsapparats – einzureihen“³⁶³.

Im Gegensatz zu seinem Bruder war Josef Lauscher nicht als Instrukteur der Partei in den Bundesländern tätig. Es findet sich dennoch eine Erwähnung im Salzburger Volksblatt vom 22. Oktober 1930 von einem Auftritt außerhalb der Bundeshauptstadt. Im Rahmen einer Wählerversammlung in einem Salzburger Gasthof sprach er vor rund 300 Teilnehmern, größtenteils Arbeitslose:

*„Referent war ein gewisser Josef Lauscher aus Wien. Das Referat bewegte sich im Rahmen der von der Zentralleitung in Wien ausgegeben Weisungen, forderte statt ruhiger Entwicklung Kampf und Diktatur statt der Demokratie, richtete sich hauptsächlich gegen die Sozialdemokraten und rief auch parteilose Bauern zum Anschlusse an die kommunistische Partei auf.“*³⁶⁴

3.3. Kontakt zur Sozialistischen Arbeiterjugend

Josef Lauscher war von 1933 bis 1934 im Rat der Roten Gewerkschaftsopposition und leitete dort die Jugendabteilung.³⁶⁵ Er selbst gibt an, bereits ein Jahr zuvor in der RGO tätig gewesen zu sein und berichtet über einen Aufenthalt in Moskau: „1932 wurde mir die Leitung der Gewerkschaft und der RGO Jugend übertragen. In dieser Funktion

³⁶² Mächtige antifaschistische Kundgebung in Saalfelden, in: Die Rote Fahne Nr. 172 (21.07.1932) 4.

³⁶³ Garscha, Organisation, 173.

³⁶⁴ Aus Salzburg, Oberösterreich und Tirol, in: Salzburger Volksblatt Nr. 243 (22.10.1930) 7.

³⁶⁵ DB-KI (Josef Lauscher).

nahm ich im Sommer 1933 an einer Tagung der Gewerkschaftsjugend der RGJ in Moskau teil.“³⁶⁶

Das Verhältnis der kommunistischen Jugendbewegung zur *Sozialistischen Arbeiterjugend* war von Beginn an vor allem durch ihre Konkurrenzsituation bestimmt, die sich dadurch ergab, dass beide Gruppierungen um den Einfluss unter den ArbeiterInnen kämpften. So berichtet Max Stern, dass von der ersten Stunde an der Kampf um die Gewinnung der sozialistischen Jugendlichen im Vordergrund stand:³⁶⁷

*„Die Bemühungen gingen in zwei Hauptrichtungen: Einheitliche Aktionen mit der ganzen Organisation oder mit Teilen von ihr durchzusetzen und sozialistische Jugendliche von der Richtigkeit unserer Politik zu überzeugen, sie für den KJV zu werben. Beides ist wiederholt gelungen.“*³⁶⁸

Die Unterwanderung der SAJ, die Bildung von Keimzellen, um einzelne Mitglieder oder ganze Gruppen aus der sozialistischen Jugendbewegung abzuspalten, konnte zunächst trotz gewisser Erfolge nichts an dem Kräfteverhältnis ändern. In den 20er Jahren wurde der KJV aufgrund seiner geringen Größe und des schwachen Einflusses auf die Arbeiterjugend von Seiten der SAJ nicht als Hauptgegner gesehen, diesen Platz nahmen das katholisch-konservative Lager und die faschistische Bewegung ein.³⁶⁹

Mit Beginn der 30er Jahre und vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen wie politischen Krisen war das Verhältnis zwischen dem KJV und den sozialistischen Jugendorganisationen, zumindest in Wien, durch einen verstärkten direkten Kontakt geprägt.³⁷⁰ Ein Wandel der mit einer Veränderung in der Führungsschicht der Organisationen einherging. In der SAJ traten anstelle der älteren Kader jüngere und politisch aktivere Charaktere, darunter etwa Ernst Papanek, Roman Felleis und Bruno Kreisky.³⁷¹ Im KJV gehörten Josef und Fritz Lauscher, dessen Wahl zum Obmann im Jahr

³⁶⁶ ZPA KPÖ, Lebenslauf Josef Lauscher, 22.8.1945, 1.

³⁶⁷ Stern, Jugendverband, 457.

³⁶⁸ Ebd., 457.

³⁶⁹ Neugebauer, Bauvolk, 193-195.

³⁷⁰ Türk, Jugendverband, 33.

³⁷¹ Neugebauer, Bauvolk, 133.

1930³⁷² Walter Göhring mit der Einleitung dieser neuen Periode des KJV verknüpft,³⁷³ zu den jungen Funktionären, welche die Politik des Jugendverbandes im Laufe der 30er Jahre bestimmten.

Der Kontakt zur SAJ sowie zu *Wehrsportlern* und Funktionären der *Roten Falken* bildete vor allem nach dem Verbot des *Verbands der Proletarierjugend Österreichs* und dem Agieren in der Halblegalität einen Hauptbestandteil der Organisationsarbeit des KJV und stellte ein zentrales und für die folgende Zeit prägendes Element in der politischen Tätigkeit Josef Lauschers dar.³⁷⁴

*„Wir hatten uns damals völlig darauf eingestellt, den persönlichen Kontakt zu der SAJ, den Wehrsportlern und den Roten Falken-Führern herzustellen. Wir gingen immer wieder zu ihren Gruppenabenden und verwickelten sie vorher und nachher in Diskussionen, wir gingen auch zu den großen Versammlungen der SDAP [...]“*³⁷⁵

Diese Versammlungen der SDAP boten Josef Lauscher die Gelegenheit das Wort zu ergreifen und es, wie er berichtet, gegen anwesende sozialdemokratische Größen wie Otto Bauer oder Julius Deutsch zu richten. Die Konsequenz war, dass die jungen Kommunisten von Schutzbündlern und Wehrsportlern an die Luft gesetzt wurden. Allerdings führten solche Aktionen zu einem gewissen Bekanntheitsgrad unter den sozialdemokratischen Jugendlichen. Es entstanden dadurch in weiterer Folge persönliche Kontakte zwischen den Funktionären des KJV und denen der SAJ, Wehrsportler und *Roten Falken*, Kontakte, die in der sich zuspitzenden politischen Lage von zunehmender Bedeutung wurden und auch zu gemeinsamen Aktionen führten.³⁷⁶ Ein Feld zur Zusammenarbeit bildete der Kampf für die Arbeitslosen. Auf

³⁷² Anm.: Laut Vereinsakt des Verbandes der Proletarierjugend Österreichs wurde Fritz Lauscher bereits im März 1929 zum Obmann gewählt und dann noch einmal im Jänner 1930, siehe AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-2730.

³⁷³ Göhring, Jugendverband, 95.

³⁷⁴ DÖW 10834, Gedächtnisprotokoll der Befragung von Herrn Gemeinderat Josef Lauscher durch Wolfgang Neugebauer, 30.10.1967, 1.

³⁷⁵ ZPA KPÖ, Niederschrift eines Gesprächs mit Josef Lauscher, 19.12.1974, 1.

³⁷⁶ Ebd., 1; DÖW 10834, Gedächtnisprotokoll der Befragung von Herrn Gemeinderat Josef Lauscher durch Wolfgang Neugebauer, 30.10.1967, 1.

Versammlungen, wie etwa dem im Dezember 1931 von kommunistischer Seite organisierten Arbeitslosenkongress in Wien, der auch unter dem Motto der Einheitsfront geführt wurde,³⁷⁷ waren „sehr viele junge Arbeitslose aus der sozialistischen Bewegung, die dann später sehr engen Kontakt mit den Kommunisten hatten“³⁷⁸.

Unter dem zunehmenden Druck der Kommunisten und um der Oppositionsbildung entgegenzuwirken ging die Führung der sozialistischen Jugend in die Offensive und forderte Funktionäre des KJV, darunter auch Josef Lauscher, zu öffentlichen Diskussionen auf. Wie Lauscher berichtet fanden zwischen 1930 und 1933 einige solcher Diskussionsversammlungen statt, darunter eine große im Prater, einem Zentrum der oppositionellen Strömung innerhalb der SAJ.³⁷⁹ Die stärker werdende oppositionelle, linksradikale Bewegung in den Reihen der sozialistischen Jugend fiel zusammen mit einer Tendenz der Radikalisierung innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung, geschürt durch den Unmut über die Untätigkeit der Partei gegenüber der zunehmenden Faschisierung.³⁸⁰ Zu den Personen, welche die Opposition innerhalb der sozialdemokratischen Jugend bildeten, zählten u.a. Ernst Burger, Bezirksleiter der *Roten Falken* und Bruno Czermark, Obmann der SAJ-Leopoldstadt, der im September 1931 mit 32 Anhängern sowie dem gesamten Vereinsvermögen zum KJV übertrat.³⁸¹

3.3.1. Das Verhältnis im Jahr 1933

Die Ereignisse des Jahres 1933 blieben nicht ohne Folgen für das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Der Ausschaltung des Parlaments im März 1933³⁸² folgte knapp zwei Monate später das Verbot der KPÖ. Im Zuge verbotener

³⁷⁷ Siehe u.a. Kampfkongreß der Arbeitslosen, in: Die Rote Fahne Nr. 294 (15.12.1931) 1.

³⁷⁸ ZPA KPÖ, Niederschrift eines Gesprächs mit Josef Lauscher, 19.12.1974, 2.

³⁷⁹ Ebd., 2; DÖW 10834, Gedächtnisprotokoll der Befragung von Herrn Gemeinderat Josef Lauscher durch Wolfgang Neugebauer, 30.10.1967, 1.

³⁸⁰ Vgl. Neugebauer, Bauvolk, 194f; Manfred Mugrauer: Ernst Burger (1915–1944). Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes und führendes Mitglied der "Kampfgruppe Auschwitz". In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Feindbilder. Jahrbuch 2015 (Wien 2015) 191–228, hier 194.

³⁸¹ ZPA KPÖ, Niederschrift eines Gesprächs mit Josef Lauscher, 19.12.1974, 2; Neugebauer, Bauvolk, 195.

³⁸² Siehe Kapitel 3.4.1.

Demonstrationen am 1. Mai war es zu zahlreichen Verhaftungen kommunistischer Funktionäre gekommen und „wegen vielfach festgestellter staatsgefährlicher und illegaler Tätigkeit“ wurde bald danach, am 26. Mai 1933, das Verbot der KPÖ und deren Betätigung beschlossen.³⁸³ Nur wenige Tage darauf wurde auch der Republikanische Schutzbund für illegal erklärt. Das Verbot der KPÖ „erhöhte zwar die behördliche Repression, schwächte aber die auf die Illegalität vorbereitete Organisation relativ wenig [...]“³⁸⁴, während die SDAP mit einem rasanten Mitgliederschwund konfrontiert war.³⁸⁵ Die sozialdemokratische Parteiführung stand dem Notverordnungskurs, den die Regierung infolge der Parlamentsausschaltung führte, „macht- und konzeptlos gegenüber“³⁸⁶. Dieser Kapitulationskurs führte zur Bildung linksoppositioneller Gruppen innerhalb der Partei und zu ersten Kontakten zwischen diesen Gruppen und der KPÖ. Enge Verbindungen entstanden allerdings nur vereinzelt, „vor allem dort, wo sich sozialdemokratische Partei- und Jugendfunktionäre der Kommunistischen Partei angeschlossen hatten, ohne ihre SDAP-Mitgliedschaft aufzugeben“³⁸⁷.

Intensiver wurden im Laufe des Jahres 1933 die Verbindung zwischen dem kommunistischen Jugendverband und den sozialistischen Jugendlichen³⁸⁸. Immer wieder gelang es, vor allem in Wien-Favoriten und Graz, einzelne Mitglieder oder ganze Gruppen zu einem Übertritt in den inzwischen behördlich verbotenen KJV zu bewegen.³⁸⁹ In Wien standen Jugendliche aus der SAJ, dem Wehrsport und den *Roten Falken* auf Grund ihrer, wie Josef Lauscher berichtet, Sympathie und ihres großen Interesses an der Sowjetunion in Kontakt zu der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft. Über kommunistische Genossen, die in dieser Gesellschaft tätig waren,

³⁸³ Ministerratsprotokoll Nr. 877 vom 26. Mai 1933, Punkt 13, in: Rudolf Neck, Adam Wandruszka (Hg.): Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abteilung VIII. 20. Mai 1932 bis 25. Juli 1934. Band 3 (Wien 1983) 378; Verordnung der Bundesregierung vom 26. Mai 1933, womit der kommunistischen Partei jede Betätigung in Österreich verboten wird, BGBl. 200/1933.

³⁸⁴ Ehmer, Kommunistische Partei, 223.

³⁸⁵ Garscha, Organisierung, 173.

³⁸⁶ Wolfgang Maderthaner: Die Sozialdemokratie, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 177-194, hier: 193.

³⁸⁷ Garscha, Organisierung, 200.

³⁸⁸ DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 3.

³⁸⁹ Neugebauer, Bauvolk, 195.

kam Lauscher mit den sozialistischen Jugendlichen in Kontakt. Es waren Zusammenkünfte und Debatten, vor allem mit Funktionären der *Roten Falken*, wie Otto Brichacek und Otto Probst, bei denen sich die Unzufriedenheit der sozialistischen Jugend zeigte und die Basis für einen Anschluss an die kommunistische Bewegung gelegt wurde. „Nach ausführlichen Diskussionen traten diese Jugendlichen in die KPÖ ein, es war die erste Gruppe der *Roten Falken*, die diesen Schritt unternahm, 1933.“³⁹⁰

Die Einschätzung des Staatssekretärs für öffentliche Sicherheit Emil Fey im Ministerrat zu Beginn des Jahres 1933, dass die „kommunistische Partei durch das Abschwenken eines Großteiles der organisatorischen Arbeiterschaft, darunter zahlreicher Angehöriger des Republikanischen Schutzbundes und fast die Gesamtheit der Jugendlichen aus dem sozialdemokratischen in das kommunistische Lager ständig an Boden gewinne [...]“³⁹¹, kann als stark übertrieben angesehen werden, „aus der Absicht Feys, die Regierung zum Losschlagen gegen die gemäßigte Arbeiterschaft zu veranlassen“³⁹². Dennoch lässt sich der Bericht als Indiz für das Erstarken der kommunistischen Bewegung inklusive deren Jugend werten.

Auch wenn die Verluste für die sozialistische Jugendbewegung rein quantitativ nicht ins Gewicht gefallen sind, wie Wolfgang Neugebauer feststellt,³⁹³ so bildeten die Kontakte, welche die Kommunisten mit den Jugendlichen aus der SAJ, den *Roten Falken* und dem Wehrsport, vor allem im Jahr 1933 knüpfen konnten, eine entscheidende Grundlage für die Verschiebung der Kräfteverhältnisse infolge des Februars 1934.

³⁹⁰ ZPA KPÖ, Niederschrift eines Gesprächs mit Josef Lauscher, 19.12.1974, 2.

³⁹¹ Ministerratsprotokoll Nr. 839 vom 4. Jänner 1933, Punkt 7, in: Rudolf Neck, Adam Wandruszka (Hg.): Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abteilung VIII. 20. Mai 1932 bis 25. Juli 1934. Band 2 (Wien 1982) 183.

³⁹² Botz, Gewalt, 213.

³⁹³ Neugebauer, Bauvolk, 195.

3.4. Der Weg zum Februar 1934

3.4.1. Die Konstituierung des austrofaschistischen Systems

Die ökonomische Krise in Österreich, entscheidend verschärft durch den Zusammenbruch der Credit-Anstalt, wurde zum Ausgangspunkt eines politischen Veränderungsprozesses, der mit der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 in Gang gesetzt wurde, und mit den bürgerkriegsähnlichen Kämpfen im Februar 1934 und der Verkündung einer neuen Verfassung am 1. Mai desselben Jahres seinen Höhepunkt fand.

Die tiefgreifenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen, wie sie das Budgetsanierungsgesetz vom 1. Oktober 1931 vorsah, allen voran die Abbaumaßnahmen und Gehaltskürzungen bei den Bundesangestellten sowie die Krisensteuer auf Einkommen und Vermögen, kosteten den Regierungsparteien viel von ihrer politischen Basis.³⁹⁴ Die Landtagswahlen von 1932 in Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg sowie die Gemeinderatswahlen in Kärnten und der Steiermark brachten den Nationalsozialisten³⁹⁵, die bisher nur ein Nischendasein in der politischen Landschaft Österreichs geführt hatten, beträchtliche Stimmengewinne.³⁹⁶ Der Aufschwung der Nationalsozialisten geschah zu einem Großteil auf Kosten der Großdeutschen (GDVP), die aufgrund der Maßnahmen zur Budgetsanierung und den damit verbundenen Entlassungen und Kürzungen im Beamtensektor sowie des, zur Erlangung einer internationalen Anleihe, von der Regierung eingeschlagenen profranzösischen Kurses in der Außenpolitik, aus der Regierungsbeteiligung ausgestiegen waren und deren Basis von der NSDAP aufgesogen wurde. „Die

³⁹⁴ Emmerich Tálos, Walter Manoschek: Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus, in: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938 (Politik und Zeitgeschichte Bd. 1, Wien/Berlin 2014) 6-25, hier: 11f.

³⁹⁵ Anm.: Die „NSDAP-Hitlerbewegung“ entstand 1926 und unterstellte sich direkt Hitler, sie bildete somit den österreichischen Zweig der NSDAP in Deutschland, siehe Gerhard Jagschitz: Die Nationalsozialistische Partei, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 231-244, hier: 235.

³⁹⁶ Vgl. Dirk Hänisch: Wahlentwicklung und Wahlverhalten in der Ersten Republik, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 488-503, hier: 490f.

Großdeutschen hatten sich bedingungslos den Nationalsozialisten untergeordnet und machten damit – als Erben Schönerers – den Nationalsozialismus in bürgerlichen Kreisen auch noch ‚salonfähig‘.³⁹⁷

Vor dem Hintergrund des Aufstiegs der NSDAP und der drohenden Erosion des bürgerlichen Lagers versuchte die CSP erfolgreich Neuwahlen, die von den Sozialdemokraten mit Unterstützung der Großdeutschen gefordert wurden, zu verhindern. Die Nationalratswahl von 1930 blieb die letzte bundesweite Wahl bis zum Jahr 1945. Im Parlament verfügte die Regierung Dollfuß nur über eine Majorität von einer Stimme, Abstimmungen über wichtige Beschlüsse drohten somit zu kippen. Auf Regierungsebene reifte nicht zuletzt deshalb die Skepsis gegenüber Parteien und Parlament als geeignete Institutionen zur Krisenbekämpfung und gleichzeitig die Überzeugung, dass nur eine Stärkung der Regierung die Umsetzung der intendierten Maßnahmen und Reformen garantieren kann. Das passende Instrument um an dem, aus Sicht der Christlichsozialen, unberechenbaren Parlament vorbeizuregieren sah man im Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz von 1917³⁹⁸, welches im Jahr 1920 in die Bundesverfassung übernommen worden war.³⁹⁹ Allerdings wurde bis zum März 1934, mit Ausnahme der Verabschiedung einer politisch eher unbedeutenden Verordnung im Jahr 1931, betreffend die Haftung, der für den Zusammenbruch der Credit-Anstalt verantwortlichen Funktionäre, die als, wie es Gerhard Botz nennt, „Versuchsballon“ zur Austestung der sozialdemokratischen Reaktion im Parlament diente,⁴⁰⁰ von der Verwendung dieser Möglichkeit Abstand genommen.⁴⁰¹

³⁹⁷ Thomas Dostal: Die Großdeutsche Volkspartei, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 195-206, hier: 206.

³⁹⁸ Gesetz vom 24. Juli 1917, mit dem die Regierung ermächtigt wird, aus Anlass der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen, RGBl. 307/1917.

³⁹⁹ Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920, betreffend den Übergang zur bundesstaatlichen Verfassung, BGBl. 2/1920, § 7 Abs. 2.

⁴⁰⁰ Gerhard Botz: Der „4. März 1933“ als Konsequenz ständischer Strukturen, ökonomischer Krisen und autoritärer Tendenzen, in: Erich Fröschl, Helge Zoitl (Hg.): Der 4. März 1933. Vom Verfassungsbruch zur Diktatur. Beiträge zum wissenschaftlichen Symposium des Dr.-Karl-Renner-Instituts abgehalten am 28. Februar und 1. März 1983 in Wien (Wien 1984) 13-35, hier: 14.

⁴⁰¹ Vgl. Tálos, Manoschek, Konstituierungsprozeß, 11-14.

Eine entscheidende Rolle bei der Konstituierung des austrofaschistischen Systems spielte das außenpolitische Verhältnis Österreichs zu Italien und Ungarn. Die beiden Regierungen hatten bereits seit Ende der 1920er Jahre ein deklariertes Interesse an der Etablierung einer Rechtsregierung in Österreich. „Mussolinis Ziel war es, einen faschistischen Staatenbund Italien – Ungarn – Österreich gegen den immer stärker zur Macht drängenden expansiven Nationalsozialismus zu schaffen.“⁴⁰² Zu den Grundlinien Mussolinis Österreichpolitik zählte neben der Erhaltung der Selbstständigkeit Österreichs im Sinne der Wahrung der nationalen italienischen Interessen, die Durchsetzung eines absoluten Antimarxismus.⁴⁰³ Als wichtigster außenpolitischer Partner trieb Mussolini den Faschisierungsprozess durch die Unterstützung der Heimwehren mit Geld und Waffen sowie die direkte Beeinflussung Dollfuß', in Hinblick auf die Beseitigung der Sozialdemokratie und die Durchführung einer Verfassungsreform, voran.⁴⁰⁴

Hauptgegner der Christlichsozialen blieben, trotz der sukzessiv stärker werdenden Nationalsozialisten, die Sozialdemokraten, die aufgrund ihrer Machtposition im Parlament „den Hauptangriffspunkt im Kampf um die Ausschaltung der parteienstaatlichen Demokratie“⁴⁰⁵ darstellten. Am 4. März 1933 ergab sich für die Regierung schließlich die Möglichkeit den politischen Veränderungsprozess zu beschleunigen. Im Zuge einer Abstimmung im Nationalrat legten nacheinander alle drei Nationalratspräsidenten aus abstimmungsstrategischen Gründen ihre Funktionen zurück. Es war nun kein Vorsitzender mehr anwesend, der die Sitzung schließen oder fortsetzen konnte. Der Versuch des dritten Nationalratspräsidenten Straffner den Nationalrat am 15. März wieder einzuberufen scheiterte, da die Kriminalpolizei im Auftrag der Regierung ein Zustandekommen der Sitzung verhinderte. Das Parlament

⁴⁰² Tálos, Manoschek, Konstituierungsprozeß, 15.

⁴⁰³ Helmut Wohnout: Bundeskanzler Dollfuß und die österreichisch-italienischen Beziehungen 1932-1934, in: Florian Wenninger, Lucile Dreidemy (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien/Köln/Weimar 2013) 601-631, hier: 606.

⁴⁰⁴ Tálos, Manoschek, Konstituierungsprozeß, 21f.

⁴⁰⁵ Ebd., 16.

war damit ausgeschaltet und die Basis des Regierungshandelns bildete fortan das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz (KWEG).⁴⁰⁶

Zu den unmittelbaren Folgen des 4. März zählten die Einschränkung der Pressefreiheit und der Geschworenengerichte, ebenso wie das Verbot politischer Demonstrationen. Mit der Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofs wurde zudem ein wesentliches Blockadeinstrument beseitigt.⁴⁰⁷ Von entscheidender Bedeutung in Hinblick auf die kommenden Ereignisse erwies sich die Instrumentalisierung von Heer, Polizei und Gerichten. Unter dem Christlichsozialen Heeresminister Carl Vaugoin hatte bereits ab dem Jahr 1922 erfolgreich die Umpolitisierung des, in seinen Ursprüngen als Volkswehr überwiegend sozialdemokratisch verhafteten, Bundesheers begonnen.⁴⁰⁸ Der Einfluss der Sozialdemokratie auf die Polizei war von Beginn an geringer, dementsprechend schneller verlief hier die Instrumentalisierung.⁴⁰⁹ Die Gerichtsbarkeit stellte, bedingt durch die Tatsache, dass über zehn Jahr lang der Justizminister von Seiten der Großdeutschen bestellt worden war, keineswegs eine regierungsfreundliche Gewalt dar. Die Aufhebung der Unabhängigkeit der Justiz, wurde bereits 1933 ins Auge gefasst, allerdings erst am 9. Februar 1934 per Verordnung⁴¹⁰ auf Basis des KWEG beschlossen. Demnach konnten Richter gegen ihren Willen für die Dauer von einem Jahr von ihrem Amtssitz entfernt werden.⁴¹¹ Um die Laiengerichtsbarkeit, die durch zahlreiche Freisprüche in politischen Verfahren der Regierung ein Dorn im Auge war, zu umgehen und um die 1920 abgeschaffte Todesstrafe wieder einzuführen, wurde mit Regierungsverordnung vom 11. November 1933 das Standrecht verkündet, zunächst

⁴⁰⁶ Vgl. Tálos, Herrschaftssystem, 29-37.

⁴⁰⁷ Ebd., 44f.

⁴⁰⁸ Vgl. Florian Wenninger: Dimensionen organisierter Gewalt. Zum militärhistorischen Forschungsstand über die österreichische Zwischenkriegszeit, in: Florian Wenninger, Lucile Dreidemy (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien/Köln/Weimar 2013) 493-576, hier: 533f.

⁴⁰⁹ Tálos, Herrschaftssystem, 46.

⁴¹⁰ Verordnung der Bundesregierung vom 9. Februar 1934, betreffend Änderung der Gerichtsverfassung, BGBl. 83/1934.

⁴¹¹ BGBl. 83/1934, §49.

für Mord, Brandstiftung und boshafte Sachbeschädigung, am 12. Februar 1934 auch für Aufruhr und später ebenso für Sprengstoffdelikte.⁴¹²

3.4.2. Die Ausschaltung der politischen Gegner

In Bezug auf die Beseitigung der jeweiligen politischen Gegner bzw. deren Parteien ergibt sich ein differenziertes Bild. Relativ rasch nach der Ausschaltung des Parlaments wurde auf Basis des KWEG die KPÖ per Notverordnung am 26. Mai 1933 verboten. Die Partei war bereits seit Ende der 20er Jahre auf die Arbeit in der Illegalität vorbereitet, weshalb dieser Übergang unter relativ geringen Opfern vollzogen werden konnte.⁴¹³ Auch aufgrund der geringen Größe der Organisation war es möglich einen Großteil der Mitglieder für die Tätigkeit im Untergrund zu mobilisieren.⁴¹⁴ Dennoch stellte der Wiederaufbau der Partei einen langwierigen, schlussendlich jedoch erfolgreichen, Prozess dar, der zum Aufbau eines ganzen Netzes von Organisationen und Leitungen führte.⁴¹⁵

Als unmittelbare Reaktion auf einen Anschlag zweier arbeitsloser Nationalsozialisten auf eine Abteilung Christlichdeutscher Turner bei Krems am 19. Juni 1933 erfolgte noch am selben Tag das Verbot der NSDAP. Obwohl nicht gänzlich unerwartet, traf das Verbot die Partei im Gegensatz zur KPÖ weit unvorbereiteter. Die erste Phase der Illegalität war in weiterer Folge vor allem durch Terror gekennzeichnet.⁴¹⁶

Die Zerschlagung der Sozialdemokratie erfolgte hingegen „sorgfältig dosiert“⁴¹⁷, auf einem langsamen, sukzessiven Weg. Mit der Ausschaltung des Nationalrats hatte man dem Gegner den Kampfboden entzogen. Es folgten die Untersagung der traditionellen

⁴¹² Wolfgang Neugebauer: Repressionsapparat und –maßnahmen 1933-1938, in: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938 (Politik und Zeitgeschichte Bd. 1, Wien/Berlin 2014) 298-319, hier: 300f.

⁴¹³ Garscha, Organisation, 195f.

⁴¹⁴ Steiner, nationale Frage, 79.

⁴¹⁵ Manfred Mugrauer: Die KPÖ im Kampf gegen die austrofaschistische Diktatur, in: Florian Wenninger, Lucile Dreidemy (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien/Köln/Weimar 2013) 41-68, hier: 45.

⁴¹⁶ Jagschitz, Nationalsozialistische Partei, 243f.

⁴¹⁷ Botz, Gewalt, 211.

Maiaufmärsche und schließlich am 31. Mai 1933 das Verbot des Republikanischen Schutzbundes. Angebote der Sozialdemokratie zum gemeinsamen Kampf gegen den Nationalsozialismus lehnte Dollfuß ab, stattdessen wurde die Beseitigung der Sozialisten angestrebt um „die Nationalsozialisten im Zaum zu halten und den Zulauf zu diesen zu unterbinden“⁴¹⁸. Die Chancen auf einen erfolgreichen Widerstand, den Aufruf zum Kampf, ließen die Sozialdemokratie und Otto Bauer verstreichen.⁴¹⁹

Die Verschärfung der politischen Gegensätze ging Hand in Hand mit der Verschärfung des Kurses den die Regierung Dollfuß gegen die politische Opposition führte. Im Sommer 1933 entstand eine Debatte innerhalb der Regierung über die Frage der Einführung von Präventivhaft. Trotz der Beteuerungen, etwa von Seiten des Justizministers Schuschnigg oder Heeresministers Vaugoin, die in Deutschland angewandten Methoden, beziehend auf die Errichtung von Konzentrationslagern⁴²⁰, nicht nachahmen zu wollen,⁴²¹ wurde mit der am 23. September 1933 ergangenen Anhalteverordnung die Grundlage geschaffen für die Errichtung von Lagern für „Personen, die im begründeten Verdacht stehen, staatsfeindliche oder sonstige die öffentliche Sicherheit gefährdende Handlungen vorzubereiten oder die Vorbereitung solcher Handlungen zu begünstigen, zu fördern oder dazu zu ermutigen, [...]“⁴²². Die Begründung zur Einführung der Anhaltehaft lag in der Bekämpfung der nationalsozialistischen Bedrohung, dennoch erwies sich das Gesetz ebenso als Instrument zur Internierung sozialdemokratischer und kommunistischer Oppositioneller. Die vorbeugende Anhaltung „stellte mehrheitlich die

⁴¹⁸ Tálos, Herrschaftssysteme, 50f.

⁴¹⁹ Vgl. Botz, Gewalt, 212f.

⁴²⁰ Anm.: Die ersten sogenannten „wilden“ Konzentrationslager entstanden im März 1933, Folterorte vorwiegend für die SA, errichtet im Terror der dem Reichstagsbrand folgte und existierten meist nicht lange. Das am 22. März „eröffnete“ KZ Dachau bildete das erste von Beginn an als Dauereinrichtung konzipierte Lager, siehe Stanislav Zámečník: Dachau-Stammlager, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hg.): Der Ort des Terrors Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 2. Frühe Lager, Dachau, Emslandlager (München 2005) 233-274, hier: 233-234; Eugen Kogon: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager (Hamburg 2014) 59f.

⁴²¹ Pia Schölnberger: Das Anhaltelager Wöllersdorf 1933-1938 (Politik und Zeitgeschichte Bd. 9, Wien 2015) 73.

⁴²² Verordnung des Bundeskanzlers vom 23. September 1933, betreffend die Verhaltung sicherheitsgefährlicher Personen zum Aufenthalte in einem bestimmten Ort oder Gebiete, BGBl. 431/1933, § 1.

De-Facto-Verlängerung eines – gerichtlich oder polizeilich – verhängten und auch verbüßten Freiheitsentzuges durch anschließende Internierung in einem Anhaltelager dar“⁴²³. Die überwiegende Zahl von Häftlingen wurde im Lager Wöllersdorf angehalten, einem Ort der synonym für den Repressionsapparat des Austrofaschismus steht. Der erste Häftlingstransport traf am 17. Oktober in Wöllersdorf ein, es handelte sich um elf Personen, die aufgrund von nationalsozialistischer Betätigung verhaftet wurden.⁴²⁴

3.4.3. Der 12. Februar 1934 und die kommunistische Beteiligung

Die Taktik der schrittweisen Zermürbung der Sozialdemokratie hatte bis zum Beginn des Jahres 1934 gefruchtet. „Die Arbeiterschaft war im Jänner 1934 so weit eingeschüchtert und geschwächt, dass Dollfuß den Entscheidungskampf in nicht ferner Zukunft wagen konnte.“⁴²⁵ Die Eruption, der sich über Jahre und Monate zugespitzten Gegensätze und Auseinandersetzungen, geschah schließlich in Form des bewaffneten Aufstandes⁴²⁶ vom Februar 1934. Es handelte sich um das Ergebnis des, die Erste Republik begleitenden, Prozesses der Radikalisierung der politischen Lager, der sich mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu Beginn der 30er Jahre exponentiell beschleunigte, wobei es sich auf Seiten der Sozialdemokratie, wie Helmut Konrad anmerkt, vorwiegend um einen „Verbalradikalismus“ handelte, der vom Gegner als solcher durchschaut wurde.⁴²⁷

⁴²³ Schölnberger, Wöllersdorf, 82.

⁴²⁴ Ebd., 107; Zum Thema Anhaltelager und Wöllersdorf im Speziellen siehe neben der Monografie Schölnberger, Wöllersdorf auch die Überblicksdarstellung Pia Schölnberger: „Ein Leben ohne Freiheit ist kein Leben“. Das „Anhaltelager“ Wöllersdorf 1933-1938, in: Ilse Reiter-Zatloukal et al. (Hg.): Österreich 1933-1938. Interdisziplinäre Annäherung an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime (Wien/Köln/Weimar 2012) 94-107.

⁴²⁵ Botz, Gewalt, 226.

⁴²⁶ Anm.: Die Bezeichnung „Bürgerkrieg“ für die Ereignisse um den 12. Februar 1934 ist umstritten, Helmut Konrad lehnt diese Bezeichnung ab, es handelte sich aus seiner Sicht zu keinem Zeitpunkt um einen Bürgerkrieg um die Macht im Staat, siehe Konrad, 12. Februar, 95; Frank Höpfel lehnt ebenfalls den Terminus „Krieg“ ab, er plädiert vielmehr für den Begriff des „Aufstandes“, siehe Frank Höpfel: Gewaltexzesse im Bürgerkrieg: Zur juristischen Aufarbeitung von Verbrechen während eines nicht-internationalen bewaffneten Konflikts, in: Ilse Reiter-Zatloukal et al. (Hg.): Österreich 1933-1938. Interdisziplinäre Annäherung an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime (Wien/Köln/Weimar 2012) 129-139, hier: 129-131.

⁴²⁷ Konrad, 12. Februar, 93.

Im Vorfeld der Februarkämpfe hatte sich das Vorgehen gegen die letzten Rückzugsorte der Sozialdemokratie deutlich verschärft, die Aushebung von Waffenverstecken sowie die Verhaftung beinahe der gesamten Schutzbundführung stellten die Vorbereitungen für den, von Regierungsseite angestrebten, Entscheidungskampf dar.⁴²⁸ Eine geplante Waffensuche am Morgen des 12. Februar im Hotel Schiff, dem Sitz der Schutzbundleitung in Linz, löste diesen Kampf aus. Gegen den Willen der sozialdemokratischen Parteileitung, entschloss sich der oberösterreichische Schutzbundführer Richard Bernaschek zum gewaltsamen Widerstand, einem, wie es Konrad nennt, „Verzweiflungsakt der Linzer Sozialdemokratie“⁴²⁹. Vom Hotel Schiff breiteten sie die Kämpfe, als Akt der „Solidarität mit den Schutzbündler aus Linz“⁴³⁰, auf Wien und andere Städte sowie Industriegebiete aus.

Dem Aufruf zum Generalstreik folgte nur das Wiener Elektrizitätswerk, allerdings wurden mit der Stromabschaltung auch die Kommunikationswege der Arbeiterbewegung still gelegt. Die Kampforte blieben größtenteils voneinander abgeschottete Inseln und der Rundfunk in der Hand der Regierung. In Wien wurden die 22 Gemeindebezirke von Exekutive und Heimwehrverbänden ab 14 Uhr abgeriegelt.⁴³¹ Die Passivität der SDAP Führung in den letzten Monaten und Jahren gegenüber der aufkommenden Faschisierung, der nur radikale Phrasen gegenübergestellt wurden, hatte ihre Spuren bei der sozialdemokratischen Basis hinterlassen. „Ihre Anhänger hatten sich an diese Taktik gewöhnt, dass sich am Entscheidungskampf um die Existenz der Partei nur eine Minderheit beteiligte. Diese kämpfte allerdings tapfer und erbittert.“⁴³² Die Leitung des Aufstandes, die sich im Ahornhof, einem Teil des George-Washington-Hofs im 10. Bezirk, befand, regierte mit „Chaos und Dilettantismus“⁴³³.

⁴²⁸ Botz, Gewalt, 227.

⁴²⁹ Konrad, 12. Februar, 94.

⁴³⁰ Ebd., 95.

⁴³¹ Kurt Peball: Februar 1934: Kämpfe, in: Das Jahr 1934: 12. Februar. Protokoll des Symposiums in Wien am 5. Februar 1974 (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938 Veröffentlichungen Bd. 2, Wien 1974) 25-33, hier: 31.

⁴³² Erika Weinzierl: Der Februar 1934 und die Folgen für Österreich (Wiener Vorlesungen im Rathaus Bd. 32, Wien 1995) 37.

⁴³³ Ernst Hanisch: Der grosse Illusionist. Otto Bauer (1881-1938) (Wien/Köln/Weimar 2011) 299.

Deren Spitze, Otto Bauer und Schutzbundführer Julius Deutsch, setzten sich am Nachmittag des 13. Februar, einem Zeitpunkt zu dem die Kämpfe noch andauerten, in die Tschechoslowakei ab.⁴³⁴

Die Mehrzahl der aufständischen Kämpfer kam aus den Reihen des Schutzbundes. Der Anteil an Kommunisten war, allein schon bedingt durch die gering Größe der inzwischen verbotenen Partei, von peripherer Bedeutung. Dennoch steht, wie Manfred Mugrauer konstatiert, fest, „dass Kommunisten dort, wo sie in den Kampfverlauf eingreifen konnten, zur Offensive drängten und an einzelnen Kampfstellen führend beteiligt waren, etwa am Laaerberg und in der Ankerbrotfabrik in Wien-Favoriten [...]“⁴³⁵. Anhand der Opferzahlen der Februarkämpfe zeigt Garscha, dass die Summe an gefallenen und verwundeten Kommunisten im Vergleich zum Kräfteverhältnis zwischen Sozialdemokratie und KPÖ vor 1934 überproportional hoch war, womit auch die kommunistische Beteiligung an den Kämpfen als entsprechend anzunehmen ist.⁴³⁶ Allerdings erscheint diese Schlussfolgerung aufgrund der geringen Quantität⁴³⁷ an kommunistischen Opfern statistisch gesehen problematisch.

Noch schwieriger als die Rolle der KPÖ während der Februarkämpfe, ist jene des, ebenfalls verbotenen, KJV zu bewerten. Annemarie Türk gibt dazu an: „Während der Kampftage im Februar 1934 waren KJVler aktiv dabei, sie drängten auf Offensivoperationen, zum Beispiel in den westlichen Bezirken Wiens auf Unterbindung des Verkehrs der Westbahn [...]“⁴³⁸. Dagegen findet sich weder bei Walter Göhring noch in der Darstellung von Max Stern ein Hinweis über die Beteiligung kommunistischer Jugendlicher an den Kampfhandlungen. Ein strategisches Vorgehen des illegalen KJV bzw. eine organisierte Beteiligung an dem Aufstand ist demnach eher auszuschließen. Dass dennoch Mitglieder des Jugendverbandes an den Kämpfen

⁴³⁴ Hanisch, Illusionist, 303-306.

⁴³⁵ Mugrauer, Kampf, 42.

⁴³⁶ Winfried R. Garscha: Die KPÖ und der 12. Februar 1934, in: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 11, Nr. 1 (März 2004) 5-7, hier: 5.

⁴³⁷ Anm.: Garscha nennt für Wien 6 getötete Kommunisten gegenüber 16 Schutzbündlern und 36 sonstigen Sozialdemokraten sowie 4 verwundete Kommunisten gegenüber 19 Schutzbündlern und 122 sonstigen Sozialdemokraten, siehe Garscha, 12. Februar, 5.

⁴³⁸ Türk, Jugendverband, 34.

beteiligt waren, belegt das Beispiel Josef Lauscher. Lauscher, zu dieser Zeit Obmann des Wiener KJV, berichtet davon, wie er sich am Abend des 12. Februar mit Funktionären des Wehrsports und der *Roten Falken* im 10. Bezirk traf, mit dem Vorhaben sich „in die Kämpfe des Schutzbundes einzuschalten“⁴³⁹.

„Mit Fahrrad im Finstern schon bei Nacht zum Geiselberg gefahren, wo Barikkaden [sic!] errichtet waren und wo ich aufgehalten wurde von Genossen vom Schutzbund und Wehrsport bei der Schokoladenfabrik Viktor Schmidt⁴⁴⁰. Bin bei ihnen geblieben, aber noch vor Mitternacht kam die Weisung, den Kampf abzubrechen. Grosse Enttäuschung. Wir haben uns dann in die Krankenkasse-Häuser zurückgezogen, wurden dort beschossen und mussten nach 2 Tagen uns ergeben.“⁴⁴¹

Die Krankenkasse-Häuser, das waren die Wohnhäuser der Ortskrankenkasse in der Braunhubergasse in Simmering, deren Bau auf die Initiative des Politikers (SDAP) und Obmannes des Verbandes der Genossenschaftlichen Krankenkassen Niederösterreichs Laurenz Widholz zurückzuführen ist.⁴⁴² In Simmering war es am 12. Februar bereits um 11:15 Uhr, noch vor dem Zeichen zum Generalstreik, zu Kämpfen zwischen Schutzbündlern und der Polizei gekommen. Einzelne neuralgische Punkte, wie etwa die durch den Bezirk führende Trasse der Ostbahn, konnten von Seiten der Aufständischen besetzt werden.



Abb. 4: Artillerie-Einschläge in den Krankenkassenhäusern in der Braunhubergasse, Quelle: DÖW.

⁴³⁹ DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 3.

⁴⁴⁰ Anm.: Fabrik Viktor Schmidt & Söhne in der Geiselbergstraße 26-32.

⁴⁴¹ DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 3.

⁴⁴² Claus Michl-Atzmüller: Simmering in den Jahren 1892 – 1918, in: Kulturverein Simmering (Hg.): Festschrift 120 Jahre Simmering und Kaiserebersdorf bei Wien. Zur Erinnerung an die Eingemeindung der beiden ehemaligen NÖ-Gemeinden in die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien mit Wirkung vom 1. Jänner 1892 (Wien 2012) 20-24, hier: 23.

Grundsätzlich deckt sie die Schilderung von Josef Lauscher mit der Rekonstruktion Kurt Peballs. Leider geht aus dem Bericht Lauschers nicht hervor, wo er sich vor dem Rückzug in die Krankenkassenhäuser befand. Umkämpft war in diesem Bereich Simmerings das Gebiet nördlich und westlich der Ostbahntrasse. Das Zentrum der aufständischen Schutzbündler bildete hier der Höger-Hof, unweit der Krankenkassen-Häuser. Möglich, dass sich Lauscher in diesem oder angrenzenden Gemeindebauten den Schutzbündlern anschloss, wobei unklar bleibt um welche Art von Beteiligung es sich handelte und ob er auch selbst zur Waffe griff. Gegen 21:30 Uhr traf ein Feldjägerbataillon des Bundesheer mit einem Geschütz in diesem Gebiet ein, woraufhin sich die Schutzbündler zurückzogen. Es dürfte sich hierbei um den auch von Lauscher beschriebenen Rückzug handeln. Am Morgen des nächsten Tages flammten die Kämpfe erneut auf. Bei dem Versuch den Höger-Hof zu stürmen wurden Polizei- und Heimwehreinheiten aus den Krankenkassenhäusern beschossen und erlitten hohe Verluste. Mit Hilfe von Artillerieeinsatz wurden am Vormittag des 14. Februar nach kurzen Gefechten die letzten umkämpften Bauten, u.a. die Häuser der Ortskrankenkasse besetzt.⁴⁴³

Die Opferzahlen der Februarkämpfe wurden in Folge als Mittel zur Propaganda in Form heroischer Übertreibungen instrumentalisiert, sowohl von sozialdemokratischer als auch kommunistischer Seite.⁴⁴⁴ Kurt Bauer ermittelte in seinem Forschungsbericht zu den Februaropfern eine Gesamtzahl von 350 bis 360 und für Wien alleine eine Zahl von 200 bis 210 Todesopfern. Die Mehrzahl der Opfer, in Wien beinahe die Hälfte, waren Zivilisten. Bei Berücksichtigung unklarer Fälle⁴⁴⁵ ergibt sich für Wien eine Zahl von 46 Getöteter auf Seiten der Aufständischen, der 52 Gefallene auf Seiten der Exekutive gegenüberstehen. Im Kampfgebiet von Simmering kamen insgesamt 17 Personen ums

⁴⁴³ Vgl. Kurt Peball: Die Kämpfe in Wien im Februar 1934 (Militärhistorische Schriftenreihe 25, Wien 1983) 30f.

⁴⁴⁴ Vgl. Winfried R. Garscha: Opferzahlen als Tabu. Totengedenken und Propaganda nach Februaraufstand und Juliputsch 1934, in Ilse Reiter-Zatloukal et al. (Hg.): Österreich 1933-1938. Interdisziplinäre Annäherung an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime (Wien/Köln/Weimar 2012) 111-128, hier: 120-122.

⁴⁴⁵ Anm.: Kurt Bauer gewichtet diese im Verhältnis 50:50.

Leben.⁴⁴⁶ Die Gesamtzahl an Februaropfern in ganz Österreich, die Bauer zufolge zwischen 350 und 360 liegt, deckt sich mit jener von Garscha, der von 340 bis 380 Todesopfer ausgeht, darunter auch neun vollstreckte Todesurteile.⁴⁴⁷

Die unmittelbare Konsequenz auf den Aufstand bildete, noch bevor die Kämpfe in Wien begonnen hatten, die Ausweitung des Standrechts mittels Notverordnung auf den Tatbestand des „Aufruhrs“. Bis zur Aufhebung des Standrechts am 21. Februar für das Verbrechen des „Aufruhrs“ ergingen 20 Todesurteile. Bis zum 26. Februar wurden weitere vier Todesurteile verhängt, allerdings wegen Mordes, ermöglicht durch den Umstand, dass das am 10. November 1933 eingeführte Standrecht für diesen Tatbestand über den 26. Februar hinaus in Kraft geblieben war. Neun der insgesamt 24 Todesurteile wurden vollstreckt, hervorzuheben jenes an dem Hietzinger Schutzbündler Karl Münichreiter, der schwer verletzt auf einer Bahre zum Galgen gebracht wurde.⁴⁴⁸

⁴⁴⁶ Kurt Bauer: Die Opfer des Februar 1934. Auszug aus dem Projektbericht „Die Opfer des Februar 1934. Sozialstrukturelle und kollektivbiografische Untersuchungen“ (Stand: Februar 2015) 12-15, online unter <http://www.kurt-bauer-geschichte.at/PDF_Forschung_Unterseiten/Kurt-Bauer_Opfer-Februar-34.pdf> (10. September 2017).

⁴⁴⁷ Garscha, Opferzahlen, 124.

⁴⁴⁸ Ebd., 117f; Neugebauer, Repressionsapparat, 302f.

4. VOM FEBRUAR 1934 BIS ZUM „ANSCHLUSS“ 1938

4.1. Aufstieg zur (mit)bestimmenden illegalen Kraft

Mit dem 12. Februar 1934 war, wie es Gerhard Botz beschreibt, der Übergang von der Demokratie zur Diktatur vollendet,⁴⁴⁹ und es begann eine „Phase der halbfaschistisch-autoritären Diktatur“⁴⁵⁰, die bis etwa Oktober 1935 anhielt. Bereits am 12. Februar war das Verbot der Sozialdemokratischen Partei ergangen, einhergehend mit der Aberkennung aller Mandate.⁴⁵¹

Der Februaraufstand bedeutete eine grundlegende Zäsur für die Arbeiterbewegung in Österreich. Das Ende der Sozialdemokratie als Partei, zusammen mit dem Verbot sämtlicher Betätigungsfelder, führte zur „Sammlung der zum aktiven antifaschistischen Kampf bereiten Kräfte in illegalen Organisationen“⁴⁵². Tausende Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, größtenteils Angehörige des Republikanischen Schutzbundes, schlossen sich infolge „ihres Unmuts über die Rückzugs- und Kapitulationspolitik der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführung“⁴⁵³, der in der Illegalität operierenden Kommunistischen Partei an. Innerhalb kürzester Zeit wuchs die KPÖ von einer am Rande der politischen Bedeutungslosigkeit operierenden Kraft, zu einer Massenpartei an. „Massenpartei allerdings nicht im Sinne einer Organisation mit Hunderttausenden Mitgliedern, sondern als Bewegung, die in den Massen [...] Einfluß besaß.“⁴⁵⁴ Eine Voraussetzung für diesen Prozess der Umgruppierung war der strategische Wandel den die KPÖ auf ihrem 11. Parteitag im Juni 1931 eingeleitet hatte wodurch die Hinwendung zu den

⁴⁴⁹ Botz, Gewalt, 233.

⁴⁵⁰ Ebd., 235.

⁴⁵¹ Verordnung der Bundesregierung vom 12. Februar 1934, womit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs jede Betätigung in Österreich verboten wird, BGBl. 78/1934.

⁴⁵² Franz West: Die Linke im Ständestaat Österreich. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934-1938 (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung Bd. 8, Wien 1978) 63.

⁴⁵³ Mugrauer, Kampf, 43.

⁴⁵⁴ Hans Hautmann: Die Kommunisten, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation Bd. 1 (Wien 1984) 213-217, hier: 213.

Massen, die Konzentration auf den sozioökonomischen Kampf, Verbunden mit einer Abkehr von ultralinken Positionen, ins Zentrum der Politik rückten.⁴⁵⁵

Parallel zu dieser Entwicklung der unmittelbaren Nachfebruarzeit, bildeten sich illegale Gruppen aus den Reihen der ehemaligen SDAP, die sich nicht der KPÖ anschließen wollten. Als führende Kraft, entscheidend unterstützt von dem, von Otto Bauer und Julius Deutsch in Brunn gebildeten, „Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten“ (ALSÖ), gingen die *Revolutionären Sozialisten* (RS) aus diesem Konstituierungsprozess hervor, die bis zum Frühsommer 1934 in ganz Österreich Fuß fassen konnten.⁴⁵⁶ In der ersten Phase der Nachfebruarzeit trat die KPÖ als führende politische Kraft der illegalen Arbeiterbewegung auf, mit dem Ziel die „Einheit der ArbeiterInnenbewegung in der KPÖ herzustellen“⁴⁵⁷. Mit der Konstituierung der RS wurden die hegemonialen Bestrebungen der Kommunisten durchkreuzt. Das Bestreben zur Bildung einer Einheitspartei unter kommunistischer Führung wich nach einigen Monaten der Erkenntnis, dass, neben einer großen Masse an ehemaligen Sozialdemokraten, die sich nicht am illegalen Kampf beteiligen wollten, die Gruppe der *Revolutionären Sozialisten* einen zunehmenden Kreis an ArbeiterInnen hinter sich vereinigen konnte und nicht den Übertritt zu oder die Verschmelzung mit der KPÖ zum Ziel hatte.⁴⁵⁸

4.1.1. KJV als „stärkstes Widerstandszentrum der Jugend“

Mit dem Verbot sämtlicher sozialdemokratischer Betätigung, wanderte auch die sozialistische Jugendbewegung in die Illegalität. In den Wochen nach dem Februaraufstand konstituierten sich die Reste der SAJ zu einer neuen illegalen

⁴⁵⁵ Vgl. Mugrauer, Kampf, 42f.

⁴⁵⁶ Wolfgang Neugebauer: Die illegale Arbeiterbewegung in Österreich 1934 bis 1936 (mit besonderer Berücksichtigung des Juliabkommens 1936), in: Ludwig Jedlicka, Rudolf Neck (Hg.): Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. Und 11. Juni 1976 (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938 Veröffentlichungen Bd. 4, Wien 1977) 136-155, hier: 140f; Walter Wisshaupt: Die Sozialisten, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation Bd. 1 (Wien 1984) 15-22, hier: 15f.

⁴⁵⁷ Mugrauer, Kampf, 48.

⁴⁵⁸ West, Linke im Ständestaat, 65-68.

Organisation, die sich etwa ab Sommer 1934 *Revolutionäre Sozialistische Jugend (RSJ)* nannte. Obwohl es ihr gelungen war die Kontinuität der Jugendorganisation in relativ hohem Maße zu bewahren, war sie mit starken Mitgliederverlusten konfrontiert. Viele sozialistische Jugendliche schlossen sich direkt der illegalen Partei, den RS, an. Diese Übertritte führten zu einem Generationenwechsel, so setzte sich das erste ZK der *Revolutionären Sozialisten* aus vier führenden Jungfunktionären zusammen.⁴⁵⁹

Die bedeutendsten Abwanderungsbewegungen vollzogen sich allerdings in Richtung des *Kommunistischen Jugendverbandes*. Diese Entwicklung verlief parallel zu jener auf Parteebene. Aus einer kleinen, vergleichsweise unbedeutenden Organisation, wuchs der KJV zu einer einflussreichen Kraft, „das stärkste Widerstandszentrum der Jugend“⁴⁶⁰. Eine Quantifizierung der Kräfteverhältnisse erweist sich jedoch als schwierig. Max Stern spricht wenig konkret von „tausenden sozialistischen Jugendlichen“⁴⁶¹ die übergetreten sind. Josef Lauscher nennt einen Stand von 4000 Mitgliedern in Wien für die Jahre 1935-1936.⁴⁶² Eine Zahl die er auch in einer weiteren Quelle anführt, er spricht dabei von einer ungefähren Verzehnfachung vom Stand von 1933.⁴⁶³ Mit diesen Angaben korrelieren die Zahlen, die Walter Göhring nennt. Dieser gibt für ganz Österreich einen Anstieg der Mitgliedszahlen des KJV von 1200 auf 13.000 bis 15.000 an, was ebenfalls eine ungefähre Verzehnfachung bedeutet. Einen Beleg für seine Angaben lässt er vermissen, die Authentizität der Zahlen, von Lauscher und Göhring, ergibt sich vornehmlich aus der relativen Kongruenz der beiden unterschiedlichen Provenienzen.

Die Umstellung auf die Illegalität machte eine Änderung des organisatorischen Aufbaues notwendig. An Stelle des zentralen, von Wien ausgehenden Systems, trat ein Zellsystem, wobei eine Zelle aus drei bis fünf Personen bestand, die sich oft nur mit

⁴⁵⁹ Neugebauer, Bauvolk, 292f.

⁴⁶⁰ Göhring, Jugendverband, 157.

⁴⁶¹ Stern, Jugendverband, 460.

⁴⁶² ZPA KPÖ, Niederschrift eines Gesprächs mit Josef Lauscher, 19.12.1974, 3.

⁴⁶³ DÖW 10834, Gedächtnisprotokoll der Befragung von Herrn Gemeinderat Josef Lauscher durch Wolfgang Neugebauer, 30.10.1967, 3.

Decknamen kannten.⁴⁶⁴ „Der KJV bildete seine Leitung völlig um, ähnlich wie die KPÖ bei ihrem Einigungsparteitag im Herbst 34 in Prag.“⁴⁶⁵ Bruno Dubber und Josef Lauscher, beide in führender Position im *Kommunistischen Jugendverband* tätig,⁴⁶⁶ hielten eine strenge Autonomie des KJV während der Illegalität für ungünstig und stellten den Verband auf den Boden der Partei, weshalb dieser meist mit der KPÖ konform ging. Dadurch waren die organisatorischen Grenzen zwischen Partei und KJV nicht scharf gezogen und es kam „in vielen Fragen über Organisation und Aktion zu Überschneidungen“⁴⁶⁷.

4.2. Kampf um die Einheit

Unmittelbar nach dem Februar 1934 wurde sowohl auf kommunistischer, als auch auf sozialistischer Seite mit einem baldigen Sturz des Dollfuß-Regimes gerechnet. Diese Phase war geprägt durch kaum zielführende Massenaktionen, in Form von Demonstrationen und Kundgebungen, die im Gegensatz zu einer konspirativen Arbeit standen und zahlreiche Verhaftungen während dieser Zeit zur Folge hatten.⁴⁶⁸ In dieser, meist als „kurze Perspektive“ bezeichneten Episode der Nachfebruarzeit, spiegelten sich „aktionistische Stimmungen, vor allem bei den Schutzbund-Kadern, die zum Teil durch Terroraktionen Rache an der Februarniederlage nehmen wollten“⁴⁶⁹ wieder. „Mühsam aufgebaute Leitungen und Aktivistenkader wanderten in die Gefängnisse und Anhaltelager, und es war klar, daß man, ohne auf Optik und illegale Aktionen ganz zu verzichten, eine Umstellung der Taktik und der Kampfmethoden vornehmen mußte.“⁴⁷⁰ Die Hoffnung eines baldigen Sieges des Proletariats stellte sich als Illusion dar. Die Niederschlagung des Juliputsches, die Ermordung Dollfuß', der sich

⁴⁶⁴ Willi Weinert: Der Kommunistische Jugendverband in der Illegalität vor 1938, in: Historische Kommission beim ZK der KPÖ (Hg.): Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich (Wien 1981) 36-46, hier: 38.

⁴⁶⁵ ZPA KPÖ, Niederschrift eines Gesprächs mit Josef Lauscher, 19.12.1974, 3.

⁴⁶⁶ Anm.: Bruno Dubber wird von Walter Göhring als Sekretär, Lauscher als politischer Leiter der Nachfebruarzeit genannt, ohne genauere zeitliche Angaben, siehe Göhring, Jugendverband, 171f.

⁴⁶⁷ Göhring, Jugendverband, 173.

⁴⁶⁸ Neugebauer, Bauvolk, 293f.

⁴⁶⁹ Mugrauer, Kampf, 53.

⁴⁷⁰ West, Linke, 86.

vom Schuschnigg Regime als Märtyrersymbol instrumentalisieren ließ, stärkte die Regierung und zwang die illegale Arbeiterbewegung sich an diese Entwicklung anzupassen.⁴⁷¹ Die Überwindung der, mit der Zielsetzung der Errichtung eines Sowjetösterreichs verbundenen, „kurzen“ Perspektive, stellte sich jedoch als langwieriger Prozess dar. Noch bis zum Februar 1936 sind, wie Mugrauer aufzeigt, Losungen in diese Richtung bei den Kommunisten nachweisbar.⁴⁷²

Die wechselhafte Beziehung zwischen KPÖ und RS prägte den politischen Diskurs bis zum „Anschluss“ 1938. Im Jahr 1934 standen sich die beiden illegalen Parteien politisch und ideologisch sehr nahe,⁴⁷³ so sahen auch die Sozialisten „in der ‚Diktatur des Proletariats‘ die einzige Alternative zur Diktatur des Faschismus, [...] und bekannten sich zur Sowjetunion“⁴⁷⁴. Allerdings wurde von Seiten der RS die Abhängigkeit der KPÖ von der Komintern kritisiert und als Unterscheidungsmerkmal genannt, gleichzeitig wurde betont, weiter Mitglied der Sozialistischen Arbeiterinternationalen (SAI) bleiben zu wollen.⁴⁷⁵ Nachdem die KPÖ mit ihrem unmittelbaren Ziel, der Bildung einer Einheitspartei, gescheitert war, führte man Verhandlungen über die weitere Zusammenarbeit, die noch im Juli in der Schaffung einer gemeinsamen Aktionseinheit mündeten.⁴⁷⁶

4.2.1. Weihnachten mit Bruno Kreisky

In der, durch Aktionismus und Radikalität geprägten Nachfebruarphase, die eine „starke Tendenz zur Zusammenarbeit“⁴⁷⁷ förderte, standen auch die Jugendorganisation, RSJ und KJV, auf der gleichen ideologischen Basis. Es kam zu gemeinsamen Aktionen, auch in überparteilichen Organisationen, wo der KJV seinen Einfluss ausbauen konnte und Druck auf die RSJ-Führung in der Frage der Bildung einer

⁴⁷¹ West, Linke, 86.

⁴⁷² Mugrauer, Kampf, 53f.

⁴⁷³ Vgl. West, Linke, 78.

⁴⁷⁴ Mugrauer, Kampf, 49.

⁴⁷⁵ West, Linke, 70.

⁴⁷⁶ Vgl. ebd., 70f.

⁴⁷⁷ Neugebauer, Bauvolk, 294.

Einheitspartei ausübte.⁴⁷⁸ Diese Entwicklung fand unter sich gewandelten Stärkeverhältnissen statt, der KJV stellte zu dieser Zeit die einflussreichere Kraft dar, dazu kam, dass die Eingliederung der RSJ als Jugendorganisation der *Revolutionären Sozialisten* noch nicht entschieden war. Geleitet wurde die sozialistische Jugendorganisation von Roman Felleis und Bruno Kreisky. „Der romantisch-idealistische und draufgängerische Felleis, ein Jugendführer *par excellence*, galt als Wortführer der überaktivistischen Kräfte und wurde von dem eher bedächtigen und nüchternen Kreisky mehr oder weniger im Zaum gehalten.“⁴⁷⁹

Zu Weihnachten 1934 kam es im Rahmen der ersten Konferenz der RSJ, die in einem Bauerngut am Lahnsattel, an der niederösterreichisch-steirischen Grenze, abhalten wurde, zu einem Treffen zwischen den Spitzen der sozialistischen Jugendbewegung und des KJV. Im Zentrum standen Gespräche über die Frage der Form der weiteren Zusammenarbeit. Vertreter der RSJ waren Roman Felleis und Bruno Kreisky, auf Seiten des KJV nahmen die Funktionäre Josef Lauscher, der im Herbst 1934 ins ZK der KPÖ gewählt wurde,⁴⁸⁰ sowie Hermann Köhler teil.⁴⁸¹ Über dieses Zusammentreffen berichtet Bruno Kreisky:

„Wir standen unter dem Druck von links, so dass wir auch den kommunistischen Jugendfunktionären die Gelegenheit geben mussten, dort ihre Sache zu vertreten. Sie hatten uns die Vereinigung beider Jugendorganisationen vorgeschlagen. Wir erklärten uns bereit, alle anzuhören und dann abzustimmen: Soll die Sozialistische Jugend, die RSJ, ihre eigene Organisation entwickeln, oder soll sie sich mit der Kommunistischen Jugend zusammenschließen und damit zur Kommunistischen Jugendinternationale gehen?“

Wir trafen uns am Westbahnhof und fuhren mit einem gemieteten Bus auf den Lahnsattel. Von uns waren ungefähr achtzig Leute da. Oscar Pollak und

⁴⁷⁸ Göhring, Jugendverband, 244f.

⁴⁷⁹ Neugebauer, Bauvolk, 294.

⁴⁸⁰ ZPA KPÖ, Lebenslauf Josef Lauscher, 22.8.1945, 1; DB-KI (Josef Lauscher).

⁴⁸¹ DÖW 10834, Gedächtnisprotokoll der Befragung von Herrn Gemeinderat Josef Lauscher durch Wolfgang Neugebauer, 30.10.1967, 4; Göhring, Jugendverband, 246.

der spätere Gewerkschaftsführer Thaler hielten Referate. Später tauchten führende Kommunisten auf, unter ihnen die als Brüder Lauscher⁴⁸² bekannten, nicht unsympathischen Funktionäre.

Nach unendlich langen Diskussionen, die Tage und Nächte dauerten, wurde endlich abgestimmt. [...] Wir haben mit großer Mehrheit vorerst entschieden, einen Zusammenschluss der beiden Organisationen vorerst nicht zu forcieren. Das war ein großer Sieg für uns, auch wenn wir die Einschränkung ‚zur Zeit nicht‘ in die Resolution aufnehmen mussten.⁴⁸³

Josef Lauschers Erinnerungen an dieses Treffen sind hingegen weitaus vager, er gibt jedoch an, dass das Bemühen Formen der Zusammenarbeit zu finden im Vordergrund stand, weniger die Frage nach Bildung einer Einheitsorganisation.⁴⁸⁴ Auch die Aussage Lauschers, „wenn es zu Vereinbarungen gekommen sein sollte, dann sicher zu keinen schriftlichen [...]“⁴⁸⁵, steht in einem Widerspruch zu den Angaben Kreiskys, der hier von einer Resolution spricht.

Die Zusammenkunft am Lahnsattel bildete den Höhepunkt des Dialogs zwischen KJV und RSJ,⁴⁸⁶ sie stellte gleichsam den letzten Versuch des KJV dar, eine Einheitsorganisation mit der RSJ zu bilden. Stattdessen wurde in weiterer Folge die Taktik der „Einheitsfront von unten“ verfolgt, „auf lokaler Ebene oder mit Teilen von Gebietsleitungen den Kontakt aufzunehmen und so Gruppen, die mit der RSJ nicht einverstanden waren, aufzufangen.“⁴⁸⁷ Als trennendes Element zwischen den beiden

⁴⁸² Anm.: Die Anwesenheit Fritz Lauschers wird weder bei Göhring, Jugendverband, 246, noch bei Neugebauer, Bauvolk, 309, angegeben, auch in DÖW 10834, Gedächtnisprotokoll der Befragung von Herrn Gemeinderat Josef Lauscher durch Wolfgang Neugebauer, 30.10.1967, 4, scheint er in diesem Zusammenhang nicht auf. Möglicherweise war Fritz Lauscher anwesend, spielte aber bei den Verhandlungen keine tragende Rolle.

⁴⁸³ Bruno Kreisky, Oliver Rathkolb (Hg.): Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers (Wien/Graz/Klagenfurt 2014) 165f.

⁴⁸⁴ DÖW 10834, Gedächtnisprotokoll der Befragung von Herrn Gemeinderat Josef Lauscher durch Wolfgang Neugebauer, 30.10.1967, 4.

⁴⁸⁵ Ebd., 4.

⁴⁸⁶ Neugebauer, Bauvolk, 309.

⁴⁸⁷ Göhring, Jugendverband, 247.

Organisationen wird von Kreisky die politische Abhängigkeit des KJV von Moskau genannt.⁴⁸⁸

4.2.2. Die Folgen des Aktionismus – Verhaftungswelle und Neuorientierung der RS

In den Reihen der RSJ hatte sich im Laufe des Jahres 1934 eine Opposition gebildet, die sich gegen die „kurze Perspektive“ aussprach und stattdessen die Notwendigkeit der Umstellung auf eine lange Dauer des Widerstands und eine konspirative Kaderorganisation propagierte, eine „lange Perspektive“. Zunächst konnten sich diese Kräfte nicht gegen die „aktivistisch-radikale Richtung“⁴⁸⁹ durchsetzen. Dies änderte sich als Anfang 1935 eine Verhaftungswelle einsetzte, der beinahe die gesamte RS und RSJ Führung zum Opfer fiel. Diese Verhaftungen, Folgen des Verrates durch einen Teilnehmer der „Reichskonferenz“ der RS, die zum Jahreswechsel 1934/35 in Brünn stattfand, bedeuteten den Durchbruch für die oppositionellen Kräfte.⁴⁹⁰ Die Wahl Joseph Buttingers zum neuen Vorsitzenden der RS im Februar 1935 brachte eine Abkehr des bisherigen aktionistischen Kurses und gleichsam eine Wende im bisherigen Verhältnis zwischen RS und KPÖ. Als eine der ersten Handlungen Buttingers, erfolgte die Aufkündigung der bisherigen Vereinbarung zur Aktionseinheit.⁴⁹¹ Der neue konspirative Kurs schlug sich auch auf die Jugendorganisation durch, obwohl in der RSJ die aktivistischen Elemente niemals völlig zurücktraten.⁴⁹²

In hohem Maße von Verfolgung und Verhaftungen durch die Exekutive betroffen, war ebenfalls die Leitung des KJV. Dies und die Entsendungen von Funktionären in die Lenin-Schule nach Moskau, in der etwa Fritz Lauscher von Ende 1932 bis Februar 1934 einen kurzfristigen Kurs absolvierte,⁴⁹³ führten dazu, „daß die namentliche

⁴⁸⁸ Neugebauer, Bauvolk, 309.

⁴⁸⁹ Ebd., 294.

⁴⁹⁰ West, Linke, 101.

⁴⁹¹ Ebd., 107-109.

⁴⁹² Neugebauer, Bauvolk, 295.

⁴⁹³ Köstenberger, Kaderschmiede, 470; DÖW, Interview Nr. 47 mit Fritz Lauscher, Teil I, 11.

Umgrenzung der KJV-Leitung schwer festzulegen ist.“⁴⁹⁴ Zu den zentralen Personen der KJV-Leitung nach 1934 zählte laut Willi Weinert u.a. Josef Lauscher,⁴⁹⁵ der nach seiner Wahl ins ZK der KPÖ, im Frühjahr 1935 von der Partei als Sekretär des Jugendverbandes eingesetzt wurde.⁴⁹⁶ Der spätere Justizminister Christian Broda gibt an, dass die Leitung des KJV von 1934 bis 1936 aus Konrad Hermes, Leo Gabler, Josef Lauscher und ihm selbst bestand.⁴⁹⁷

Am 3. Juli 1935 wurde auch Josef Lauscher verhaftet, während einer „illegalen Sitzung in einer Wohnung im X. Bez[irk]. Der Vorwand der Suche war einen Fahrraddieb zu finden, in Wirklichkeit war es eine Denunziation.“⁴⁹⁸ Denunziationen und Spitzel stellten eine der größten Gefahren für die in der Illegalität operierenden Funktionäre dar. So berichtet Fritz Lauscher, dass er aufgrund eines Verrates durch einen „Spitzel“ innerhalb der Tiroler Organisation im September 1936 verhaftet wurde. Die Information über einen Konfidenten habe Lauscher später von den Kriminalbeamten der österreichischen Staatspolizei, die mit ihm gemeinsam in Dachau interniert waren, erhalten.⁴⁹⁹

Zu Arrestierungen Josef Lauschers während der Zeit des Austrofaschismus findet sich in den behördlichen Quellen kein Hinweis. Die historischen Meldeunterlagen Josef Lauschers enthalten über die gesamte Zeit keine Haftdaten bzw. Adressänderungen, die Hinweis auf eine Inhaftierung geben könnten. Bis 1945 stellte die elterliche Wohnung in der Geiselbergstraße 36 in Simmering die einzige offizielle Meldeadresse dar,⁵⁰⁰ was mit dem Vorgang der „Illegalisierung“, dem Aufenthalt an einer ungemeldeten Wohnadresse, erklärbar ist. Führende Funktionäre die in Österreich

⁴⁹⁴ Weinert, Jugendverband, 38.

⁴⁹⁵ Ebd., 38.

⁴⁹⁶ ZPA KPÖ, Lebenslauf Josef Lauscher, 22.8.1945, 1.

⁴⁹⁷ Maria Wirth: Christian Broda. Eine politische Biographie (Zeitgeschichte im Kontext Bd. 5, Wien 2011) 61.

⁴⁹⁸ DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 3.

⁴⁹⁹ DÖW, Interview Nr. 47 mit Fritz Lauscher, Teil III, 4; Anm.: Vom 5. September 1937 bis zum 18. Februar 1938 blieb Fritz Lauscher in Innsbruck in Haft, bis er im Zuge des Berchtesgadener Abkommens amnestiert wurde siehe, DÖW 15062/6, LG Innsbruck: Karteikarten der politischen Häftlinge 1938-1948, Fritz Lauscher.

⁵⁰⁰ WStLA, historische Wiener Meldeunterlagen, Josef Lauscher.

tätig waren – die Spitze um Johann Kolpenig leitete von Prag aus die Arbeit – waren gezwungen sich zu „illegalisieren“: „Die verließen ihren eigenen Wohnsitz und tauchten in konspirativen Wohnungen unter – oft mit falschen Papiere.“⁵⁰¹ Fritz Lauscher, der nach seiner Rückkehr aus Moskau, im Mai 1934 in Kärnten, während seiner Tätigkeit als Instrukteur, verhaftet wurde,⁵⁰² spricht über seine Rückkehr nach Wien im Anfang September 1934: „Logischerweise bin ich legal nach Hause gefahren und habe mich wieder illegalisiert.“⁵⁰³

Verwaltungsstrafverfahren, sprich „die Verhängung von Geld- und Haftstrafen durch Verwaltung und Polizei in Fällen geringfügiger Übertretungen“⁵⁰⁴, bildeten im austrofaschistischen System ein wesentliches Instrument zur Bekämpfung politischer Gegner. Ohne Gerichtsverfahren und ohne Berufungsmöglichkeiten konnten politische AktivistInnen zunächst bis zu sechs Wochen inhaftiert bleiben. Ab dem Februar 1934 wurden diese Möglichkeiten ausgeweitet, so wurde nicht selten „zwecks Kumulierung der zulässigen polizeilichen Höchststrafe eine Straftat in mehrere Delikte zerlegt“⁵⁰⁵, wodurch Verdächtige mitunter monatelang ohne Strafverfügung in Polizeihaft gehalten werden konnten.⁵⁰⁶

Nach drei Monaten, die Josef Lauscher in Polizeihaft verbrachte, erfolgte am 10. Oktober seine Entlassung. Im darauffolgenden Monat wurde er als Vertreter des KJV Österreich (KJVÖ) zu der kommunistischen Jugendinternationale nach Moskau (KJI) entsandt.⁵⁰⁷ Er kam nach dem IV. Weltkongress der KJI, der im September und Oktober 1935, im Anschluss an den VII. Weltkongress der KI, abgehalten wurde, in die sowjetische Hauptstadt. Es handelte sich um den letzten Weltkongress vor der Auflösung der Komintern, und somit auch der KJI, im Jahre 1943.⁵⁰⁸ Über seine

⁵⁰¹ Winfried R. Garscha, Willi Weinert: Vorbemerkung, in: Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik (Wien 1987) 201-210, hier: 207.

⁵⁰² DÖW, Interview Nr. 47 mit Fritz Lauscher, Teil II, 21.

⁵⁰³ Ebd., 23.

⁵⁰⁴ Neugebauer, Repressionsapparat, 311.

⁵⁰⁵ Ebd., 312.

⁵⁰⁶ Ebd., 311f.

⁵⁰⁷ DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 1.

⁵⁰⁸ Handler, Grenzpfähle, 69.

Tätigkeit in Moskau gibt Lauscher selbst keine Auskunft. Eine Episode im Zusammenhang mit seinem Aufenthalt in der SU schildert Julia Köstenberger: „Der Vertreter des KJVÖ in der KJI Josef Lauscher („Wagner“) hatte mit dem Sektorleiter Arnold Reisberger („Bruno Braun“) eine Delegation zur Novočerkassker Organisation des Komsomol⁵⁰⁹ anlässlich der Maifeiertage vereinbart.“⁵¹⁰ Die Kaderabteilung der ILS erfuhr jedoch erst kurz vor der Abreise der vier österreichischen Leninschüler von diesem Vorhaben. Ein KJI-Funktionär der die Reise begleiten sollte kam zu spät zum Bahnhof, woraufhin die Österreicher alleine zur knapp 1000 km südlich von Moskau gelegenen Stadt am Don aufbrachen. Diese eigenständige Reise der jungen Studenten stellte einen Eklat, in einem streng organisierten und auf Disziplin bedachten System, dar.⁵¹¹

4.3. Der VII. Weltkongress der KI - Volksfront, Trojanisches Pferd und Nationale Frage

Nach sieben Jahren fand im Juli und August 1935 in Moskau wieder ein Weltkongress der Komintern statt. Dieser VII. Weltkongress, zugleich der letzte vor Auflösung der KI, sollte von größter Bedeutung für die weitere politische Entwicklung der kommunistischen Bewegung, auch in Österreich, sein. „Unter dem Eindruck der Siege des Faschismus in Mitteleuropa und der daraus resultierenden Bedrohung der UdSSR [...]“⁵¹², ging es nicht weniger, als um eine strategische Neuorientierung, die von Georgi Dimitroff, dem am Weltkongress neugewählten Generalsekretär der Komintern, proklamiert wurde. Im Fokus stand eine neue Bündnispolitik im Kampf gegen den Faschismus. Unter der Losung der „antifaschistischen Volksfront“ sollten sich „alle demokratischen, antifaschistischen Volksteile zur Verteidigung der Demokratie bzw. zum Sturz des Faschismus vereinen“⁵¹³. So heißt es in der Resolution:

⁵⁰⁹ Anm.: Jugendorganisation der KPdSU.

⁵¹⁰ Köstenberger, Kaderschmiede, 232.

⁵¹¹ Ebd., 232f.

⁵¹² Neugebauer, Arbeiterbewegung, 146.

⁵¹³ Ebd., 146.

„Indem die Kommunisten sich bestreben, den Kampf der werktätigen Bauernschaft, des städtischen Kleinbürgertums und der werktätigen Massen der unterdrückten Nationalitäten unter der Führung des Proletariats zusammenzufassen, müssen sie auf die Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront hinarbeiten, [...]“⁵¹⁴

Für diesen Kurswechsel ausschlaggebend waren auch Eigeninteressen und außenpolitische Überlegungen der Sowjetunion. So konstatiert Mugrauer: „Der Kampf gegen den Faschismus und die Politik Hitlerdeutschlands ließen die Volksfrontorientierung und Verteidigung der Demokratie mit der Friedenspolitik und den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zusammenfallen.“⁵¹⁵

Im Rahmen der Volksfronttaktik suchte die KPÖ Bündnisse mit den Katholiken, der werktätigen Bauernschaft und der kleinbürgerlichen Mittelschicht. Die praktische Umsetzung dieser Taktik wird, ebenso wie ihre Intention, in der Wissenschaft kontrovers diskutiert.⁵¹⁶ Während Neugebauer ein grundsätzliches Scheitern der Bemühungen konstatiert,⁵¹⁷ betont Mugrauer, dass die Volksfrontpolitik der KPÖ nicht in Form von Bündnissen von Organisationen gesehen werden kann, die es wohl auch nicht gegeben hat, vielmehr ginge es um „klassenübergreifende Aktionsbündnisse, um das Knüpfen von Kontakten und Verbindungen mit antifaschistischen Kreisen über die ArbeiterInnenbewegung hinaus“⁵¹⁸.

Im Rahmen der Volksfrontpolitik wurde, um mit breiten Schichten der Bevölkerung in Kontakt zu kommen, die Taktik des „Trojanischen Pferdes“ ausgegeben. Ziel war es die legalen Organisationen zu infiltrieren und zu unterwandern. Neben Sportvereinen,

⁵¹⁴ Die Offensive des Faschismus und die Aufgabe der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen Faschismus. Resolution zum Bericht des Genossen Dimitroff, angenommen am 20. August 1935, in: Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter (Hg.): VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Resolutionen und Beschlüsse (Mailand 1967) 9-33, hier: 21.

⁵¹⁵ Mugrauer, Kampf, 54.

⁵¹⁶ Vgl. ebd., 57f.

⁵¹⁷ Neugebauer, Arbeiterbewegung, 146f.

⁵¹⁸ Mugrauer, Kampf, 58.

dem Mieterbund oder Konsumgenossenschaften, war der Fokus vor allem auf die Gewerkschaftsebene gerichtet.⁵¹⁹ Neben der sozialdemokratischen Partei, waren auch, als unmittelbare Folge des 12. Februar 1934, die Freien Gewerkschaften verboten worden. „Damit war die legale Existenz einer Massenorganisation, welche die wirtschaftlichen, sozialen und damit auch politischen Interessen von hunderttausenden Lohnabhängigen vertreten hatte, abrupt beendet.“⁵²⁰ An die Stelle der, für die Erste Republik charakteristischen, Richtungsgewerkschaften, trat eine Einheitsgewerkschaft (EG). Diese, am 2. März 1934 als *Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten* eingerichtete Institution, sollte den Übergang „zu dem letztlich ohne Gewerkschaften gedachten „Ständestaat“ herstellen helfen“⁵²¹. Als Institution öffentlichen Rechts stand die EG unter der Kontrolle des Bundesministeriums für soziale Angelegenheiten und stellte somit ein Instrument der Regierung dar.⁵²²

In der Illegalität etablierten sich zunächst zwei Gewerkschaftsleitungen, die bereits kurz nach Ende der Februarkämpfe gegründete und kommunistisch dominierte *Zentralkommission für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften* (kurz Wiederaufbaukommission bzw. WAK) sowie der sozialdemokratische *Siebenerausschuss*. Auf Gewerkschaftsebene sollte gelingen, was auf Ebene der Parteien nicht zustande kam. Im Sommer 1935 wurde die Gewerkschaftseinheit zwischen WAK und *Siebenerausschuss* beschlossen, das Ergebnis war die Schaffung des „Bundes der Freien Gewerkschaften Österreichs“.⁵²³ Die Stellung der Kommunisten gegenüber der EG, war, wie auch jene der Sozialisten, zunächst durch die Einnahme einer grundlegenden Boykothaltung gekennzeichnet. Diese gemeinsame Linie wurde

⁵¹⁹ Mugrauer, Kampf, 52.

⁵²⁰ Reinhard Schurawitzki: Die Freien Gewerkschaften: Illegal für Österreich, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hg.): „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation (Wien 1988) 69-76, hier: 69.

⁵²¹ Anton Pelinka: Die Einheitsgewerkschaft, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hg.): „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation (Wien 1988) 37-40, hier: 37.

⁵²² Paul Pasteur: Unter dem Kruckenkreuz. Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in Österreich 1934-1938 (Innsbruck 2008) 72.

⁵²³ Vgl. Neugebauer, Arbeiterbewegung, 149f; Fritz Klenner: Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme Bd. 2 (Wien 1953) 1185-1189.

in Konsequenz der Verwirklichung, der vom VII. Weltkongress proklamierten Taktik des „Trojanischen Pferdes“ und der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten, von der KPÖ verlassen, welche auf die „Infiltration und Aufweichung der faschistischen Scheingewerkschaft“⁵²⁴ setzte.⁵²⁵

4.3.1. Auswirkungen des Juliabkommens auf die Politik der KPÖ

Die ausgegebene Strategie der Volksfrontbildung bedurfte auch einer Neuausrichtung in der Form der Rhetorik und der Agitation. Typische Termini und Idiome der kommunistischen Bewegung wie „Diktatur des Proletariats“, „Klassenkampf“ oder „Sowjetösterreich“ waren für die Gewinnung von Bündnispartnern im bürgerlichen Lager hinderlich.⁵²⁶ Als zentrale Hauptaufgabe wurde stattdessen, vom erweiterten Politischen Büro der KPÖ im Juli 1936 beschlossen, der Kampf um eine „demokratische Republik“ propagiert. Diese Losung der „demokratischen Republik“ wurde bereits in der im Juni 1936 erschienenen Ausgabe der (illegalen) Roten Fahne verkündet.⁵²⁷

„Hinter den verschlossenen Polstertüren der verschiedenen Staatskanzleien ist das Feilschen um das Schicksal Österreichs wieder in ein aktuelles Stadium getreten. Der Schacher zwischen Mussolini und Hitler, ausgetragen auf dem Rücken Österreichs, soll zum Abschluß gebracht werden.“⁵²⁸

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Österreichs in der ersten Hälfte der 1930er Jahre ist eng mit dessen Beziehung zu den Nachbarstaaten Italien und Ungarn verknüpft. Das faschistische Italien unter Mussolini unterstützte den Faschisierungsprozess in Österreich „sowohl durch militärische Unterstützung der

⁵²⁴ Mugrauer, Kampf, 52.

⁵²⁵ Vgl. Willi Weinert: Partei und Gewerkschaftsbewegung nach den Februarkämpfen, in: Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik (Wien 1987) 258-264, hier: 260; Neugebauer, Arbeiterbewegung, 150f; Mugrauer, Kampf, 52.

⁵²⁶ Neugebauer, Arbeiterbewegung, 146.

⁵²⁷ Mugrauer, Kampf, 55.

⁵²⁸ Gegen die Kreuze und Kronen – die demokratische Republik. Gegen die Zerklüftung des Volkes – die einheitliche Volksfront, in: Die Rote Fahne Nr. 9 (Juni 1936) 1.

Heimwehren als auch durch die direkt Beeinflussung Dollfuß⁵²⁹. Die Intention Italiens war es Ungarn und Österreich für seine politischen und ökonomischen Interessen im Donauraum zu instrumentalisieren. „Österreich bildete einen für Italien wichtigen geographischen Puffer gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland und Barriere gegen die Südosteuropapolitik Deutschlands – solange die Interessen dieser beiden faschistischen Staaten divergierten.“⁵³⁰ Noch im April 1935 schien nach der Konferenz von Stresa, an der Italien, Großbritannien und Frankreich vertreten waren, die Österreichische Unabhängigkeit garantiert. Schon wenige Monate später wandelte sich durch den völkerrechtswidrigen Angriff Italiens auf Abessinien die Situation grundlegend. Die Stresa-Front zerbrach und durch die Entscheidung, die folgenden Sanktionen des Völkerbundes gegen Italien nicht mitzutragen, isolierte sich Österreich von den Völkerbundmächten.⁵³¹

Die Konsequenz aus den Spannungen Italiens mit den Westmächten war eine Annäherung Roms an Berlin. Italien rückte von der Sicherung der Unabhängigkeit Österreichs ab und drängte Schuschnigg zu einer Normalisierung der Beziehung zu Hitlerdeutschland. „Die Österreichfrage war damit zu einer Angelegenheit der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland geworden.“⁵³² Der Druck Mussolinis sowie die außenpolitische Isolation Österreichs führten im Juli 1936 zu einem Abkommen zwischen Deutschland und Österreich, in dem die Souveränität Österreichs von der deutschen Reichsregierung anerkannt und eine Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen Landes vereinbart wurde. Zudem bestätigte Österreich „was öffentlich ohnehin dauernd zugesichert wurde, nämlich daß es als deutscher Staat agieren würde“⁵³³.

Neben diesen offiziellen Punkten des Abkommens, existierte ein unveröffentlichter, als „Gentlemen-Agreement“ betitelter Part. Dieses Zusatzprotokoll, dessen Existenz von

⁵²⁹ Tálos, Herrschaftssystem, 41.

⁵³⁰ Ebd., 492.

⁵³¹ Karl Stuhlpfarrer: Austrofaschistische Außenpolitik – ihre Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen, in: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938 (Politik und Zeitgeschichte Bd. 1, Wien/Berlin 2014) 322-336, hier: 331f.

⁵³² Tálos, Herrschaftssystem, 499.

⁵³³ Stuhlpfarrer, Außenpolitik, 332.

Schuschnigg vehement geleugnet wurde, relativierte, das nach außen hin für Österreich durchaus günstig erscheinende Abkommen grundlegend. Die reale Schiefelage des Juliabkommens zulasten Österreichs wurde durch einen zentralen Punkt des „Gentlemen-Agreements“ evoziert, der die sogenannten Befriedungsmaßnahmen beinhaltete, darunter fiel die Amnestie verurteilter Nationalsozialisten sowie die Bereitschaft zur Aufnahme von Vertretern, der am „Anschluss“ orientierten, „nationalen Opposition“ in die Regierung.⁵³⁴ Das Juliabkommen von 1936 „bildete den Ausgangspunkt und die Basis zur Durchführung der NS-Machtübernahme in Österreich im März 1938“⁵³⁵. Das Scheitern des nationalsozialistischen Putsches vom 25. Juli 1934 mit der Ermordung Dollfuß' hatte das Ende für die aggressive, „revolutionäre“ Anschlusspolitik Deutschlands bedeutet. Maßgeblich initiiert von Hitlers Sonderbevollmächtigten in Wien, Franz von Papen, stieg das Deutsche Reich auf eine „evolutionäre“ Strategie in der Österreichfrage um. Durch wirtschaftliche, kulturelle und geistige Infiltration sollte die innere Angleichung Österreichs beschleunigt werden. Das Juliabkommen bildete einen entscheidenden Zwischenschritt in dieser Anschlussperiode.⁵³⁶

Die weitere politische Entwicklung der KPÖ lässt sich nicht von den beschriebenen Auswirkungen des Juliabkommens trennen. Durch die eingeleitete „Auslieferung Österreichs an Hitlerdeutschland [...] wurde die Erhaltung der Unabhängigkeit und ihre Verteidigung gegen den deutschen Faschismus zur zentralen Frage“⁵³⁷. Agitatorisch wurde die Forderung nach der „demokratischen Republik“ mit dem Kampf für die Unabhängigkeit verknüpft.⁵³⁸ In diesem Zusammenhang kam der Frage nach der österreichischen Nation, der historischen Eigenständigkeit, eine entscheidende

⁵³⁴ Vgl. Tálos, Herrschaftssystem, 506-518; Stuhlpfarrer, Außenpolitik, 332f; Anm.: als „nationale Opposition“ verstand man „Betont Nationale“ (Angehörige verschiedener Gruppen, verbunden durch die deutschnationale Ideologie) und Mitglieder der illegalen Nationalsozialisten, siehe Tálos, Herrschaftssystem, 504; Winfried R. Garscha: Das „völkisch“-deutschnationale Lager und der „Anschluss“, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hg.): „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation (Wien 1988) 51-59, hier: 56f.

⁵³⁵ Stuhlpfarrer, Außenpolitik, 334.

⁵³⁶ Hanns Haas: Der „Anschluss“, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch (Wien 2000) 26-54, hier: 28.

⁵³⁷ Mugrauer, Kampf, 55.

⁵³⁸ Ebd., 55.

Bedeutung zu. Die Diskussion nahm ihren Ausgang in der, im Februar 1936 gegründeten, österreichischen Sektion der Internationalen Leninschule in Moskau, wo Alfred Klahr als Lektor tätig war.⁵³⁹ Das ZK-Mitglied Klahr wurde von der Parteileitung mit der wissenschaftlichen Untersuchung der Frage nach der „österreichischen Nation“ beauftragt. In zwei Artikeln, die in der März- und Aprilausgabe 1937 des theoretischen Organs der KPÖ „Weg und Ziel“, welches aus der Tschechoslowakei nach Österreich geschmuggelt werden musste, erschienen, zeigte Klahr die historische Herausbildung einer eigenen österreichischen Nation auf.⁵⁴⁰ Die Thesen führten zu kontroversiellen, parteiinternen Diskussionen, die ihr vorläufiges Ende auf der illegalen Reichsparteienkonferenz im August 1937 fanden, wo die Aussagen Klahrs zur offiziellen Parteilinie erklärt wurden.⁵⁴¹

Der Stellenwert, den die „nationale Frage“ in den Reihen der österreichischen KommunistInnen einnahm, zeigte sich auch später unter den Häftlingen in den deutschen Konzentrationslagern. Wie der Kommunist und politische Gefangene Hermann Langbein berichtet führte sie zu teils heftigen Auseinandersetzungen zwischen österreichischen und deutschen Kommunisten.⁵⁴² Das Thema der österreichischen Nation war auch wesentlicher Bestandteil illegaler Schulungen im KZ, wie die in Ravensbrück internierte Berta Lauscher Langbein in einem Gespräch im Jahr 1975 bestätigte.⁵⁴³

4.3.2. Widerstand in den eigenen Reihen - Die Gruppe „Ziel und Weg“

Die strategische Neuorientierung der kommunistischen Politik ab dem VII. Weltkongress wird in der wissenschaftlichen Literatur kontrovers bewertet. So spricht Neugebauer von einer Phase, „die durch eine - bis zur politischen Selbstverleugnung

⁵³⁹ Köstenberger, Kaderschmiede, 109.

⁵⁴⁰ Garscha, Grundlinien, 27f.

⁵⁴¹ Mugrauer, Kampf, 56.

⁵⁴² Hermann Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern (Frankfurt 1980) 65f.

⁵⁴³ Langbein, Widerstand, 146f.

reichende – Flexibilität der Taktik charakterisiert war“⁵⁴⁴. Der eingeschlagene Kurs war auch innerhalb der Arbeiterbewegung nicht unumstritten. Die RS lehnten sowohl die Volksfront-Parolen, als auch die Losung des Kampfs für die demokratische Republik ab, sie sahen in Österreich keine Basis für ein Zusammenarbeiten mit kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten.⁵⁴⁵

Kritik an der politischen Linie der Partei keimte auch innerhalb der kommunistischen Bewegung auf. Im *Kommunistischen Jugendverband* bildete sich ab Herbst 1936 eine oppositionelle Gruppe um Christian Broda, Karl R. Stadler und Eduard Rabofsky, die sich nach ihrem Organ „Ziel und Weg“⁵⁴⁶ benannte. Der politische Weg aller drei steht exemplarisch für viele junge Linke. Enttäuscht von der Kompromissbereitschaft und mangelnden Radikalität der Sozialdemokratie, traten sie um das Jahr 1934⁵⁴⁷ in den *Kommunistischen Jugendverband* über. Die Gruppe setzte sich mit dem Kurs der KPÖ von links her kritisch auseinander. So wurde die Volksfrontpolitik als „Revisionismus“, als Abkehr von einer revolutionären Politik, angesehen.⁵⁴⁸ In diesem Zusammenhang stieß besonders die „Katholikenarbeit“ der Kommunisten auf Ablehnung.⁵⁴⁹ Im Zentrum der Kritik stand, laut Franz West, die Losung der „demokratischen Republik“, die als Abkehr von dem Klassenziel der Diktatur des Proletariats interpretiert wurde.⁵⁵⁰

„Ziel und Weg“ war nicht die einzige oppositionelle Gruppe innerhalb der kommunistischen Bewegung in dieser Zeit, sie dürfte allerdings, vor allem im Wiener Raum die bei weitem einflussreichste gewesen sein. Mehrere Monate lang blieb die Führung der Gruppe dem KJV unbekannt, im März 1937 wurde sie schließlich entlarvt, nachdem es zu Differenzen zwischen Broda und Rabofsky gekommen war. Der

⁵⁴⁴ Neugebauer, Arbeiterbewegung, 146.

⁵⁴⁵ Winfried R. Garscha, Willi Weinert: Das Aufrollen der nationalen Frage durch die KPÖ, in: Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik (Wien 1987) 245-255, hier: 248f.

⁵⁴⁶ Anm.: In Anlehnung an das theoretische Organ der KPÖ „Weg und Ziel“.

⁵⁴⁷ Anm.: Christian Broda wechselte bereits 1931, nachdem er 1927 dem Verband sozialistischer Mittelschüler (VSM) und 1929 der SAJ beigetreten war, in den KJV, siehe Wirth, Broda, 53f.

⁵⁴⁸ Weinert, Jugendverband, 45f; Wirth, Broda, 73; Konträr dazu beschreibt Franz West „eine allgemein zustimmende Haltung“ der Gruppe zur Volksfrontpolitik, siehe West, Linke, 264.

⁵⁴⁹ Wirth, Broda, 73; West, Linke, 265.

⁵⁵⁰ West, Linke, 264.

Aufdeckung und dem Ausschluss aus der Partei bzw. dem KJV folgte eine „in der Geschichte des KJV einzigartige Diffamierung ihrer einstigen Mitglieder“⁵⁵¹. Broda und den anderen Mitgliedern der Gruppe wurde Trotzismus, die Behinderung des kommunistischen Kampfes gegen den Faschismus, Zusammenarbeit mit der Polizei und Verrat der eigenen Mitglieder vorgeworfen.⁵⁵²

Josef Lauscher arbeitete nach der Rückkehr von seinem einjährigen Aufenthalt in Moskau, im November 1936, zu jener Zeit in der sich die „Ziel und Weg“ Gruppe gebildet hatte, gemeinsam mit Bruno Dubber (Pseudonym: „Walter“) als zweiter Jugendsekretär. Die Entlarvung der fraktionellen Gruppe hatte direkte Konsequenzen für Josef Lauscher. „Wegen ungenügender Wachsamkeit im Kampfe gegen die Fraktionisten wurde Gen. Walter und ich im Frühjahr 1937 durch das Partei ZK von der Jugendarbeit abberufen.“⁵⁵³ Damit endete Lauschers Tätigkeit im KJV, er wurde in Folge in der Wiener Parteiorganisation als Kreissekretär für Wien-West eingesetzt.⁵⁵⁴

4.4. Zwischen Jänner und März 1938 – Der Anfang vom Ende

In seiner Funktion als Kreissekretär verschlug es Josef Lauscher in den Westen Wiens. Im 16. Bezirk, in der Fröbelgasse, befand sich sein illegales Quartier.⁵⁵⁵ Die Beschaffung konspirativer Wohnungen stellte eine Grundvoraussetzung zur „Absicherung der Tätigkeit der zentralen Parteiinstanzen“⁵⁵⁶ dar, da sich die „illegalisierten“ Funktionäre nachvollziehbarerweise nicht an ihrer gemeldeten Adresse aufhalten konnten. Einen essentiellen Bestandteil der illegalen Tätigkeit bildete die Propagandaarbeit, vor allem mit Hilfe schriftlicher Agitationsmittel. Der sogenannter „Litapparat“, welcher abgetrennt vom Parteiapparat agierte, „um durch etwaige Verbindungen nicht die Aufdeckung der ganzen Organisation zu begünstigen“⁵⁵⁷, übernahm dabei die Verbreitung der illegalen Presseerzeugnisse. Auf zentraler Ebene erschien 15-mal im

⁵⁵¹ Wirth, Broda, 76.

⁵⁵² Ebd., 76f.

⁵⁵³ ZPA KPÖ, Lebenslauf Josef Lauscher, 22.8.1945, 1.

⁵⁵⁴ Ebd., 1; DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 1; DB-KI (Josef Lauscher).

⁵⁵⁵ DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 1.

⁵⁵⁶ Garscha, Weinert, Vorbemerkung, 208.

⁵⁵⁷ Ebd., 209.

Jahr die *Rote Fahne*, in einer Auflage von etwa 15.000 bis 30.000 Exemplaren.⁵⁵⁸ Daneben existierten über 200 lokale Zeitungen, die hektographiert und in unterschiedlicher Auflage verbreitet wurden. Die Produktion erfolgte in Wohnungen, Gartenhäuschen oder Bauernhöfen.⁵⁵⁹

4.4.1. Verhaftung in Ottakring

Die ständige Gefahr konspirativer Arbeit wurde zu Beginn des Jahres 1938 real. Am 12. Jänner⁵⁶⁰ wurde Josef Lauscher in der Wohnung in der Fröbelgasse aufgrund seiner Tätigkeit für die KPÖ verhaftet. Ein Situationsbericht der Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit meldete die Verhaftung des „seit längerer Zeit flüchtige[n] Kommunist[en] Josef Lauscher, 25 Jahre alt, im Haus Wien, XVI., Fröbelgasse Nr. 36, wo er unangemeldet wohnte“. Der Bericht gibt weiter Aufschluss über Lauschers politische Tätigkeit:

*„Lauscher, welcher die Parteischule in Moskau besucht hatte, war längere Zeit hindurch der politische Leiter des Kommunistischen Jugendverbandes Österreichs und wurde bereits mehrmals wegen verbotswidriger kommunistischer Betätigung polizeilich bestraft. In letzter Zeit leitete er die Kreise 4 (XIV., XV. und XVI. Bezirk) und 7 (III. und XI. Bezirk) ...“*⁵⁶¹

Zur gleichen Zeit wurde, nach Lauschers Angaben, Berta Grubhofer gemeinsam mit ihren Geschwistern sowie ihrer Mutter in deren Wohnung im 15. Bezirk, wo sich auch eine illegale Druckerei befunden habe, verhaftet.⁵⁶² Ein weiterer Situationsbericht bestätigt die Verhaftung der „Lebensgefährtin des Josef Lauschers, die wegen kommunistischer Betätigung bereits vorbestrafte 24jährige Berta Grubhofer, in Wien,

⁵⁵⁸ Mugrauer, Kampf 48.

⁵⁵⁹ Garscha, Weinert, Vorbemerkung, 209.

⁵⁶⁰ Anm.: Josef Lauscher selbst, gibt hier den 8. Jänner an, siehe DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 3.

⁵⁶¹ Situationsbericht der Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit, Staatspolizeiliches Bureau, vom 12.1.1938, zitiert in: Widerstand und Verfolgung Wien, Bd. 1, 332.

⁵⁶² DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 3.

XIV.⁵⁶³; Meiselstr. 45 w[ieder]h[olt], festgenommen. Sie unterstützte Lauscher bei der Ausübung seiner illegalen Tätigkeit [...]“. Die laut Bericht in der Wohnung gefundenen Materialien von Josef Lauscher zeugen von der Verfolgung der, im Rahmen der Volksfrontstrategie, ausgegebenen Taktik des „Trojanisches Pferds“:

„Aus seinen Aufzeichnungen geht hervor, dass seitens des Kommunistischen Jugendverbandes eine intensive Tätigkeit in den legalen Jugendorganisationen, insbesondere auch in den Mädchenorganisationen, vor allem in verschiedenen Organisationen der Katholischen Aktion und im Verband christlicher Hausgehilfinnen, geplant ist.“⁵⁶⁴

Die beiden Situationsberichte decken sich grundsätzlich mit der Aussage Lauschers, jedoch findet sich in der behördlichen Quelle keine Erwähnung einer illegalen Druckerei.

Josef Lauscher wurde ins Polizeikommissariat Ottakring gebracht, wo er von dem Kommissär Dr. Josef Auinger vernommen wurde. Der Polizeijurist Auinger, der im Jahr 1934 Mitglied der seit 1933 in Österreich verbotenen NSDAP wurde,⁵⁶⁵ zählte „zu den berüchtigtste Polizisten der Schuschnigg-Zeit“⁵⁶⁶. In zahlreichen Quellen wird von Misshandlungen durch den illegalen Nazi berichtet. Ein Schreiben des Landesgericht Wien II an das Polizeikommissariat Ottakring vom 25. Jänner 1937 nennt 14 Untersuchungshäftlinge, allesamt Angehörige des KJV Ottakring, die ihre abgelegten Geständnisse vor dem Untersuchungsrichter widerrufen haben, mit dem Hinweis, dass diese unter Gewaltanwendung abgepresst wurden.⁵⁶⁷ So gibt einer von jenen Jungkommunisten, Anton Leimer, an: „[...]“, dass meine Angaben bei der Polizei nur

⁵⁶³ Anm.: Die angegebene Adresse befindet sich, wie Lauscher richtig angibt, im 15. Bezirk.

⁵⁶⁴ Situationsbericht der Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit, Staatspolizeiliches Bureau, vom 13.1.1938, zitiert in: Widerstand und Verfolgung Wien, Bd. 1, 333.

⁵⁶⁵ Josef Fiala: „Österreicher“ in den SS-Einsatzgruppen und SS-Brigaden. Die Tötungsaktionen in der Sowjetunion 1941-1942 (Hamburg 2010) 81; andere Quellen geben den Beitritt Auingers zur NSDAP im Jahr 1933 an und eine Mitgliedschaft in der SS ab 1934, siehe Josef Auinger, Politikerdatenbank Land Oberösterreich, online unter <<https://e-gov.ooe.gv.at/biografien/BGDBiografieAnsichtExtern.jsp?personId=3821¶m=ooe>> (23. November 2017).

⁵⁶⁶ Widerstand und Verfolgung Wien, Bd. 1, 139.

⁵⁶⁷ Schreiben des LG Wien II an das Polizeikommissariat Ottakring (Dr. Auinger), 25.1.1937, zitiert in: Widerstand und Verfolgung Wien, Bd. 1, 323f.

deshalb so belastend ausgefallen [sind], da ich von Dr. Auinger öfters an Haaren gepackt und an die Wand geschlagen wurde.“⁵⁶⁸ Die Vernehmungsmethoden Auingers bekam auch Josef Lauscher zu spüren, wie er eher konzis angibt: „Prügel mit Holzscheiten, blutig geschlagen, Haare ausgerissen.“⁵⁶⁹

Vom Polizeikommissariat kam Lauscher in das Polizeigefangenenhaus an der Roßauer Lände,⁵⁷⁰ im Volksmund „Liesl“ genannt, da die Lände bis 1919 Elisabethpromenade hieß, benannt nach der österreichischen Kaiserin.⁵⁷¹ In den Egodokumenten verwendet Lauscher den Namen Elisabethpromenade, obwohl schon lange nicht mehr offiziell in Gebrauch, metonymisch für das Polizeigefangenenhaus.⁵⁷² Über das zu verbüßende Strafausmaß gibt er an: „[...] von der Polizei zu einem Jahr Polizeihaft und drei Monaten Anhaltelager verurteilt.“⁵⁷³ Von einer Verurteilung lässt sich in diesem Fall allerdings nicht sprechen, da es sich bei der Polizeihaft um eine Verwaltungsstrafe handelt, die von einer Behörde und nicht von einem Gericht verhängt wird. Die Verfügung einer Anhaltehaft zusätzlich zu einer bereits verhängter Polizei- oder Gerichtsstrafe war charakteristischer Teil des austrofaschistischen Repressionsapparats.⁵⁷⁴ Josef Lauscher blieb allerdings nicht einmal zwei Monate in Haft. Am 19. Februar wurde er im Zuge der Amnestie, die infolge des Berchtesgadener Abkommens zwischen Hitler und Schuschnigg geschlossen wurde, entlassen.

4.4.2. Von Berchtesgaden bis in den März 38

Die Unterfertigung des Abkommens von Berchtesgaden war eine Folge des seit dem Juliabkommen verstärkten Drucks auf die österreichische Regierung von innen wie von außen. Die im Juli 1936 vereinbarte Bereitschaftserklärung zur „Integration von

⁵⁶⁸ Schreiben des LG Wien II an das Polizeikommissariat Ottakring (Dr. Auinger), 25.1.1937, zitiert in: Widerstand und Verfolgung Wien, Bd. 1, 323f.

⁵⁶⁹ DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 3.

⁵⁷⁰ Ebd., 3.

⁵⁷¹ Peter Autengruber: Lexikon der Wiener Strassennamen. Bedeutung, Herkunft, frühere Bezeichnungen (Wien 1998) 176.

⁵⁷² DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 3.

⁵⁷³ ZPA KPÖ, Lebenslauf Josef Lauscher, 22.8.1945, 1.

⁵⁷⁴ Neugebauer, Repressionsapparat, 313.

Vertretern der nationalen Opposition wurde entgegen der Nichteinmischungsklausel im offiziellen Vertrag zum realen Einfallstor für die nationalsozialistische Einmischung.⁵⁷⁵ Bei diesem Punkt, den Befriedungsmaßnahmen, die von Schuschnigg eher dilatorisch vorangetrieben wurden, sah die deutsche Regierung die Möglichkeit den Druck gegen Österreich zu verstärken. Sie warf Österreich Anfang 1937 die Nichterfüllung des Abkommens vor und kritisierte die unzureichenden Befriedungsmaßnahmen, ebenso wie die, aus ihrer Sicht, anhaltende Repression gegen Nationalsozialisten.⁵⁷⁶ Innenpolitisch spitzte sich die Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten zu, als Ende Jänner 1938 im Büro der illegalen NSDAP von der Polizei ein Aktionsprogramm gefunden wurde, der sogenannte „Tavs-Plan“, der „die Bildung einer nationalsozialistischen Gegenregierung und die Provozierung eines Bürgerkriegs vorsah“ und „ein deutsches Eingreifen unvermeidlich machen musste“⁵⁷⁷.

„Um den steigenden Druck des Deutschen Reiches und der Nationalsozialisten im Inneren Österreich abzufangen, ging Schuschnigg auf einen Vorschlag zu einem Zusammentreffen mit Hitler auf dem Obersalzberg ein.“⁵⁷⁸ Das Abkommen, welches unter der Einmarschdrohung Hitlers im Falle einer Nichtakzeptanz seiner Forderungen zustande kam, glich, obwohl Schuschnigg einige deutsche Forderungen abwehren konnte, einer Kapitulation.⁵⁷⁹ Die vier zentralen Punkte des Abkommens, die für die nächsten Woche von entscheidender Bedeutung sein sollten, waren: Regierungsumbildung mit dem „Nationalen“⁵⁸⁰ Seyß-Inquart als Innenminister, Amnestie für alle (in Österreich) wegen nationalsozialistischer Betätigung gerichtlich

⁵⁷⁵ Tálos, Herrschaftssystem, 519.

⁵⁷⁶ Norbert Schausberger: Zur Vorgeschichte der Annexion Österreich, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hg.): „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation (Wien 1988) 1-20, hier: 8f.

⁵⁷⁷ Winfried R. Garscha: Nationalsozialisten in Österreich 1933-1938, in: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938 (Politik und Zeitgeschichte Bd. 1, Wien/Berlin 2014) 99-119, hier: 113.

⁵⁷⁸ Botz, Gewalt, 291.

⁵⁷⁹ Haas, Anschluss, 40.

⁵⁸⁰ Anm.: Eine klare Abgrenzung zwischen national und nationalsozialistisch zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich, siehe Tálos, Herrschaftssystem, 528f.

oder polizeilich bestraften Personen, Öffnung der Einheitspartei Vaterländischen Front (VF) für nationalsozialistisch Gesinnte und Intensivierung des Wirtschaftsverkehrs.⁵⁸¹

Der Entlassung Josef Lauschers am 19. Februar ging der Umstand voraus, dass die politische Amnestie, wie eine Erklärung der Vaterländischen Front zum Berchtesgadener Abkommen hervorhob, „für alle politischen Straftaten gewährt wurde, die vor dem 15. Februar dieses Jahres begangen wurden, also nicht nur den Nationalsozialisten, sondern auch den Marxisten zugute kommt.“ Ferner wurde von Seiten der Partei betont, dass „sowohl unter die Konsequenz des Februar- als auch des Juli-Putsches ein dicker Strich gezogen wird.“⁵⁸² Die Enthaftungsaktion begann am 17. Februar und dürfte nicht länger als zwei Tage gedauert haben.⁵⁸³ Lauschers Entlassung am 19. Februar erfolgte demnach, unter Annahme der Richtigkeit seiner Angaben, relativ spät.

Nach Berchtesgaden schien der „evolutionäre“ Kurs Hitlers, der erwartete, dass sich die Österreichfrage automatisch lösen würde,⁵⁸⁴ gesichert.⁵⁸⁵ So schien es „nur noch eine Frage der Zeit, aber immerhin noch von mehreren Monaten, bis Österreich auf dem ‚evolutionären Weg‘ wirtschaftlich und politisch mit dem Deutschen Reich gleichgeschaltet sein würde“⁵⁸⁶. Als Hitler in seiner Reichstagsrede, nicht wie zugesagt, die österreichische Unabhängigkeit vor aller Welt bestätigte, reagierte Schuschnigg mit einer Ansprache vor dem Bundesrat am 24. Februar, die mit der Parole „Bis in den Tod

⁵⁸¹ Tálos, Herrschaftssystem, 533; Entwurf von Keppler und tatsächlich zustande gekommenes Protokoll vom 12. Februar abgedruckt in: Der Hochverratsprozess gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht. Die gerichtlichen Protokolle mit den Zeugenaussagen, unveröffentlichten Dokumenten, sämtlichen Geheimbriefen und Geheimakten (Wien 1947) 559-561.

⁵⁸² Erklärung der Vaterländischen Front zum Berchtesgadener Abkommen vom 12. Februar 1938, in: Robert Kriechbaum (Hg.): Österreich! Und Front Heil! Aus den Akten des Generalsekretariats der Vaterländischen Front. Innenansichten eines Regimes (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg Bd. 23, Wien/Köln/Weimar 2005) 358-365, hier: 364f.

⁵⁸³ Ilse Reiter-Zatloukal: Die Begnadigungspolitik der Regierung Schuschnigg (Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs Bd. 2, Wien 2012) 358f.

⁵⁸⁴ Schausberger, Vorgeschichte, 13.

⁵⁸⁵ Haas, Anschluss, 40.

⁵⁸⁶ Botz, Gewalt, 291.

Rot-Weiß-Rot! Österreich!“ abschloss.⁵⁸⁷ Das letzte Wort wurde dabei vom aufbrandenden Jubel verschluckt.⁵⁸⁸ Reaktionen auf diese Rede stellten sowohl „patriotischen Kundgebungen“, als auch nationalsozialistische Demonstrationen dar, die vor allem in Graz eskalierten.⁵⁸⁹

„Die Instabilität des Systems gewährte schließlich auch der unterdrückten Arbeiterbewegung einen bescheidenen Freiraum.“⁵⁹⁰ Eine Versammlung der Vertrauensmänner am 17. Februar gab in ihrer Resolution, „ihrem leidenschaftlichen Willen Ausdruck, für die Freiheit, Unabhängigkeit und Würde Österreichs einzutreten“⁵⁹¹. Auf verschiedenen Ebenen wurden ab Ende Februar Verhandlungen zwischen dem Schuschnigg-Regime und der illegalen Linken geführt. Die Verhandlungen hatten „den positiven Effekt einer De-facto Tolerierung der illegalen Arbeiterbewegung.“⁵⁹² Obwohl die Regierung nicht bereit war die Forderung der Arbeitervertreter nach Wiederherstellung der Versammlungs- und Organisationsfreiheit zu erfüllen, wurde in einer von der Polizei genehmigten Vertrauensleutekonferenz am 7. März im Floridsdorfer Arbeiterheim von über 300 Delegierten beschlossen, „die Arbeiter aufzurufen, mit allen Kräften den Kampf Österreichs gegen die drohende Aggression Hitler-Deutschlands zu unterstützen“⁵⁹³. Obwohl von den Kommunisten gefordert, wurde keine vorbehaltlose Unterstützung

⁵⁸⁷ Schausberger, Vorgeschichte, 13; Rede von Bundeskanzler Kurt Schuschnigg im Bundestag, 24.2.1938, abgedruckt in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hg.): „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation (Wien 1988) 193-195.

⁵⁸⁸ Siehe Österreichische Mediathek (OeM): „... bis in den Tod: Rot-Weiß-Rot“ Regierungserklärung im Bundestag über die Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit. [Ausschnitt], online unter <<https://www.mediathek.at/atom/136CD8AE-069-000C7-00000518-136C4C37>> (4. Dezember 2017).

⁵⁸⁹ Haas, Anschluss, 41.

⁵⁹⁰ Ebd., 41.

⁵⁹¹ Entschliessung der versammelten Obmänner sämtlicher Gewerkschaften und Hauptvertrauensmänner der Wiener Grossbetriebe, 17.2.1938, abgedruckt in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hg.): „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation (Wien 1988) 188.

⁵⁹² Wolfgang Neugebauer, Herbert Steiner: Widerstand und Verfolgung in Österreich (im Zeitraum vom 12. Februar 1938 bis zum 10. April 1938), in: Anschluß 1938. Protokoll des Symposiums in Wien am 14. und 15. März 1978 (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1938 Veröffentlichungen Bd. 7, Wien 1978) 86-108, hier: 91.

⁵⁹³ Willi Weinert: Organisation der Abwehr gegen die drohende Annexion, in: Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik (Wien 1987) 264-266, hier: 265.

ausgesprochen, sondern diese an Zusicherung demokratischer Forderungen geknüpft.⁵⁹⁴

Für die weitere Entwicklung ausschlaggebend war ein Ultimatum, das von Wilhelm Keppler, Hitlers Österreich-Beauftragten, an Kurt Schuschnigg übergeben wurde, mit der Forderung nach der völligen Legalisierung der NSDAP und einer scharfen Devisenbewirtschaftung zur Vermeidung der Kapitalflucht.⁵⁹⁵ Dieser letzte Punkt zeigt den ökonomisch-strategischen Hintergrund der „Anschluss“-Bestrebungen. In Österreich wurde zum Zweck der Währungsdeckung ein, im Vergleich zum Deutschen Reich, überproportionaler Gold- und Devisenschatz gehortet, mit dessen Einverleibung das massiv aufgerüstete und an die Grenzen seiner ökonomischen Möglichkeiten gelangte Deutsche Reich seine kritische wirtschaftliche Situation überwinden konnte.⁵⁹⁶ Das Ultimatum brachte Schuschnigg dazu die Flucht nach vorne anzutreten, er verkündete am 9. März die Abhaltung einer Volksbefragung, die bereits vier Tage später, am 13. März stattfinden sollte. Die ÖsterreicherInnen sollten sich zu der Losung: „Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich!“ bekennen. Die Entscheidung Schuschniggs zur Abhaltung dieses Plebiszits brachte die Ereignisse der Märztage, die schließlich zum „Anschluss“ führen sollten, ins Rollen.⁵⁹⁷

Josef Lauscher berichtet von einer Versammlung am 11. März mit Vertretern der Sozialen Arbeitergemeinschaft (SAG)⁵⁹⁸ und der Vaterländischen Front „im Interesse zur Sammlung aller Anti-Hitlerkräfte, für die Verteidigung der Unabhängigkeit“⁵⁹⁹. Ein letztes Treffen zwischen führenden Vertretern von RS, FG und KPÖ fand im Café

⁵⁹⁴ Schurawitzki, Freie Gewerkschaften, 76.

⁵⁹⁵ Schausberger, Vorgeschichte, 15.

⁵⁹⁶ Ebd., 10-12.

⁵⁹⁷ Ebd., 15.

⁵⁹⁸ Anm.: Die SAG bildete nach der EG die zweite wichtige, offizielle Einrichtung, die das Regime der Christlichen Arbeiterbewegung zur Verfügung stellte. Sie blieb im Laufe ihres dreijährigen Bestehens eine unfertige Institution und bis zum Ende ein Instrument der Christlichen Arbeiterbewegung, siehe Anton Pelinka: Stand oder Klasse? Die Christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933 bis 1938 (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien/München/Zürich 1972) 119.

⁵⁹⁹ DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 3.

Meteor, im 3. Wiener Bezirk, in der Nacht zum 11. März statt. Es kamen Stimmen auf, die eine Bewaffnung der Arbeiterschaft und eine Großdemonstration forderten, wovon allerdings Abstand genommen wurde.⁶⁰⁰ Da Lauscher explizit die VF und SAG erwähnt und die Versammlung nicht in der Nacht zum 11. März stattgefunden haben kann, ist es auszuschließen, dass er sich auf dieses Treffen im Café Meteor bezieht. Anzunehmen ist vielmehr, dass er an jenen Verhandlungen teilnahm die am Vormittag des 11. März die Einigung brachten, „die Reichsleitung der ‚Sozialen Arbeitergemeinschaft‘ innerhalb der Vaterländischen Front mit sieben sozialdemokratischen bzw. kommunistischen sowie fünf christlichsozialen Delegierten zu besetzen.“⁶⁰¹

Kommunisten, RS und die illegalen FG forderten, trotz fehlender Zugeständnisse seitens der Regierung, die Arbeiter auf mit „Ja“ bei der Volksbefragung zu stimmen. Hitler bezeichnete das Plebiszit, für das weder Wählerlisten vorbereitet noch eine seriöse Durchführung gewährleistet war, als Manipulation und forderte ultimativ dessen Absetzung.⁶⁰² Die zu erwartende positive Zustimmung hätte den Prozess der forcierten Gleichschaltung und Integration Österreichs entscheidend behindert.⁶⁰³ Hitler befahl eine Teilmobilisierung der Armee in Bayern, während zeitgleich der Druck auf Schuschnigg durch weitere Ultimaten zunehmend erhöht wurde. Zur Mittagszeit des 11. März gab der Bundeskanzler diesem schließlich nach und sagte die Volksbefragung ab. „Dieser Rückzug aus der politischen Verantwortung öffnete eine breite Einbruchsstelle gegen außen und innen.“⁶⁰⁴ Hermann Göring, der Verantwortliche für den Vierjahresplan, sah in dieser Situation die Möglichkeit die nationalsozialistische Machtokkupation zu beschleunigen und setzt Schuschnigg, unter dem Vorwand, dass er nicht mehr das Vertrauen der Reichsregierung genieße, ein neues Ultimatum mit der Forderung nach dessen Rücktritt.⁶⁰⁵

⁶⁰⁰ Weinert, Organisation, 265.

⁶⁰¹ Haas, Anschluss, 41f.

⁶⁰² Schausberger, Vorgeschichte, 16.

⁶⁰³ Tálos, Herrschaftssystem, 547.

⁶⁰⁴ Haas, Anschluss, 43.

⁶⁰⁵ Schausberger, Vorgeschichte, 16.

Die Versammlung am 11. März von Vertretern von SAG, VF und „Roten“ dauerte bis in den Abend, „doch ‚die Öffnung nach links‘ kam zu spät, die Kapitulation Schuschniggs überholte sie.“⁶⁰⁶ Josef Lauscher berichtet wie das Zusammentreffen durch die Radioansprache Kurt Schuschniggs unterbrochen wurde.⁶⁰⁷ In dieser, vor 20 Uhr ausgestrahlten Rede, verkündete Schuschnigg seinen Rücktritt und gab bekannt, dass an Bundespräsident Miklas ein Ultimatum zur Ernennung Seyß-Inquarts zum Bundeskanzler gestellt wurde sowie die Anweisung an das Militär erging, im Falle eines Einmarsches keinen Widerstand zu leisten.⁶⁰⁸ In Folge des Bekanntwerdens der Demission Schuschniggs ließen nationalsozialistische Führer auf Befehl Görings ihre Anhänger zu Demonstrationen ausrücken. Vor dem Bundeskanzleramt, dem Graben, auf der Kärntner Straße und vor dem Rathaus bildeten sich Menschenmassen. Die, noch illegale SA, brachte tausende Anhänger auf die Straße um von dieser Seite Druck zu erzeugen. Der Bundespräsident verweigerte noch bis Mitternacht die Ernennung des Kabinetts Seyß-Inquart.⁶⁰⁹

Da kein Widerstand zu erwarten war gab Hitler um 20:45 den Einmarschbefehl. Nach dem Eintreffen der ersten verbürgten Nachrichten über die anlaufende Militäraktion ernannte Wilhelm Miklas schließlich in der Nacht vom 11. auf den 12. März eine neue, nationalsozialistische Übergangsregierung unter der Führung Seyß-Inquarts.⁶¹⁰ Bereits ab dem frühen Abend hatten in ganz Österreich die Nationalsozialisten alle wichtigen Ämter übernommen.⁶¹¹ Am späten Abend verschaffte sich ein Trupp der SS Kaltenbrunnern mit Hilfe Seyß-Inquarts Zutritt zum Bundeskanzleramt. „Damit stürzte auch das Zentrum des ‚Ständestaates‘ wie ein Kartenhaus zusammen, während im Nebeneinander mit dessen Politikern und Beamten die kommenden

⁶⁰⁶ Haas, Anschluss, 42.

⁶⁰⁷ DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 3.

⁶⁰⁸ Abschiedsrede des Bundeskanzlers Kurt Schuschnigg, 11.3.1938, 19.47 Uhr, abgedruckt in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hg.): „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation (Wien 1988) 260f.

⁶⁰⁹ Gerhard Botz: Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39 (Wien 2008) 63-66.

⁶¹⁰ Haas, Anschluss, 45.

⁶¹¹ Schausberger, Vorgeschichte, 17.

Nationalsozialisten bereits in dauernder telefonischer Verbindung mit Berlin und den Bundesländern die Macht [...] übernehmen konnten.“⁶¹²

*„Während die österreichischen Nationalsozialisten, ohne auf Widerstand zu stoßen, die Macht im Staat übernahmen und Himmler eine Verhaftungswelle zur Ausschaltung und Terrorisierung von Tausenden politischen Gegnern und Juden einleitete, begann am Morgen des 12. März 1938 der Einmarsch der deutschen Wehrmacht.“*⁶¹³

Unmittelbar mit dem „Anschluss“ begann der Aufbau des NS-Terrorapparats. Dem Führer der österreichischen SS, Ernst Kaltenbrunner, wurde vom Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, der bereit am Morgen des 12. März am Flugplatz Aspern gelandet war, die Polizei unterstellt.⁶¹⁴ Der Aufbau der Gestapo als wichtigstes Instrument des NS-Regimes war noch vor dem „Anschluss“ vorbereitet worden. Die Gestapoleitstelle Wien⁶¹⁵ wurde bereits am 15. März von Sicherheitspolizei- und SD-Chef Reinhard Heydrich eingerichtet.⁶¹⁶

Verhängnisvoll, vor allem für Mitglieder der Linksopposition, Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten, wurde der Umstand, dass der SA, SS und Gestapo die „mehrere Tausend Blätter umfassende sogenannte ‚Schoberkartei‘ der österreichischen Polizeibehörden in die Hände gefallen war“⁶¹⁷. Mit Konskriptionslisten konnte somit relativ einfach gegen all diejenigen vorgegangen werden, die während der Zeit des Austrofaschismus, aber auch davor, in der demokratischen Periode, polizeilich aktenkundig geworden waren. Als fatal erwies sich in diesem Zusammenhang die

⁶¹² Botz, Machtübernahme, 68.

⁶¹³ Botz, Gewalt, 292.

⁶¹⁴ Wolfgang Neugebauer: Der NS-Terrorapparat, in: Emmerich Tálos et al. (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch (Wien 2000) 721-743, hier: 724.

⁶¹⁵ Zur Gestapoleitstelle Wien bzw. dessen Leiter Franz Josef Huber, siehe Thomas Mang: „Gestapo-Leitstelle Wien — Mein Name ist Huber“ Wer trug die lokale Verantwortung für den Mord an den Juden Wiens? (Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 1, Münster 2004).

⁶¹⁶ Neugebauer, NS-Terrorapparat, 728.

⁶¹⁷ Botz, Machtübernahme, 73.

Bestellung Seyß-Inquarts zum Innen- und Sicherheitsminister, infolge des Berchtesgadener Abkommens.⁶¹⁸

Den Verhaftungswellen im März und April 1938 fielen Funktionäre des „Ständestaates“, Kommunisten, Sozialisten und vor allem Juden zum Opfer. Viele der 50.000 bis 76.000 Verhaftungen in den ersten sechs Wochen wurden von Angehörigen der SA, SS oder HJ vollzogen, ohne jegliche Aufzeichnungen. Einige Tausend von diesen Festgenommenen kamen in KZs, der Großteil wurde nach einigen Tagen oder Wochen wieder freigelassen.⁶¹⁹

Mit dem Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich⁶²⁰ wurde am 13. März, ungeachtet der Verletzung internationaler Verträge, der „Anschluss“ rechtlich vollzogen.⁶²¹ Das Ende des Austrofaschismus sowie der durch den „Anschluss“ evozierte Verlust der Eigenständigkeit Österreichs markierten mit der Etablierung des nationalsozialistischen Regimes, dem Beginn der NS-Zeit in Österreich, auch das Ende dieses „Prologs“ der Lebensgeschichten der Brüder Lauscher. Die Zäsur markiert der 14. März 1938, als am Morgen dieses Tages Josef Lauscher gemeinsam mit seinem Bruder „in der eigenen Wohnung“⁶²² verhaftet wurde. Erst nach fast sieben Jahren KZ-Haft sollten beide die Freiheit wiedererlangen.

⁶¹⁸ Neugebauer, NS-Terrorapparat, 723.

⁶¹⁹ Neugebauer, Steiner, Widerstand und Verfolgung, 95.

⁶²⁰ Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich. Vom 13. März 1938, Deutsches RGBl. Teil I. 1938, S. 237f.

⁶²¹ Schausberger, Vorgeschichte, 18.

⁶²² DÖW 1510, Biographische Daten Josef Lauscher, 3; Anm.: Es dürfte sich hierbei um die Wohnung in der Geiselbergstraße Nr. 36 gehandelt haben.

5. AUSBLICK

Von Wien aus wurden Josef und Fritz Lauscher im Mai 1945 von dem Polizeigefangenenhaus in der Roßauer Lände in das KZ Dachau überstellt. Neben dem Leben und Überleben unter den Bedingungen der Haft, stellte die illegale politische Tätigkeit im Lager, die Organisierung der Genossen und des Widerstands, der Aufbau einer geheimen Lagerleitung, den Kontext dieser Jahre in Gefangenschaft dar.

Eine Quelle von besonderem Interesse, in Bezug auf die Zeit in KZ-Haft, stellt ein Bestand an Briefen dar, die Josef Lauscher, vorwiegend an seine spätere Ehefrau Berta, schrieb. Der zensurierte Briefverkehr stellte im Grunde die einzige Verbindung zu Angehörigen dar. Die Briefe Josef Lauschers zeugen von der essentiellen Bedeutung dieses Kommunikationsweges.

Von Dachau wurde Josef Lauscher in das KZ Flossenbürg und in das Außenlager Augsburg zu den Messerschmitt-Werken versetzt, bevor er im Sommer 1944 in das KZ Mauthausen überstellt wurde. Mit Hilfe der illegalen Lagerorganisation konnte Josef Lauscher ins Außenlager Saurerwerke in Wien-Simmering verlegt werden, von wo ihm Anfang Februar 1945 die Flucht gelang. Bis zur Befreiung Wiens war er im Untergrund tätig, wobei die Untersuchung der Rolle Lauschers bei den Widerstandskämpfen angesichts der Quellenlage problematisch erscheint. Fritz Lauscher blieb bis zur Befreiung des Lagers durch die Amerikaner in Dachau.

Nach dem Ende der Kämpfe stand Josef Lauscher für kurze Zeit an der Spitze der Wiener KPÖ. In der zweiten Republik hatte er bis 1969 die Funktion eines Wiener Gemeinderats der Kommunistischen Partei inne. Seine Tätigkeit in der Partei ist vor der wechselhaften Geschichte der KPÖ nach 1945 und ihrer internen Auseinandersetzungen zu betrachten. Er starb mit 63 Jahren am 29.04.1977 in Wien. Sein Bruder war nach dem Krieg in Niederösterreich politisch tätig. Er saß als Abgeordneter der KPÖ im niederösterreichischen Landtag und war u.a. Vizepräsident der Arbeiterkammer Niederösterreich. Fritz Lauscher starb am 30.11.1996 ebenfalls in Wien.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1: Fritz Lauscher, o. D., Quelle: Bildarchiv d. KPÖ.....	8
Abb. 2: Josef Lauscher, o. D., Quelle: DÖW	8
Abb. 3: „Stärkt die Bereitschaft zur Verteidigung der Sowjetunion!“, Zeichnung auf der Titelseite des Zentralorgans des KJV, Quelle: Die Proletarierjugend Nr.5 (Mai 1929) 1.	63
Abb. 4: Artillerie-Einschläge in den Krankenkassenhäusern in der Braunhubergasse, Quelle: DÖW.....	90

QUELLEN UND LITERATUR

Archive

Archiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte (ÖGZ):

Nachlass Josef Lauscher (NL 40).

Bundesarchiv Deutschland (BArch):

BArch SgY 2/V D.F. V/14 fol.1.

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW):

Akten: 1510, 10834, 15062/6.

Interview Nr. 47 (Fritz Lauscher).

Briefsammlung Josef Lauscher.

Österreichisches Staatsarchiv (ÖSTA) /Archiv der Republik (AdR):

AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur VIII-2730.

AdR BKA BKA-I BPDion Wien VB Signatur XVIII 10743.

Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA):

Historisches Meldearchiv.

Landesgericht für Strafsachen Wien: LG I Vr 1397/1927, LG II Vr 4344/1929.

Zentrales Parteiarchiv der KPÖ (ZPA KPÖ):

Dossiers: Josef Lauscher, Fritz Lauscher.

Primärliteratur, gedruckte Quellen und Quelleneditionen

Bauer, Otto: Die österreichische Revolution (Wien 1923).

Das Programm der Kommunistischen Internationale (angenommen an der 46. Sitzung am 1. September 1928), in: Programm der Kommunistischen Internationale (Marxistisch-Leninistische Schriftenreihe o. D.) 3-76.

Der Hochverratsprozess gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht. Die gerichtlichen Protokolle mit den Zeugenaussagen, unveröffentlichten Dokumenten, sämtlichen Geheimbriefen und Geheimakten (Wien 1947).

Die Offensive des Faschismus und die Aufgabe der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse gegen Faschismus. Resolution zum Bericht des Genossen Dimitroff, angenommen am 20. August 1935, in: Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter (Hg.): VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Resolutionen und Beschlüsse (Mailand 1967) 9-33.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation Bd. 1 (Wien 1984).

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hg.): „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation (Wien 1988).

Hoernle, Edwin: Grundfragen der proletarischen Erziehung (Berlin 1929).

Kreisky, Bruno/Rathkolb, Oliver (Hg.): Erinnerungen. Das Vermächtnis des Jahrhundertpolitikers (Wien/Graz/Klagenfurt 2014).

Langbein, Hermann: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern (Frankfurt 1980).

Marx, Karl/Engels, Friedrich: Das Manifest der Kommunistischen Partei (London 1848).

Neck, Rudolf/Wandruszka, Adam (Hg.): Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abteilung VIII. 20. Mai 1932 bis 25. Juli 1934. Band 3 (Wien 1983).

Neck, Rudolf/Wandruszka, Adam (Hg.): Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abteilung VIII. 20. Mai 1932 bis 25. Juli 1934. Band 2 (Wien 1982).

Österreichischer Metallarbeiterverband (Hg.): Die Lehrlingsbewegung im Österreichischen Metallarbeiter-Verband. Ihre Stärke, ihre Leistungen und Aufgaben. Auf Grund des Tätigkeitsberichtes des Vorstandes und der Debatten am 15. Verbandstag (Wien 1930).

Robert Kriechbaum (Hg.): Österreich! Und Front Heil! Aus den Akten des Generalsekretariats der Vaterländischen Front. Innenansichten eines Regimes (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg Bd. 23, Wien/Köln/Weimar 2005).

Zeitungen

Allgemeiner Tiroler Anzeiger
Arbeiter-Zeitung
Die Neue Zeitung
Die Rote Fahne
Freiheit!
Illustrierte Kronen-Zeitung
Lehrlingsschutz, Jugend- und Berufsfürsorge
Linzer Volksblatt

Neue Freie Presse
Neues Wiener Journal
Neues Wiener Tagblatt
Salzburger Volksblatt
Salzburger Wacht
Tages-Post

Datenbank

Datenbank-CD aus: Michael Bruckmiller, Klaus Meschkat: Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt (Berlin 2007).

Internetquellen

Österreichische Mediathek (OeM), online unter <<https://www.mediathek.at/>> (12. Dezember 2017).

Politikerdatenbank Land Oberösterreich, online unter <<https://e-gov.ooe.gv.at/biografien/BGDBiografieAnsichtExtern.jsp?personId=3821¶m=ooe>> (23. November 2017).

Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie, online unter <<http://www.dasrotewien.at/>> (20. Jänner 2018).

Sekundärliteratur

Autengruber, Peter: Lexikon der Wiener Strassennamen. Bedeutung, Herkunft, frühere Bezeichnungen (Wien 1998).

Bachinger, Karl: Eine stabile Währung in einer instabilen Zeit – Der Schilling in der Ersten Republik, in: Bachinger, Karl et al.: Abschied vom Schilling. Eine österreichische Wirtschaftsgeschichte (Graz/Wien/Köln 2001) 11-134.

Bauer, Kurt: Die Opfer des Februar 1934. Auszug aus dem Projektbericht „Die Opfer des Februar 1934. Sozialstrukturelle und kollektivbiografische Untersuchungen“ (Stand: Februar 2015), online unter <http://www.kurt-bauer-geschichte.at/PDF_Forschung_Unterseiten/Kurt-Bauer_Opfer-Februar-34.pdf> (10. September 2017).

Botz, Gerhard: Der „4. März 1933“ als Konsequenz ständischer Strukturen, ökonomischer Krisen und autoritärer Tendenzen, in: Fröschl, Erich/Zoitl, Helge (Hg.): Der 4. März 1933. Vom Verfassungsbruch zur Diktatur. Beiträge zum wissenschaftlichen Symposium des Dr.-Karl-Renner-Instituts abgehalten am 28. Februar und 1. März 1983 in Wien (Wien 1984) 13-35.

Botz, Gerhard: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938 (München 1983).

Botz, Gerhard: Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39 (Wien 2008).

Bruckmüller, Ernst: Sozialgeschichte Österreichs (Wien 2001).

Butschek, Felix: Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart (Köln/Wien 2012).

Czeike, Felix: VI. Mariahilf (Wiener Bezirkskulturführer Heft 6, Wien/München 1981).

Dostal, Thomas: Die Großdeutsche Volkspartei, in: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 195-206.

Edmondson, C. Earl: Heimwehren und andere Wehrverbände, in: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 261-276.

Ehmer, Josef: Die Kommunistische Partei Österreichs, in: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 218-230.

Fiala, Josef: „Österreicher“ in den SS-Einsatzgruppen und SS-Brigaden. Die Tötungsaktionen in der Sowjetunion 1941-1942 (Hamburg 2010).

Garscha, Winfried R./Weinert, Willi: Das Aufrollen der nationalen Frage durch die KPÖ, in: Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik (Wien 1987) 245-255.

Garscha, Winfried R./Weinert, Willi: Vorbemerkung, in: Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik (Wien 1987) 201-210.

Garscha, Winfried R.: 1921 – 1931. Formierung der KPÖ zu einer leninistischen Partei, in: Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ (Hg.): Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik (Wien 1987) 61-159.

Garscha, Winfried R.: 1931 – 1933. Organisation der Abwehr gegen den drohenden Faschismus, in: Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ (Hg.): Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik (Wien 1987) 160-159.

Garscha, Winfried R.: Das „völkisch“-deutschnationale Lager und der „Anschluss“, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hg.): „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation (Wien 1988) 51-59.

- Garscha, Winfried R.: Die KPÖ und der 12. Februar 1934, in: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 11, Nr. 1 (März 2004) 5-7.
- Garscha, Winfried R.: Die KPÖ zur Zeit der „relativen Stabilisierung“ des Kapitalismus 1921-1926, in: Historische Kommission beim ZK der KPÖ (Hg.): Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs. 1918 – 1955. Kurzer Abriss (Wien 1977) 47-90.
- Garscha, Winfried R.: Grundlinien der Politik der KPÖ 1920 bis 1945, in: Mugrauer, Manfred (Hg.): 90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs (Wien 2009) 17-36.
- Garscha, Winfried R.: Nationalsozialisten in Österreich 1933-1938, in: Tálos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938 (Politik und Zeitgeschichte Bd. 1, Wien/Berlin 2014) 99-119.
- Garscha, Winfried R.: Opferzahlen als Tabu. Totengedenken und Propaganda nach Februaraufstand und Juliputsch 1934, in: Reiter-Zatloukal, Ilse et al. (Hg.): Österreich 1933-1938. Interdisziplinäre Annäherung an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime (Wien/Köln/Weimar 2012) 111-128.
- Garscha, Winfried R.: Vom Verband Jugendlicher Arbeiter zum Kommunistischen Jugendverband, in: Historische Kommission beim ZK der KPÖ (Hg.): Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich (Wien 1981) 18-21.
- Gehmacher, Johanna: Jugendbewegung und Jugendorganisationen in der Ersten Republik, in: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 292-316.
- Göhring, Walter: Der illegale Kommunistische Jugendverband Österreichs (ungedr. Dissertation Universität Wien 1971).
- Haas, Hanns: Der „Anschluss“, in: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch (Wien 2000) 26-54.
- Handler, Andreas: „Reißt die Grenzpfähle aus!“. Die Kommunistische Jugendinternationale als Teilaspekt der Geschichte der Kommunistischen Internationale (ungedr. Diplomarbeit Universität Wien 2012).
- Hänisch, Dirk: Wahlentwicklung und Wahlverhalten in der Ersten Republik, in: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 488-503.
- Hanisch, Ernst: Der grosse Illusionist. Otto Bauer (1881-1938) (Wien/Köln/Weimar 2011).
- Hautmann, Hans: Der Erste Weltkrieg und das Entstehen der revolutionären Linken in Österreich. Eine kommentierte Dokumentation (Wien 2014).

Hautmann, Hans: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916 – 1919 (Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich 7, Wien 1970).

Hautmann, Hans: Die Anfänge der Partei bis 1920. Vorgeschichte, Gründung und revolutionärer Aufschwung, in: Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik (Wien 1987) 15-60, hier: 48.

Hautmann, Hans: Die Kommunisten, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation Bd. 1 (Wien 1984) 213-217.

Hautmann, Hans: Die ökonomische, soziale und politische Lage der österreichischen Industriearbeiter im Ersten Weltkrieg (Referat auf dem Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft zum Jännerstreik 1918 am 17. Jänner 1998 in Wiener Neustadt), online unter <http://www.klahrgesellschaft.at/Referate/Hautmann_Industriearbeiter.html> (27. März 2017).

Hautmann, Hans: Die Revolutionäre: Der Formierungsprozess der Linksradikalen (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 4), in: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 14, Nr. 4 (Dezember 2007) 1-6.

Hautmann, Hans: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918 – 1924 (Veröffentlichung des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien 1987).

Hautmann, Hans: Zimmerwald 1915. Ausgangspunkt für die Umwandlung des Krieges in die Revolution, in: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft Jg. 22, Nr. 3 (September 2015) 11-17.

Hexmann, Friedrich: Die ersten Jahre des KJV 1918-1921, in: Historische Kommission beim ZK der KPÖ (Hg.): Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich (Wien 1981) 22-25.

Höpfel, Frank: Gewaltexzesse im Bürgerkrieg: Zur juristischen Aufarbeitung von Verbrechen während eines nicht-internationalen bewaffneten Konflikts, in: Reiter-Zatloukal, Ilse et al. (Hg.): Österreich 1933-1938. Interdisziplinäre Annäherung an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime (Wien/Köln/Weimar 2012) 129-139.

Jagschitz, Gerhard: Die Nationalsozialistische Partei, in: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 231-244.

Kernbauer, Hans: Österreichische Währungs-, Bank- und Budgetpolitikpolitik in der Zwischenkriegszeit, in: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 552-569.

- Kernbauer, Hans: Währungspolitik in der Zwischenkriegszeit. Geschichte der Österreichischen Nationalbank von 1923 bis 1938, Teil 3, Bd. 1 (Wien 1991).
- Klenner, Fritz: Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Gegenwartsprobleme Bd. 2 (Wien 1953).
- Kogon, Eugen: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager (Hamburg 2014).
- Koller, Christian: Subversive Ornithologen. Die Internationale Sozialistische Konferenz von Zimmerwald von 1915, in: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur 83, H. 2 (2005) 35-38.
- Konrad, Helmut: Der 12. Februar 1934 in Österreich, in: Scheffbeck, Günther (Hg.): Österreich 1934. Vorgeschichte – Ereignisse – Wirkungen (Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde, Wien 2004) 91-98.
- Köstenberger, Julia: Die Internationale Lenin-Schule (1926-1938), in: Bruckmiller, Michael/Meschkat, Klaus (Hg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt (Berlin 2007) 287-309.
- Köstenberger, Julia: Kaderschmiede des Stalinismus. Die Internationale Leninschule in Moskau (1926-1938) und die österreichischen Leninschüler und Leninschülerinnen (Wiener Studien zur Zeitgeschichte Bd. 8, Wien 2016).
- Kunert, Franz: Die ersten Kämpfe des Kommunistischen Jugendverbandes, in: Historische Kommission beim ZK der KPÖ (Hg.): Aus der Vergangenheit der KPÄ. Aufzeichnungen und Erinnerungen zur Geschichte der Partei (Wien 1961) 87-92.
- Lehnert, Detlef: Politisch-kulturelle Integrationsmilieus und Orientierungslager in einer polarisierten Massengesellschaft, in: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 431-443.
- Leisch-Prost, Edith: Genia Quittner, in: Keintzel, Brigitta/Korotin, Ilse (Hg.): Wissenschaftlerinnen in und aus Österreich. Leben - Werk – Wirken (Wien/Köln/Weimar 2002) 603-604.
- Maderthaner, Wolfgang: Die Sozialdemokratie, in: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 177-194.
- Manfred Mugrauer: Die KPÖ im Kampf gegen die austrofaschistische Diktatur, in: Wenninger, Florian/Dreidemy, Lucile (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien/Köln/Weimar 2013) 41-68.
- Mang, Thomas: „Gestapo-Leitstelle Wien — Mein Name ist Huber“ Wer trug die lokale Verantwortung für den Mord an den Juden Wiens? (Schriftenreihe des

- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 1, Münster 2004).
- McLoughlin, Barry: Die Partei, in: McLoughlin, Barry/Leidinger, Hannes/Moritz, Verena (Hg.): Kommunismus in Österreich 1918-1938 (Innsbruck 2009) 259-369.
- Michl-Atzmüller, Claus: Simmering in den Jahren 1892 – 1918, in: Kulturverein Simmering (Hg.): Festschrift 120 Jahre Simmering und Kaiserebersdorf bei Wien. Zur Erinnerung an die Eingemeindung der beiden ehemaligen NÖ-Gemeinden in die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien mit Wirkung vom 1. Jänner 1892 (Wien 2012) 20-24.
- Mugrauer, Manfred: „Rothschild saniert – das Volk krepirt“. Die sozialökonomische Politik der KPÖ zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, in: Mugrauer, Manfred (Hg.): Wirtschafts- und Finanzkrisen im Kapitalismus. Historische und aktuelle Aspekte (Alfred Klahr Gesellschaft Quellen & Studien Sonderband 13, Wien 2010) 45-100.
- Mugrauer, Manfred: Ernst Burger (1915–1944). Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes und führendes Mitglied der "Kampfgruppe Auschwitz". In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Feindbilder. Jahrbuch 2015 (Wien 2015) 191–228.
- Müller, Wolfgang C./Philipp, Wilfried/Steininger, Barbara: Die Regierung, in: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 72-89.
- Musner, Lutz: Die Sozialdemokratie und der Erste Weltkrieg (Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung Dokumentation 1-4, Wien 2014).
- Neugebauer, Wolfgang/Steiner, Herbert: Widerstand und Verfolgung in Österreich (im Zeitraum vom 12. Februar 1938 bis zum 10. April 1938), in: Anschluß 1938. Protokoll des Symposiums in Wien am 14. und 15. März 1978 (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1938 Veröffentlichungen Bd. 7, Wien 1978) 86-108.
- Neugebauer, Wolfgang: Bauvolk der Welt. Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung in Österreich (Wien 1975).
- Neugebauer, Wolfgang: Der NS-Terrorapparat, in: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch (Wien 2000) 721-743.
- Neugebauer, Wolfgang: Die illegale Arbeiterbewegung in Österreich 1934 bis 1936 (mit besonderer Berücksichtigung des Juliabkommens 1936), in: Jedlicka, Ludwig/Neck, Rudolf (Hg.): Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. Und 11. Juni 1976 (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der

- österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938 Veröffentlichungen Bd. 4, Wien 1977) 136-155.
- Neugebauer, Wolfgang: Repressionsapparat und –maßnahmen 1933-1938, in: Tálos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938 (Politik und Zeitgeschichte Bd. 1, Wien/Berlin 2014) 298-319.
- Pasteur, Paul: Unter dem Kruckenkreuz. Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in Österreich 1934-1938 (Innsbruck 2008).
- Peball, Kurt: Die Kämpfe in Wien im Februar 1934 (Militärhistorische Schriftenreihe 25, Wien 1983).
- Peball, Kurt: Februar 1934: Kämpfe, in: Das Jahr 1934: 12. Februar. Protokoll des Symposiums in Wien am 5. Februar 1974 (Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938 Veröffentlichungen Bd. 2, Wien 1974) 25-33.
- Pelinka, Anton: Die Einheitsgewerkschaft, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hg.): „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation (Wien 1988) 37-40.
- Pelinka, Anton: Stand oder Klasse? Die Christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933 bis 1938 (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien/München/Zürich 1972).
- Pellar, Brigitte: Kampf um „die Arbeiterschaft“. Forschungsstand und offene Forschungsfelder zu Politik und Ideologie von Regierungslager und illegaler Opposition 1933–193, in: Wenninger, Florian/Dreidemy, Lucile (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien/Köln/Weimar 2013) 257-294.
- Rauchensteiner, Manfred: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918 (Wien/Köln/Weimar 2013).
- Reiter-Zatloukal, Ilse: Die Begnadigungspolitik der Regierung Schuschnigg (Beiträge zur Rechtsgeschichte Österreichs Bd. 2, Wien 2012).
- Schafranek, Hans: Die Avantgarde der Einäugigen – Österreichische Arbeiterdelegationen in der UdSSR, in: McLoughlin, Barry/Schafranek, Hans/Szevera, Walter (Hg.): Aufbruch-Hoffnung-Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925-1945 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik Bd. 64, Wien 1997) 13-47.
- Schausberger, Norbert: Zur Vorgeschichte der Annexion Österreich, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hg.): „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation (Wien 1988) 1-20.

- Schölnberger, Pia: „Ein Leben ohne Freiheit ist kein Leben“. Das „Anhaltelager“ Wöllersdorf 1933-1938, in: Reiter-Zatloukal, Ilse et al. (Hg.): Österreich 1933-1938. Interdisziplinäre Annäherung an das Dollfuß-/Schuschnigg-Regime (Wien/Köln/Weimar 2012) 94-107.
- Schölnberger, Pia: Das Anhaltelager Wöllersdorf 1933-1938 (Politik und Zeitgeschichte Bd. 9, Wien 2015).
- Schurawitzki, Reinhard: Die Freien Gewerkschaften: Illegal für Österreich, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hg.): „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation (Wien 1988) 69-76.
- Steiner, Herbert: Die Kommunistische Partei Österreichs und die nationale Frage, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (Hg.): „Anschluß“ 1938. Eine Dokumentation (Wien 1988) 77-84.
- Stern, Max: Aus der Geschichte des Kommunistischen Jugendverbandes, in: Weg und Ziel Nr. 9 (September 1969) 451-463.
- Stuhlpfarrer, Karl: Austrofaschistische Außenpolitik – ihre Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen, in: Tálos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938 (Politik und Zeitgeschichte Bd. 1, Wien/Berlin 2014) 322-336.
- Tálos, Emmerich/Manoschek, Walter: Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus, in: Tálos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938 (Politik und Zeitgeschichte Bd. 1, Wien/Berlin 2014) 6-25.
- Tálos, Emmerich: Sozialpolitik in der Ersten Republik, in: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 570-586.
- Türk, Annemarie: Der Kommunistische Jugendverband von 1922 bis 1933, in: Historische Kommission beim ZK der KPÖ (Hg.): Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich (Wien 1981) 26-35.
- Unfried, Berthold: Arbeiterprotest und Arbeiterbewegung in Österreich während des Ersten Weltkrieges (ungedr. Dissertation Universität Wien 1990).
- Wandruszka, Adam: Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen, in: Benedikt, Heinrich (Hg.): Geschichte der Republik Österreich (Wien 1954) 289-485.
- Weber, Fritz: Die wirtschaftliche Entwicklung, in: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 23-42.

- Weber, Fritz: Staatliche Wirtschaftspolitik in der Zwischenkriegszeit. Zum Investitionsverhalten der öffentlichen Hand 1918-1938, in: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 531-551.
- Weber-Felber, Ulrike: Gewerkschaften in der Ersten Republik, in: Tálos, Emmerich et al. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 319-338.
- Weinert, Willi: Der Kommunistische Jugendverband in der Illegalität vor 1938, in: Historische Kommission beim ZK der KPÖ (Hg.): Beiträge zur Geschichte der kommunistischen Jugendbewegung in Österreich (Wien 1981) 36-46.
- Weinert, Willi: Organisation der Abwehr gegen die drohende Annexion, in: Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik (Wien 1987) 264-266.
- Weinert, Willi: Partei und Gewerkschaftsbewegung nach den Februarkämpfen, in: Historische Kommission beim Zentralkomitee der KPÖ: Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik (Wien 1987) 258-264.
- Weinzierl, Erika: Der Februar 1934 und die Folgen für Österreich (Wiener Vorlesungen im Rathaus Bd. 32, Wien 1995).
- Wenninger, Florian: Dimensionen organisierter Gewalt. Zum militärhistorischen Forschungsstand über die österreichische Zwischenkriegszeit, in: Wenninger, Florian/Dreidemy, Lucile (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien/Köln/Weimar 2013) 493-576.
- West, Franz: Die Linke im Ständestaat Österreich. Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten 1934-1938 (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung Bd. 8, Wien 1978).
- Wirth, Maria: Christian Broda. Eine politische Biographie (Zeitgeschichte im Kontext Bd. 5, Wien 2011).
- Wisshaupt, Walter: Die Sozialisten, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945. Eine Dokumentation Bd. 1 (Wien 1984) 15-22.
- Wohnout, Helmut: Bundeskanzler Dollfuß und die österreichisch-italienischen Beziehungen 1932-1934, in: Wenninger, Florian/Dreidemy, Lucile (Hg.): Das Dollfuß/Schuschnigg-Regime 1933-1938. Vermessung eines Forschungsfeldes (Wien/Köln/Weimar 2013) 601-631.
- Zámečník, Stanislav: Dachau-Stammlager, in: Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hg.): Der Ort des Terrors Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 2. Frühe Lager, Dachau, Emslandlager (München 2005) 233-274.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ALSÖ	Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten
BArch	Bundesarchiv (Deutschland)
DB-KI	Datenbank aus: Michael Bruckmiller, Klaus Meschkat: Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt (Berlin 2007).
DÖW	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands
EG	Einheitsgewerkschaft
EKKI	Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale
FG	Freie Gewerkschaften
ILS	Internationale Leninschule
KI bzw. Komintern	Kommunistische Internationale
KIM	Kommunistische Jugendinternationale
KJI	Kommunistische Jugendinternationale
KJV	Kommunistischer Jugendverband
KPDÖ	Kommunistische Partei Deutschösterreichs
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KWEG	Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz
RGI	Rote Gewerkschaftsinternationale
RGO	Rote Gewerkschaftsopposition
RS	Revolutionäre Sozialisten
RSJ	Revolutionäre Sozialistische Jugend
SAG	Soziale Arbeitergemeinschaft
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SU	Sowjetunion
VF	Vaterländische Front
VJA	Verband Jugendlicher Arbeiter
VSM	Verband sozialistischer Mittelschüler
ZPA KPÖ	Zentrales Parteiarchiv der KPÖ
ZK	Zentralkomitee
SAI	Sozialistische Arbeiterinternationale
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
WAK	Zentralkommission für den Wiederaufbau der Freien Gewerkschaften, kurz Wiederaufbaukommission
ÖGZ	Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
RGBL.	Reichsgesetzblatt
BGBL.	Bundesgesetzblatt
StGBL.	Staatsgesetzblatt
USAJ	Unabhängigen Sozialistischen Arbeiterjugend

ABSTRACT (DEUTSCH)

Der Fokus der Masterarbeit liegt auf der kommunistischen Bewegung in Österreich, der Partei (KPÖ) selbst, als auch auf der mit ihr verbundene kommunistische Jugendbewegung, vom Beginn ihres Entstehens bis zum „Anschluss“ im März 1938. Die Darstellung folgt dabei den Lebensgeschichten der beiden Brüder Fritz und Josef Lauscher und nimmt für sich in Anspruch einen Prolog für das Desiderat einer gesamtbiografischen Betrachtung der politischen Tätigkeit Josef Lauschers zu bilden.

Zu Beginn der Arbeit wird ein Überblick zu dem Konstituierungsprozess gegeben an dessen Ende die Gründung der Kommunistischen Partei Österreich stand. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Herausbildung linksradikaler Gruppen im Laufe des Ersten Weltkrieges, die eine Opposition zu der Haltung der Sozialdemokratie, die sich vor allem zu Beginn der Reihe der Kriegsbefürworter angeschlossen hatte, einnahm. Das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialisten, auch im Bereich der Jugendorganisationen, in denen die beiden Lauscher Brüder aktiv waren und im weiteren Verlauf Führungspositionen einnahmen, stellt einen wesentlichen Aspekt in der Geschichte der kommunistischen Bewegung und dieser Arbeit dar.

Nach der Gründung der KPÖ im November 1918 und dem Ende der revolutionären Nachkriegsphase, in der die kommunistische Bewegung ihren größten Einfluss hatte, verlor die Partei viele ihrer Mitglieder und bewegte sich für die folgenden Jahre am Rande der politischen Bedeutungslosigkeit. In dieser Periode, den 1920er Jahren, waren Fritz und Josef Lauscher in der kommunistischen Jugendbewegung aktiv. Der *Kommunistische Jugendverband* (KJV) kämpfte in dieser Zeit ebenso wie die Partei, die sich mit internen Konflikten zusätzlich schwächte, um den Einfluss unter den ArbeiterInnen bzw. der Arbeiterjugend.

Die Entwicklung von KPÖ und KJV in den 1930er Jahre stand unter dem Zeichen der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und des einsetzenden Faschisierungsprozesses. Der Fokus der Politik der Partei und auch des KJV richtete sich auf diese beiden Aspekte. Eine Zäsur in der Geschichte der kommunistischen Bewegung in Österreich

stellte der 12. Februar 1934 dar. Infolge des Schutzbundaufstandes, an dessen Kämpfen auch Kommunisten beteiligt waren, schlossen sich tausende ehemalige Sozialdemokraten der inzwischen verbotenen KPÖ an, die zu einer einflussreichen illegalen Kraft aufstieg, zunächst als führende Bewegung, später, nach Konstituierung der Revolutionären Sozialisten (RS), als mit diesen auf Augenhöhe stehend. Parallel dazu erfolgte auch die Entwicklung des KJV, der infolge des Februaraufstandes stark an Einfluss innerhalb der Arbeiterjugend gewann.

Eine, auch in den eigenen Reihen, nicht unumstrittene, strategische Neuausrichtung, die im Sommer 1935 am VII. Weltkongress der KI in Moskau unter dem Eindruck der Politik Hitlerdeutschlands beschlossen wurde, sah die Bildung einer „antifaschistischen Volksfront“ vor, ein Bündnis mit Katholiken, der werktätigen Bauernschaft und der kleinbürgerlichen Mittelschicht. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der „nationalen Frage“ durch Alfred Klahr stellte eine direkte Reaktion auf die zunehmende Bedrohung der österreichischen Unabhängigkeit durch die von Hitler betriebene Anschlusspolitik dar.

Den Schluss dieser Arbeit bilden die Ereignisse des März 1938, die mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten und dem „Anschluss“ eine Zäsur nicht nur für die kommunistische Bewegung darstellte, sondern im Besonderen auch für die Vita von Fritz und Josef Lauscher. Am 14. März wurden beide in der gemeinsamen Wohnung verhaftet und in das Polizeigefangenenhaus an der Roßauer Lände gebracht. Von dort erfolgte im Mai 1938 der Transport in das Konzentrationslager Dachau.

ABSTRACT (ENGLISH)

This master's thesis deals with the communist movement in Austria, including the party („Kommunistische Partei Österreichs“, KPÖ) itself, as well as the communist youth movement, from the beginning of its emergence to the „Anschluss“ in March 1938. The depiction follows the life stories of the two brothers Fritz and Josef Lauscher and should be seen as a prologue for the desideratum of a complete biographical account of Joseph Lauscher's political lifetime.

The beginning of the paper gives an overview of the formation process of the Communist Party of Austria. Relevant for its emergence was the formation of radical leftist groups in the course of the First World War, who took opposition to the attitude of the Social Democrats, who had joined the ranks of pro-war supporters, especially at the beginning of the war. The relationship between communists and socialists, also including those in youth organizations, in which the two Lauscher brothers were active and later took leadership positions, represents an essential aspect in the history of the communist movement.

After the end of the revolutionary post-war period, in which the communist movement had its greatest influence, the party lost many of its members and was on the verge of political insignificance. During this period, the 1920s, Fritz and Josef Lauscher became active in the communist youth movement. At this time the Communist Youth Union („Kommunistischer Jugendverband“, KJV), as well as the communist party, which weakened itself with internal struggles, struggled to gain influence among the working class.

The progress of KPÖ and KJV in the 1930s was characterised by the effects of the global economic crisis and the beginning of the fascization process. A turning point in the history of the communist movement in Austria was the 12th of February 1934. As a result of the February Uprising, in whose battles Communists were also involved, thousands of former Social Democrats joined the now banned KPÖ, which rose to a significant illegal force alongside the Revolutionary Socialists (RS).

The Seventh World Congress of the Communist International, which took place in Moscow in the summer of 1935, was influenced by the threat of Hitler's Germany policies and resulted in the formation of the controversial "anti-fascist Popular Front", which was an alliance with the Catholics, the working peasantry and the middle class. The scientific elaboration of the "national question" by Alfred Klahr was a direct reaction to the growing threat to Austria's independence from the „Anschluss“ policy pursued by Hitler.

The final chapter of this work deals with the chain of events in March 1938, the seizure of power by the National Socialists and the "Anschluss", which depict a turning point not only for Austrian history, but in particular for the life of Fritz and Josef Lauscher. On March 14, both were arrested in their apartment and taken to the police detention centre at Roßauer Lände. From there they were transported to the Dachau concentration camp in May 1938.